

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitung.
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Anzeigen für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 31. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Eine Hochburg.

Die Socialdemokratie des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises hat sich und der Partei einen neuen Chrentag erworben. Der Wahlkreis Wilhelm Liebknechts hat im Geiste Liebknechts die Wahlschlacht geschlagen, er hat mit gewaltiger Macht von

53 896 Stimmen

weit hin wirkenden Protest gegen alle Schändlichkeiten und alle Unsauberkeiten der gegenwärtigen politischen Zustände erhoben.

Es war nicht zu erwarten, daß unsere Partei die volle Stimmenzahl von 1898 erreichen könnte. Ist bei Nachwahlen das politische Interesse der Wähler schon fast stets minder erregt, so vermehrte die Sicherheit des Wahlerfolgs im sechsten Wahlkreise die Schwierigkeiten in der Aufstellung der Wählermassen. Trotz der Ungunst dieser Umstände hat unsere Partei eine Armee von Wählern aufgebracht, während die Gegner jämmerlich zusammenbrachen.

Das Wahlergebnis ist folgendes:

Socialdemokratie	53 896	Stimmen.
Konservative	10 490	Stimmen.
Centrum	1116	Stimmen.
Deutschfreisinnige	12	Stimmen.
Periplettert	127	Stimmen.
Ungültig	167	Stimmen.

Die volle Bedeutung dieses glänzenden Siegs der Berliner Arbeiterschaft zeigt erst der Vergleich mit dem Ergebnis der 98er Wahl.

Wohl war die Wahlbeteiligung am heutigen Wahltag erheblich geringer als 1898, wo von 142 226 Wahlberechtigten 87 300 ihr Wahlrecht ausübten. Jetzt wurden nur 65 832 Stimmen abgegeben, während die Zahl der Wahlberechtigten sich auf 154 921 vermehrt hatte. Doch diese Verminderung der Wahlbeteiligung traf die Socialdemokratie nur in geringem Maße. Wir blieben nicht weit zurück hinter der 98er Stimmenzahl von 58 778.

Vernichtend dagegen ist der Wahlausfall für die Gegner unserer Partei. Obwohl die Freisinnige Volkspartei, die 1898 noch 10 603 Stimmen im Wahlkreise gezählt hatte, auf die selbständige Beteiligung an der Wahl fürchtbar verzichteten, gelang es der einzigen bürgerlichen Partei, die ernsthaft in den Kampf eingetreten war, nicht, ihre frühere Anhängererschaft wiederum zu sammeln. Von 15 554 Stimmen sank die konservativ-antifemistische Partei auf 10 490 Stimmen. Ein volles Drittel der konservativ-antifemistischen Wählererschaft versagte der Partei aller Volksbetriebskämpfe diesmal die Gefolgschaft. Auch das Centrum, das den Ehrgeiz hatte, eine wachsende katholische Arbeiterbewegung, um die es sich seit Jahren hartnäckig bemüht, in Berlin nachzuweisen, erlitt bemitleidenswertes Piasco; es erlebte eine Verminderung seiner Stimmenzahl von 1748 auf 1116 Stimmen.

1898 erzielten die bürgerlichen Parteien insgesamt: 27 905 Stimmen.

1900 erzielten sie nur 11 618 Stimmen.

1898 vereinigten die bürgerlichen Parteien noch fast halb so viel Stimmen auf ihre Kandidaten als der socialdemokratische Kandidat erhielt. Jetzt beträgt die bürgerliche Stimmenzahl fast nur den vierten Teil der socialdemokratischen Stimmenzahl.

Der schöne Erfolg, den unsere Parteigenossen im sechsten Kreise erkämpften, wird durch das ganze Reich lauten Wiederhall erwecken. War auch der Sieg sicher, so bedeutet doch die Größe des Siegs eine politische That.

Die China- und Weltpolitik sollte die Massen der nahen Weiden vergessen machen und zu phantastisch-fernen Hoffnungen verführen. Doch vor dem sittlichen Ernst, der die im Befreiungskampf streitende Arbeiterklasse besetzt, zerstob das Gaukelspiel und die Frage der Unkultur und Volksfeindlichkeit ward entlarvt. Das arbeitende Volk hat ein vernichtendes Urteil gefällt wider die Selbstsucht der herrschenden Klassen und die Bahnvorstellungen einer ruhmfüchtigen Abenteuerpolitik.

Am Wahltag.

Um des toten Liebknechts Wahlkreis wurde am Dienstag geschritten, und wie es von niemandem anders erwartet wurde, ist auch diesmal der Sieg in unserm Lager geblieben. Der Wahlkreis ist alter socialdemokratischer Weisheit; früher von dem unglücklichen Hasencleber vertreten, war mit dessen Tode Liebknecht sein Abgeordneter, bis auch diesen der Tod aus den Reihen der Kämpfer rief. Seit der letzten Wahl im Jahre 1898 war der Kreis, der

schon seit langem der größte des Deutschen Reichs ist, noch beträchtlich gewachsen. In der Schönhauser Vorstadt, in der Gegend des Weddings und in Moabit sind ganze Strahenzüge dazu gewachsen, so daß die Zahl der eingeschriebenen Wähler seit 1898 um 12 700 gewachsen ist und bei der gestrigen Wahl beinahe 155 000 betrug.

Da der sechste Wahlkreis, der die Stadtbezirke im hohen Norden, Nordosten und Nordwesten umschließt, neben dem vierten die eigentliche Arbeiter-Hochburg Berlins ist, so ist dort natürlich der Sieg ohne weiteres der Socialdemokratie gesichert. Und die Konservativen hätten nicht siegen können, auch wenn sie noch so wadere Kämpfer gehabt und noch so tapfer gestritten hätten. Aber sie haben nicht tapfer gestritten, sondern sie haben sich Feige gedrückt und auf das Schlachtfeld der öffentlichen Diskussion gar nicht hinaufgetraut. Das eine Mal aber, wo wir — nach Liebknechts Parole: „Immer in der Offensive!“ — dem Gegner in seiner eigenen Versammlung auf den Leib rücken konnten, hat der konservativ-antifemistische Kandidat durch seine das übliche Maß noch weit überschreitenden reaktionären Anschauungen alles gethan, was in seinen Kräften stand, um alle Leute, die etwa noch an die Arbeiterfreundlichkeit der Konservativen glaubten, in das socialdemokratische Lager zu treiben.

So war der Wahlkreis unserer Partei in doppelter Weise gesichert, und grade darauf, daß jedermann wachte: „der 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis gehört unentzweifelbar der Socialdemokratie“, ist es vielleicht mit zurückzuführen, wenn die Wahlbeteiligung diesmal nicht so stark gewesen ist, wie man wohl hätte erwarten dürfen.

Zu erwähnen ist allerdings auch, daß bei der diesmaligen Wahl ganz auffallend häufig Leute von den Urnen zurückgewiesen worden sind, weil sie nicht in den Listen standen. Können diese Leute selbst auch nicht von Schuld freigesprochen werden, da ja die Listen öffentlich zur Einsicht aufgelegt waren, so trifft die städtische Behörde, von der die Listen aufgestellt wurden, doch der größere Teil der Schuld; diese Behörde hat dafür zu sorgen, daß die Listen ordnungsmäßig zusammengestellt werden und daß so massenhafte Irrtümer nicht vorkommen.

Volles Lob gebührt dagegen den Genossen des Wahlkreises, die während des ganzen Wahlfeldzugs ihre Schuldigkeit gethan haben und, trotzdem der Wahlkreis unverlierbar war, in der Agitation nicht erlahmt sind. Eine große Zahl immer überfüllter Versammlungen hat stattgefunden, in denen unser Kandidat Ledebour und andre bekannte Genossen gegen die gerade jetzt wieder überwuchernde Reaction und Korruption zu Felde zogen. Mehrmals sind im Wahlkreise in Massenauflagen Flugblätter verbreitet worden, um dadurch auch in die unserer Bewegung noch fernstehenden Kreise zu dringen.

Noch am Morgen des Wahltags, in der fünften und sechsten Stunde, wurden an den Bahnhöfen Handzettel an die mit den Frühzügen noch außerhalb fahrenden Arbeiterklassen verteilt, um sie aufzufordern, der Wahlpflicht nicht zu vergessen und im Laufe des Tags an die Urnen zurückzukehren. Das ist denn auch in großen Massen geschehen.

Interessant ist, daß mehrere Fabriken am gestrigen Wahltag überhaupt geschlossen hatten, so beispielsweise die Siekeret von Schöning in Reinickendorf, während die meisten der größeren im Wahlkreise gelegenen Fabrikanlagen nachmittags den Betrieb einstellten. So wurde in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, bei Schwarztopf, bei Hoppe &c. nachmittags um 2 Uhr geschlossen. Bei Vorhag in Ziegel arbeiteten die wahlberechtigten Arbeiter nur bis mittags. Und in ähnlicher Weise wurde in einer ganzen Reihe der im Wahlkreise selbst oder in Pankow, Reinickendorf, Ziegel &c. gelegenen Unternehmungen verfahren.

Gewählt wurde in etwa 130 Wahllokalen, die sich über die ganze Schönhauser Vorstadt, Rosenthaler Vorstadt, den Gesundbrunnen, den Wedding und den ganzen Stadtteil Moabit verteilten. Das machte natürlich eine große Menge von Wahlhilfskräften erforderlich. Aber bei der Begeisterung für die gute Sache, die in den Reihen unserer Genossen herrscht, war schon vom frühen Morgen ab an Arbeitskräften kein Mangel und in allen Wahllokalen wurden die Posten der Listenführer und Zettelverteiler reichlich besetzt.

Die konservativen Wählerbegleiter können uns das natürlich nicht nachmachen. Sie hatten notdürftig für ihr gutes Geld so viel Leute zusammenbekommen, um vor jedes Wahllokal einen Zettelverteiler postieren zu können; auf eine Kontrolle und Listenführung im Innern hatten sie verzichtet. Davon aber, daß auch ein Centriumsmann als Kandidat aufgestellt worden war, erfuhr man, wenn man es nicht etwa im „Vorwärts“ gelesen hatte, überhaupt nichts. Nicht einmal den Luxus von Stimmgzetteln hatten sich die Berliner Ultramontanen geleistet.

Im allgemeinen verlief der Wahltag ziemlich ruhig. Schon das trübe, schmutzige Wetter sorgte dafür, daß sich kein lebhafteres Straßenbild entfalten konnte. Die Wahlbeteiligung ließ in den Vormittagsstunden zu wünschen übrig, um sich dann mittags etwas zu heben. Aber erst nachmittags, als die Fabriken geschlossen hatten, und gegen Abend sah man jene charakteristischen Arbeitergruppen durch die Straßen eilen, die man an Wahltagen in den Proletariervierteln zu sehen gewohnt ist.

Abends fanden fünf socialdemokratische Versammlungen statt, in denen der Sieg verkündet wurde. Sie waren von einer erwartungsvollen Menge überfüllt. Und die Genossen hatten auch guten Grund, sich ihres Siegs zu freuen und ihn zu feiern. Sollten sie doch einem vollkommeneren Gegner die verdiente tägliche Niederlage verrißhaft.

Doppeltarif und Meistbegünstigung.

Betrachtet man die Art und Weise, in welcher der neue Zolltarif vorbereitet wird, mit welcher pflichtbewußten Unermüdblichkeit trotz nicht fehlender brücker Antworten das Reichsamt des Innern bei allen möglichen agrarischen und industriellen Interessentenvereinigungen Auskünfte einzieht, diese immer wieder zu neuen schönen Vorschlägen verarbeitet und im bunten Wechsel zwischen dem wirtschaftlichen Ausschuss, Reichsfinanzamt, den Einzel-Regierungen der Bundesstaaten usw. zirkulieren läßt, dann kann man dem Reichsamt des Innern nicht die Anerkennung versagen für die selbstlose Hingebung, mit der es sich im Geiste jener Unparteilichkeit, die durch die 12 000 Mark-Affaire so treffend beleuchtet wird, um den Schutz der „nationalen Arbeit“ bemüht. Nicht immer sind Gesetzesvorlagen mit solcher Posadowsky'schen Gründlichkeit vorbereitet worden.

Wo augenblicklich der neue Zolltarif steht, ist für die nicht in die Mystereien der Wanderung Eingeweihten schwer zu entscheiden. Wahrscheinlich im Reichs-Schatzamt, möglicherweise aber ist er auch von dort schon wieder unterwegs nach einem andern Ressort. Nach einer offiziellen Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ soll nachdem der Wirtschaftliche Ausschuss die Vorzüge und Nachteile des Doppeltarif-Systems erörtert hat, zunächst die strittige Frage, ob der neue Zolltarif als einheitlicher oder als Doppeltarif dem Bundesrat vorzulegen ist, dem Reichskanzler zur Entscheidung unterbreitet werden. Dagegen erklären die „Berliner Politischen Nachrichten“, der Tarif gelange davor mit dem Gutachten des Wirtschaftlichen Ausschusses zur „vorläufig endgültigen Feststellung der Vorlage“ an die beteiligten Ressorts, zunächst an das für die Ausarbeitung des Entwurfs zuständige Reichs-Schatzamt. Erst wenn dieses unter Mitwirkung der andern Ressorts die Arbeit erledigt hätte, könne die Vorlage durch den Reichskanzler, der zugleich die letzte Instanz bilde, dem Bundesrat eingereicht werden.

Ob so oder so, ist nebenbei bemerkt. Die Bereitwilligkeit des Reichsamts des Innern, den Wünschen der Agrarier und industriellen Hochschutzzöllner so weit wie möglich entgegenzukommen, ist bekannt, daher auch die Erscheinung, daß dieselbe Presse, die früher nicht genug über den „Kleber“ wütete, sich nun so eingehend für das Lebenbleiben ihres Posadowsky interessiert. Und das selbe gilt vom Reichs-Schatzamt. Bevorzugt dieses auch aus gewissen handels- und finanzpolitischen Gründen einen einheitlichen Generaltarif, so besitzt es doch andererseits ein nicht minder tiefes Verständnis für die Notwendigkeit weitgehender Zollerhöhungen, als das Reichsamt des Innern. Um so wichtiger ist, daß aus dem Kreise der industriellen Schutzzöllner selbst sich die Stimmen mehrten, die sich gegen die ganze bisherige Art der Vorbereitung des Zolltarifs und eine Ueberspannung der Zollforderungen aussprechen, nicht aus Beforgnis um das Wohl der deutschen Konsumenten, sondern aus eigenem Profitinteresse. Was nützt dem Eisenindustriellen eine Erhöhung der Schutzzölle gegen amerikanische Eisen- und Stahlprodukte, wenn er diese Konzeptionen mit einer Hinausschraubung der Getreidezölle auf 6, 7, 8 Mark erkaufen muß; ein Zoll, der von vornherein eine Erneuerung des Handelsvertrags mit Rußland ausschließt und ihm dessen wichtige Absatzmärkte entzieht.

Nachdem erst kürzlich der Generalsekretär des „Centralverbands deutscher Industrieller“ sich mit einer scharfen Kritik gegen die fortgesetzten Zollerhöhungs-Agitationen gewendet hat, macht nun auch das Specialorgan Krupp's, die „Berl. Neuesten Nachrichten“, gegen diese Treibereien Front. Die Eisenindustrie, so behauptet es, verlange für ihre Massenartikel gar keine Erhöhung der 1879 festgestellten Zölle, sondern nur für gewisse Specialitäten. Besonders aber für Maschinen müßten die Zölle anders normiert werden, da der „bisherige Tarif in seinen Beziehungen und Unterscheidungen sich als durchaus unrationell erwiesen“ habe. Auch die Baumwollspinnerei verlange nur die Wiederherstellung des Tarifs von 1879, während die Wollenweberei auf „Zollerhöhungen irgend welcher Art“ verzichte usw.

Es kommt nicht darauf an, inwieweit diese Angaben zutreffen; Hauptsache ist, daß nachgerade selbst einem Organ von der hochschutzzöllnerischen Güte der „Berl. Neuest. Nachr.“ die Zolltreibereien und die famose Vorbereitung des Zolltarifs im Reichsamt des Innern zu bunt werden. Es steht denn auch nicht an, einfach die ganze mühevolle Posadowsky'sche Enquete mit folgenden Worten für absolut wertlos zu erklären:

„Auf dem bisher eingeschlagenen Wege und mit allen den sorgfältigen Vorbereitungen für die Aufstellung des Tarifs ist die Regierung gar nicht zur Kenntnis der Minimaltarife im wirklichen Sinne des Wortes gelangt. Diese Kenntnis kann sie erst erhalten während Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen durch fortgesetzten Verkehr mit den Interessenten. Das werden auch die andern Staaten ganz genau wissen, sie werden daher den vom Reichstag festgestellten Minimaltarif durchaus nicht als solchen so unbedingt hinnehmen und anerkennen, wie man jetzt anzunehmen scheint. Wenn dann, nach der Ansicht der unbedingten Vertreter des Doppeltarif-Systems, an dem Minimaltarif unbedingt festgehalten werden sollte, so würde es mit dem Abschluß von Handelsverträgen gute Wege haben. Dann

aber könnte es für Deutschland leicht auf der ganzen Linie zum Zollkrieg kommen."

Was für das Doppeltarif-System mit festen Minimal- und Maximal- und Minimaltarif noch ein Generaltarif zugestimmt wird, indem für gewisse Positionen Doppeltarife in Form des Maximums und Minimums, für andre hingegen einfache Sätze als Generaltarif aufgestellt werden. Das gäbe drei Tarife, zu denen dann vielleicht noch etliche ermäßigte Vertragstarife hinzukämen: eine Lösung der Tariffrage, die so ziemlich das komplizierteste böte, was auf diesem Gebiet ausgedacht werden könnte.

Welches das Ergebnis solchen Verfahrens sein würde, lehrt Frankreich, das nach Einführung des Doppeltarif-Systems im Jahre 1892 bald in eine Reihe Zollkriege verwickelt wurde, die seinen Außenhandel aufs schwerste geschädigt haben. Dabei hat es in keinem einzigen Fall seinen Zweck erreicht, seinen Minimaltarif nur gegen besondere Zugeständnisse anderer Staaten einzuräumen. Die Negierung hat im Gegenteil verschiedentlich unter die Sätze des Minimaltarifs heruntergehen und, da dies gesetzlich nicht zulässig war, wichtige Sätze durch einen Akt autonomer Gesetzgebung reduzieren lassen müssen. Trotz dieser Nachgiebigkeit hat Frankreich nirgends wertvolle Konzessionen für seine Hauptausfuhr-Artikel zu erlangen vermocht, sondern sich mit Gewährung der einfachen Meistbegünstigung begnügen müssen. Wie schädigend diese Zollverwicklungen auf den französischen Ausfuhrhandel gewirkt haben, weist das neueste Flugblatt der „Nation“ treffend nach. Speziell der Verlauf des Zollkriegs mit der Schweiz ist außerordentlich charakteristisch. Dieser Zollkrieg hat länger als 2 1/2 Jahre gedauert. Der Erfolg war, daß die französische Ausfuhr nach der Schweiz von 250 Millionen Frank im Jahre 1891 bis auf 97 1/2 Millionen Frank 1894 fiel. Die französische Wein- und Obstausfuhr sank sogar während des Zollkriegs von 250 000 auf 30 000 Hektoliter. Im Jahre 1895 kam ein Abkommen mit der Schweiz zu stande, infolgedessen Frankreich seinen Minimaltarif in 30 und zwar sehr wichtigen Positionen ermäßigte. Die Schweiz gewährte dagegen ohne irgend eine Zollermäßigung den französischen Erzeugnissen die einfache Meistbegünstigung. Die einmal verlorene Stellung auf dem Schweizer Markte hat Frankreich bis heute noch nicht wiedergewonnen. Seine Ausfuhr nach der Schweiz belief sich 1899 erst auf 204 Millionen Frank gegen 250 Millionen in 1891, während die Ausfuhr Deutschlands nach der Schweiz sich in derselben Periode von 185 Millionen auf 285 Millionen Mark gehoben hat.

Ähnliche Erfahrungen würden auch Deutschland nicht erspart bleiben, selbst nicht, wenn die Regierung das Recht eingeräumt erhielte, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen nötigenfalls unter die Sätze des Minimaltarifs herunterzugehen; es müßte denn sein, dieses Recht würde so weit ausgedehnt, daß die Ausnahme zur Regel wird, daß der Minimaltarif nur pro forma existiert. Was hat aber dann die Zwei- oder gar Dreiteilung des Zolltarifs überhaupt für einen Zweck?

Und was wird unter solchen Umständen aus dem Meistbegünstigungsrecht? Frankreich kann die durch den Frankfurter Frieden eingeräumte Meistbegünstigung nicht entzogen werden; es hat ein unbedingtes Anrecht nicht nur auf die Sätze des Minimaltarifs, sondern auch auf die Ermäßigungen der einzelnen Vertragstarife. Und wie soll unsere zollpolitische Stellungnahme gegenüber England sein? Soll ihm nur der Minimaltarif oder auch die besonderen Vergünstigungen der Vertragstarife zugestanden werden? Eine Vorenthaltung der letzteren würde zwar England schwerlich zu Gegen-Zollmaßnahmen veranlassen, entschieden aber die größerbritischen Zollbindungspläne fördern und, gleich Kanada, eine Reihe anderer britischer Kolonien dazu veranlassen, die bisherige gleiche Zollbehandlung deutscher und englischer Waren aufzugeben und England Vorzugszölle einzuräumen. Dabei sind wir kaum in der Lage, die englischen Kolonialerzeugnisse, von denen zudem manche als Rohstoffe von der deutschen Industrie kaum entbehrt werden können, vom deutschen Markt auszuschließen. Auf dem Wege über England würden wir den größeren Teil doch erhalten, oder soll auch „zur Förderung der Handelsbeziehungen“ noch das schändliche amerikanische System der Ursprungsatteste und konsularischen Beglaubigungen eingeführt werden?

Der Weg der vom Reichsamt des Innern gemachten Vorschläge führt notwendig in eine Sackgasse, aus der es später kein Ausbiegen, nur einen Rückzug giebt. Die Kosten des verheerenden Experiments aber hätte schließlich vornehmlich die breite Masse zu tragen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Oktober.

Die Affäre.

Während die gesamte reaktionäre Presse — mit einer Ausnahme — den Fall Wueck-Posadowsky-Boedike aus der Welt zu schweigen sucht, hat der Generalsekretär des Centralverbands die ewigen Anfragen satt bekommen und nach 60stündiger Ueberlegung sich zu der folgenden dunkel stilisierten Erklärung aufgetraut:

„Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß die Angelegenheit, auf welche sich die bekannten Angriffe der „Leipziger Volkszeitung“ beziehen, sich im August 1899 zugetragen hat und daß alle andern mit dieser Sache in Verbindung gebrachten Behauptungen insbesondere in Bezug auf einen angeblich ähnlichen Vorgang aus dem Jahre 1898 un wahr sind.“

Berlin, den 30. Oktober 1900.

H. A. Wueck,

Generalsekretär des Centralverbands
Deutscher Industrieller.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, das konservativ-agrarische Blatt, das die Verschwörer des Schweigens als redenden Mundstücker vorgeführt hatten, war in der Lage, in der Dienstag-Rachmittagsausgabe bereits diese große Aktion anklänglich zu tönen; sie hatte geschrieben:

„Es ist geradezu jämmerlich, welche Urteilslosigkeit, um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, in einem Teile der deutschen Presse herrscht. Wer die gestern von uns besprochene neuerliche Veröffentlichung der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ auch nur mit einigem Scharfsinn und einigem Verständnis liest, der muß sich sofort darüber klar sein, daß in dem ganzen Artikel weiter nichts gethan wird als das, was der Volksmund „auf den Strauch schlagen“ nennt. Die Herren wissen absolut nichts mehr, sie machen nur allerhand dumme Andeutungen

und stellen sich so, als ob sie wunder was noch zu verraten hätten, lediglich damit der Skandal nicht im Sande verlaufe oder damit sich vielleicht irgend jemand herauslocken lasse. Sie sehen, daß die erste Hege vergeblich war. Nun müßte etwas andres gesucht, die Angelegenheit müßte um jeden Preis weiterbetrieben werden. Sie durften nicht im Sande verlaufen, War sie doch ein gefundenes Fressen nicht nur für die Socialdemokratie, sondern für die Demokratie, für die Sensationsmacher, für die Freihändler, — kurz, einen so fetten Bissen durfte man sich ohne weiteres nicht entgehen lassen. Da mußte denn die falsche Datierung herhalten, die „Leipziger Volkszeitung“ begann zu phantasieren, zu orakeln, zu erfinden, der „Vorwärts“ treibt das Geschäft weiter, — und ein großer, wenn nicht der größte Teil der deutschen Presse läßt sich dazulieren und am Gängelbande führen. Wie mögen sich die sozialdemokratischen Aukturen entgegenwähnen, wenn sie sehen, wie ihre Wägen und Phantastien in der Presse, die sich sonst als Weltpresse aufspielt, für bare Münze genommen werden! Der Mangel an Charakter, der vielfach an der deutschen Presse beklagt wird, ist verhältnismäßig noch nicht so stark wie der Mangel an Intelligenz. Der „Vorwärts“, der in der ganzen Angelegenheit noch etwas täppischer ist als die gelebeneren „Leipziger Volksztg.“, läßt deutlich erkennen, worauf es ankommt. In seinem heutigen Leitartikel nennt er mehrfach die Fernsprechnummer des Herrn Wueck, natürlich zu dem Zweck, daß irgend eine Zeitung darauf hineinschleife und eine Erklärung des Herrn provozieren. Unserm Erachtens thäte die Oeffentlichkeit gut, sich nicht zum Handnarren der Socialdemokratie zu erniedrigen. Wenn die Herren mit greifbaren Anklagen kommen, so müssen sie beachtet werden; bloße Andeutungen aber bleiben, bis sie klargeht und bewiesen sind, Plundererei ohne Wert. — Was übrigens die Datierungsfrage selbst anlangt, so wissen wir positiv, daß der Wuecksche Brief nicht im Jahre 1898 geschrieben sein kann, sondern zwischen der ersten und zweiten Fassung des Arbeitswilligen-Berleges im Jahre 1899 geschrieben worden ist. Wir glauben, daß Herr Wueck nicht zögern wird, öffentlich zu erklären, daß die Datierung seines Briefs in das Jahr 1898 entweder ein Versehen oder der Fehler des Abschreibers, oder, was uns das wahrscheinlichste scheint, eine Fälschung war.“

Eine Prüfung dieses agrarischen Artikels verrät deutlich den verwirrten Gemütszustand, in den die agrarische Presse in ihrer Angst um ihren geliebten Behn-Mark-Zoll-Agitator, den Grafen Posadowsky, geraten ist.

Als die „Deutsche Tageszeitung“ den Artikel zu schreiben begann, war sie noch überzeugt, daß Herr Wueck nicht in der Lage wäre, irgend eine Erklärung abgeben zu dürfen. Darum schrieb sie von dem täppischen „Vorwärts“, der die Telephonnummer des Herrn Wueck genannt habe, damit irgend ein Blatt eine Erklärung des Generalsekretärs provozieren; aber man werde sich nicht zum Handnarren der Socialdemokratie erniedrigen, und Herr Wueck werde es unter seiner Würde halten, auf solche Plundererei zu antworten.

So weit hatte das Blatt geschrieben, da erfuhr es im letzten Augenblick, Herr Wueck beabsichtige doch sich zum Handnarren der Socialdemokratie zu machen und auf die Plundererei zu antworten. Sofort schickte sich das Blatt in die neue Lage; es setzte einen Gedankenstrich hinter das bereits Geschriebene und kündigte — im urkomischen Widerspruch mit der vorausgehenden Darlegung — die Wuecksche Erklärung an.

Indessen diese Erklärung, so „ausdrücklich“ sie ist, entspricht nicht der Anklage der „Deutschen Tageszeitung“ — sie entspricht vielmehr den berühmten Verichtigungen auf Grund des § 11. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte versichert, Herr Wueck werde nicht zögern, öffentlich zu erklären, daß der Brief nicht 1898 geschrieben sei, daß das in der „Leipziger Volkszeitung“ angegebene Datum entweder ein Versehen oder eine Fälschung sei.

Herr Wueck aber hat in seiner „ausdrücklichen“ Erklärung die Versicherung, auf die es allein ankam, nicht abgegeben, er hat mit keiner Silbe seinen Brief und dessen Datum erwähnt.

Herr Wueck spricht nicht... seinem Brief, sondern von der „Angelegenheit, auf die sich die Angriffe der „Leipziger Volkszeitung“ beziehen“, diese Angelegenheit habe sich August 1899 zugetragen und es sei un wahr, daß sich ein „ähnlicher“ Vorgang 1898 abgepielt habe. In dieser famosen Erklärung ist eine Behauptung ohne weiteres zugegeben: der Vorgang im Jahre 1898 war sicherlich nicht dem „ähnlich“, den Herr Boedike bekannt hat. Herr Wueck hat damit überflüssigerweise etwas berichtet, was niemand behauptet hat und was zu behaupten ländisch gewesen wäre. Dagegen versagt er völlig in der Hauptrolle: anstatt sich über das Datum seines Briefs anzulassen, spricht er von „der Angelegenheit“, er meint damit diejenige, die das Reichsamt des Innern gedeihet hat.

Die ganz bestimmte Versicherung der „Leipziger Volkszeitung“, daß der Wueck-Brief am 3. August 1898 geschrieben sei, ist somit durch diese Erklärung über die „Angelegenheit“ in keinem Punkte erschüttert. Es ist ein Ausweichen, aber keine Entgegnung!

Aber auch darin muß sich Herr Wueck irren, daß sich die „Angelegenheit“, welche Herr Boedike amtlich geschildert hat, im August 1899 zugetragen habe. Wir haben schon gestern die Unmöglichkeit dieser Behauptung nachgewiesen. Herr v. Boedike konnte nicht im August 1899 12 000 M. für eine zu beginnende Agitation fordern, weil diese Agitation damals bereits erledigt war. Wir führten gestern aus, daß die „Selben Heite“ schon seit Anfang Juli überall verbreitet waren. Wie wir unserem Frankfurter Parteiblatt entnehmen, geschah diese Agitation im Juni, die Zuthausaufstehe des Reichsamts des Innern wurden z. B. dem „Homburger Kreisblatt“ schon am 25. Juni 1899 beigelegt. Nimmt man eine sehr beschleunigte Herstellung dieser Druckschriften an, so würde man als späteste Zeit den Termin der „Anregung“ zur Agitation die Mitte des Juni annehmen können. Wie sollte also sechs Wochen später Herr v. Boedike diese „Angelegenheit“ inszenieren.

Indessen die Frage des Datums des Briefs, die Herr Wueck nicht zu erklären vermocht hat, wird seine Erledigung finden. Für die Socialdemokratie ist es nur eine Frage zweiten Rangs, ob die „Angelegenheit“, auf die sich der Wueck-Brief bezogen hat, wirklich im August 1899 stattgefunden hat. Die ungläubliche Korruption, zu der sich das Reichsamt des Innern selber bekannt hat, kann überhaupt nicht überboten werden. Im Gegenteil giebt die Aufklärung, wie sie die „Berliner Korrespondenz“ erteilt hat, sogar einen schlimmeren Thatbestand zu, als die Schlüsse aus den Feststellungen unseres Leipziger Parteiblatts ergeben würden. Und es ist darum fast unverständlich, daß die agrarisch-konservative Presse so eifrig bemüht ist, indem sie sich auf die Datumsfrage stützt, die ungünstigste Deutung zu provozieren.

Von den Versicherungen der Presse seien heute die folgenden wiedergegeben: Der offiziell bediente „Hamburger Korrespondent“ meint:

„Es wird behauptet, der Wuecksche Brief stamme wirklich aus dem Jahre 1898 und beziehe sich nicht auf das Boedikesche Verlangen von 1899. Darüber muß unverzüglich Klarheit geschaffen werden und zwar muß sich diese darauf erstrecken, ob das Reichsamt des Innern von diesem früheren Fall gar nichts gewußt hat oder ob wirklich versucht worden ist, an dem ersten Fall vorbeizuschlüpfen, indem man den zweiten

harmloseren eingestand. Ist das erstere der Fall, — dann müssen die Schuldigen unmaßsächlich festgesetzt und gefasst werden. Sollte aber, was wir freilich nicht für möglich halten, die „Leipziger Volkszeitung“ mit ihrer Behauptung recht haben, dann wäre unser Erachtens nicht nur Herr v. Boedike, sondern auch Graf Posadowsky unrettbar verloren. Aus zuverlässigster Quelle wird berichtet, der Reichsamt Graf Wllow habe alsbald nach seiner Ernennung dem Grafen Posadowsky die Danksagung ausgedrückt, daß ihm dessen hervorragende Erfahrung und Sachkenntnis bei Führung seines verantwortungsvollen Postens zur Seite stehen würden. Wir glauben, daß Graf Wllow im Sinne dieser Worte handeln wird, solange es irgend geht, und möchten es also zunächst noch harmlos deuten, wenn, wie uns aus Berlin gemeldet wird, Herr v. Lucanus am Freitag im Reichsamt des Innern einen Besuch gemacht hat. Wenn sich aber zeigen sollte, daß im Reichsamt des Innern der Versuch gemacht worden ist, die Oeffentlichkeit über einen dunklen Punkt hinwegzuführen, so müßte darin mit einem Schlag ein Wandel eintreten, so gut an und für sich der Versuchungsversuch gemeint gewesen sein möchte. Auch die Rücksicht auf den Triumph der sozialdemokratischen Ankläger dürfte in diesem Fall nicht von der schonungslosen Ausbedung aller Verantwortlichkeiten abhalten.

Die „Tägliche Rundschau“ bekennt, daß ihr Vertrauen zu einer verhältnismäßig harmlosen Aufklärung dieses noch ganz dunklen Punktes (des Datums) durch die letzten Ergebnisse stark erschüttert worden sei.

Die „Königliche Zeitung“, die bereits die nichts aufklärende Erklärung des Herrn Wueck bringt, bemerkt dazu, wie uns telegraphisch wird,

„diese Erklärung verberbe der Socialdemokratie ihre vaterlandlose Schadenfreude über ein angeblich doppelspanniges deutsches Panama“.

Wir sind nicht so abgehärtet, wie die „Königliche Zeitung“, deren Blut erst durch ein „doppeltspanniges Panama“ in Wallung gesetzt wird. Uns genügt schon ein einspanniges Panama, ein einmal „gebücker“ — um einen Ausdruck der „Königlichen Tagespost“ zu gebrauchen — Posadowsky.

Deutsche Kultur in Peking.

Wie die „Agentur Laffan“ aus Peking vom 27. Oktober meldet, geben die Deutschen aufs strengste gegen die verdächtigen Vögel vor. Standgerichte sind an der Tagesordnung. Neulich wurden an einem Tage vierzehn Vögel hingerichtet.

In dem Briefe eines deutschen Soldaten, der mit den ersten Truppteilen in Peking eintraf, findet sich, wie uns die Eltern des Soldaten mitteilen, folgende Stelle:

„... Gestern plünderten etwa 100 Chinesen einen unter deutschem Schutze stehenden chinesischen Kaufmann. Wir fingen uns etwa 90, banden sie mit den Füßen an ein Tan und erschossen die Bande.“

Von der Chinafahrt. Uns gehen zahlreiche Briefe von Anverwandten der Chinafahrten zu, mit dem Ersuchen, die darin geschilderten Vorfälle, unter denen die Soldaten zu leiden haben, zu veröffentlichen. Dies ist jedoch vorläufig in den meisten Fällen unmöglich, da eine Prüfung der Angaben ausgeschlossen ist. Nur wenig sei aus einigen jüngst uns zugesandten Schreiben mitgeteilt.

In einem an Bord des Dampfers „Andalusa“ geschriebenen Briefe wird von Soldaten, die aus Berlin stammen, lebhaft geklagt, daß mit den Liebesgaben, die zum Verzehren auf der langen Reise gependelt worden waren, gegenüber den Rammschaften gar zu sparsam verfahren werde. Hier, das reichlich auf dem Schiffe gewesen sei, wurde so lange geparkt, bis es völlig fauer geworden war und in Port Said einfach ins Meer geschüttet werden mußte.

In einem andern Brief von Bord der „Sardinien“, der vor Singapur geschrieben wurde und uns aus Süddeutschland gesandt wird, heißt es u. a.:

„Diese schreckliche Hitze, die wir hatten im Roten Meer, davon macht Ihr Euch keinen Begriff; dann das warme Trinkwasser, auch erhielten wir kein Bier vom Arzt aus zu kaufen. In Aden setzten wir einen Kameraden aus, der sehr krank war, er starb aber schon vor Landung. Am 19. August früh 1/4 Uhr sprang ein Matrose über Bord und konnte nicht mehr errettet werden; hierüber munkelt man allerlei... wird sich auch noch herausstellen, ob der Mann keinen andern Ausweg mehr wußte, als über Bord zu springen.“

Lieber Bruder, glaube mir, von den 500 Mann, die bel uns auf Bord sind, würden keine 50 mehr mitgehen, wenn sie die Verhältnisse gewußt hätten, ebenso ich würde mir das nicht mehr träumen lassen, denn so behandelt man keine Männer, die freiwillig fürs Vaterland in den Krieg ziehen und ihr Leben einsetzen... Ein jeder von uns spricht von seiner eignen Dummheit, die er beging. Man behandelt uns wie die allerdümmsten Rekruten... Ebenfalls zeigt das Schiff viele Sachen auf, die die Auffschreibung: Liebesgaben für die Chinaexpedition; leider Gottes werden diese Sachen sehr teuer verkauft. Während unserer Fahrt kosteten wir alle Sonntag 1/4 Liter Bier erhalten, einmal belamen wir es...“

Die Sehnsucht nach dem Staatsanwalt. Die Kruppschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ suchen sich in ihrer düsteren Lage durch eine kleine Demagogation zu trösten, sie schreiben:

„Der „Vorwärts“ bringt es fertig, auch Wolke in einem drei Spalten langen Gewäch zu perunglimpfen, in welchem die Hauptargumentationen Auszüge und Auszergungen — französischer Schriftsteller sind. Die Arbeitsleistung an sich ist denkbar niedrigster Art, aber die Tendenz dieser Placke legt doch abermals ein quo usque tandem („wie lang noch!“) an die Adresse der Behörden recht nahe.“

Weil das Blatt nicht den Staatsanwalt gegen die Kritik der 12 000 Mark-Affäre zu schiden wagt, richtet es an die Behörde das eigentliche Verlangen, gegen eine streng historische, allernmögliche Chronik des Lebens Wolkes einzuschreiten. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ scheinen zu glauben, daß es bereits Strafparagrafen zur Verbinderung geschichtlicher Wahrheiten gebe. Uebrigens läßt das Blatt, wenn es behauptet, die Hauptargumentationen des Artikels seien französischer Ursprungs. Die beiden wertvollsten Beiträge zur Charakteristik verdanke der Auffschreibung zwei Deutschen — Bismard und Wolke selbst. Demnach wären also diese beiden die schlimmsten Verleumdiger des neuen Nationalheros. —

Fort mit den kranken Arbeitern.

Durch die reichsständische Tagespresse hat die Oeffentlichkeit Kenntnis von einem Aktenschild bekommen, das auf die Auffschreibung gewisser Artikel von den Aufgaben unserer vielgerühmten Socialgesetzgebung ein bezeichnendes Schlaglicht wirft. Dasselbe wurde von dem Vorstand der Gemeinsamen Orts-Krankenkasse für den Kanton Buchsweiler (Unterelss) an die Arbeitgeber des Kassenbezirks gerichtet, um eine Besserung der angeblich ungünstigen Finanzlage der Kasse herbeizuführen, und hat den folgenden Wortlaut:

„Im Anschluß an beifolgende Vorschriften über das Verhalten der Mitglieder im Erkrankungsfall ersucht der Vorstand die Herren Arbeitgeber abermals, diese Vorschriften ihren Arbeitern mitzuteilen und bekannt zu machen, da es sich herausgestellt hat, daß dieselben vielfach mißachtet und umgangen werden, wodurch die Kasse sehr geschädigt würde und infolge des ganz anomalen Anspruchs an dieselbe die Beiträge erhöhen müßte.“

Die Herren Arbeitgeber werden ferner ersucht, in Zukunft nach Möglichkeit nur gesunde Arbeiter einzustellen, jedenfalls aber nichtisch und periodisch kranke, be-

zets inaltide Leute, auch solche mit Gebrechen und epileptischen Anfällen behaftete und bekannte Trunkenbolde nicht mehr in Arbeit zu nehmen, da die Wohlthäter des Krankenversicherungsgesetzes keineswegs für solche bestimmt sind und die Mittel auch nicht für solche ausreichen.

Der Vorstand,
Dr. Höffel.

Herr Dr. Höffel, der in diesem von eminenten Geistlichen geleitetem Dokument die erhabene Anschauung vertritt, daß alle „notorisch oder perlocisch kranken“ Arbeiter verdienten, durch völlige Entlohnung dem Hungertode preisgegeben zu werden, ist Kaiserlicher Sanitätsrat und als langjähriger Vertreter des 11. k. k. löschmännlichen Bezirks eine Bitte der konservativen Reichstagsfraktion.

Schadenersatzansprüche an England. Die Antwort auf die Schadenersatzansprüche der aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen ist durch Vermittlung des Berliner Polizeipräsidenten jetzt erfolgt. Den Unterzeichneter der an das Auswärtige Amt gerichteten Beschwerde wurde eröffnet, daß ihre Erfordernisse dem deutschen Gesandten in London überwiesen worden sind. Die englische Regierung habe sich bereit erklärt, den Ausgewiesenen ihre direkten Verluste an Hab und Gut zu ersetzen, sei jedoch auf die weitergehenden Forderungen nicht eingegangen. Der Berliner Verein der Transvaal-Ausgewiesenen hat zu diesem Bescheide Stellung genommen und beschloß, sich nochmals an das Auswärtige Amt zu wenden und eine schriftliche Erklärung über die Antwort der englischen Regierung zu erbitten. Man erregte sich ferner dahin, die Erfordernisse wegen Freiheitsberaubung und Gesundheitschädigung, erlitten durch die sehr rücksichtslose Behandlung seitens der englischen Beamten sowohl wie der Transporteure, sowie wegen Gesundheitsförderung aufrecht erhalten, zumal die Ausweisungen vor der „Annelierung“ Transvaals durch England erfolgt sind.

Ein neuer Wahlsieg. Ein Privattelegramm meldet uns, daß heute bei den Wahlen zum kurgarischen Speciallandtag im Wahlkreis Mönchsroden-Besheim ein Socialdemokrat gewählt wurde. Damit zieht der erste Socialdemokrat in diesen aus elf Mitgliedern bestehenden Landtag ein. Im Landtag des vereinigten Herzogtums Koburg-Gotha besteht danach die socialdemokratische Fraktion aus 10 Mitgliedern unter 80, eine sehr beachtenswerte Minorität um so mehr, als die 20 übrigen Mitglieder noch in mehrere Fraktionen gespalten sind.

Die Regierung des Herzogtums wird mit dieser geschlossenen Opposition unter allen Umständen rechnen müssen; hat sie doch ohnedies in 4 Jahren noch eine Verneuerung derselben aus Gotha zu erwarten.

Brandenburg a. d. S., 30. Oktober. Amiliches Wahlergebnis. Bei der Reichstags-Wahl im 8. Wahlkreis (Westhavelland und Stadt Brandenburg) am 20. d. M. wurde Schriftsteller Heinrich Prus-Dessau (Soz.) mit 10991 von 21338 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Generaldirektor v. Löbell, Charlottenburg (L.) erhielt 10345 Stimmen.

Zum Fall Schlumberger wird uns aus Elßa-Lothringen geschrieben: Herr Theodor Schlumberger, der Mülhauser „Verunsfänger“ und Socialistenführer, erregt als Volkstribun nachgerade nur noch pathologisches Interesse. Während der Reichstagswahlbewegung hatte er beständig in einer großen Versammlung die vielbesprochene Behauptung von der Jünglingsrede an den Statthalter und der angeblichen Massenandienung von Notabeln aufgestellt, diese Behauptung später gegenüber einem Dementi der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ ausdrücklich aufrecht erhalten und schließlich nach übereinstimmenden Mitteilungen der Presse sich auch bereit erklärt, sie im Prozeß Wetters vor Gericht durch einen Eid zu erklären. Jetzt stellt Herr Theodor Schlumberger in einer schon durch ihre Fassung einen höchst bedenklichen Selbstzustand verrätenden Aufsatz an die regierungsoffizielle „Straßburger Post“ dem reichsständischen Diktatorregiment und speziell dem Kreisdirektor Gartenstein, von dem jene scandalöse Ausweisungandrohung ausgegangen war, das folgende Vertrauensvotum aus:

Sogar durch Engel ausgeführt, hätte die damals — 1888 — in Mülhausen betriebene Regierungspolitik den Protest nur fördern und als Folge den Uebergang der Arbeiter zur Socialdemokratie nur hervorrufen können.

Diese Andeutung in einer Privatversammlung vorübergehend zu geben, habe ich als meine Pflicht erachtet. Die 1888 im Amte sich befindenden Herren, nämlich der Statthalter und der Kreisdirektor, waren nach meiner eignen Erfahrung gerechte, wohlwollende und edel denkende Männer, welche nicht hoch genug zu schätzen waren. Die derzeitige Lage einmal gegeben, hat keiner der verschiedenartig Beteiligten sich anders benehmen können, als er es gethan hat.

Heute, nach achtzehnjährigem Protest und nach zwösfähriger Oberhand der Socialdemokratie, ist es Zeit, daß diejenigen, die das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in unserem Bezirk verächtlich wissen wollen, auch einmal zur Sprache kommen, und daß man ihnen mit Rechtshaberei die Sprache nicht noch erzwinge.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Theod. Schlumberger,
Reichstags-Abgeordneter.

Wir hatten also recht, als wir seiner Zeit die Vermutung aussprachen, die Regierung und der neue Ordnungsbereiter von Mülhausen würden sich in dieser Sache gegenständig nicht wehren können. Ebenso ist aber auch unsere Voraussage, Herr Theodor Schlumberger werde politisch ein toter Mann sein, ehe er die Schwelle des Reichstagsgebäudes überschreitet, in Erfüllung gegangen. Wie man sieht, haben die Mülhauser Ordnungswähler den Abgeordneten, den sie verdienen. Die Ästen des Falls Schlumberger können jetzt geschlossen werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Mit Rücksicht auf den andauernden Kohlenmangel hat die Regierung eine wesentliche Erweiterung des Betriebs in dem staatlichen Kohlenbergwerke Orüz beschlossen, wodurch zunächst eine Erhöhung der Kohlenförderung um mindestens 480 000 Tonnen jährlich erreicht werden wird. Die einschlägigen Vorlesungen sind bereits im Zuge.

Damit zeigt die österrische Regierung wenigstens den guten Willen, ihrerseits etwas zu thun, um dem Kohlenmangel entgegen zu arbeiten.

England.

Der Einzug der Londoner Freiwilligen, die von dem südafrikanischen Kriegsschauplatz zurückkehrten, ist, wie bereits kurz mitgeteilt, der Anlaß zu bedauerlichen Unglücksfällen gewesen. Die aufgeregte Volksmenge ließ sich trotz aller Anstrengungen der Spalier bildenden Truppen und trotz des starken Polizeiaufgebots nicht im Zaume halten. Hunderte wurden gegenständig zu Boden geworfen, niedergetreten und schwer verwundet. Die St. Johns-Ambulanz behandelte in ihren verschiedenen Stationen allein über 2000 Verwundete. In die Hospitäler wurden von diesen 57 eingeliefert und, weil ich schwer verwundet, dort zurückgehalten. Auch eine Tribüne drängte zusammen. Wie jetzt wurden vier Personen als getödtet gemeldet.

Ueber die Vorbereitungen, welche London traf, seine „eigenen“ Krieger zu empfangen, wird uns von dort unterm 27. Oktober geschrieben:

London ist in vollem Schmutz, um die aus Afrika zurückkehrenden Freiwilligen der City zu empfangen. Ungeheure Summen sind für diesen Zweck angewendet worden. Veranstaltungskosten

spielteigener Art sind getroffen worden, um den Zug reitend zu begleiten, wo die „City Imperial Volunteers“, abgetheilt die „C. I. V.“, die sich im Januar freiwillig zum Kriegsdienst in Südafrika gestellt hatten und auf dem Kriegsschauplatz nach dem Zeugnis der Führer redlich ihre Pflicht gethan haben, in London einmarschieren werden. Der Einzug sollte heute stattfinden, ist aber wegen verspäteter Ankunft des Transportdampfers auf Montag verlagert worden. Der zweite Zug vom Bahnhof der Westbahn in Paddington durch einen großen Teil des Westends (darunter Hyde Park, Piccadilly, Pall Mall), Strand, Fleet Street, Ludgate Hill bis zur Guildhall und von da bis zur Artillerielafette in Finsbury ist in eine mit venetianischen Masken, Fahnen und Blumenkranz aller Art verzierte Triumphstraße verwandelt worden, und an verschiedenen Stellen dieses Wegs werden Truppen daheim stationierter Regimenter Spalier bilden. Am Bahnhof, am Eingang der City — „Temple Bar“ — und in der Guildhall finden besondere Empfangsereignisse statt, in der St. Paulskirche wird ein kurzer Dank-Gottesdienst abgehalten werden, bei dem auch das deutsche „Gott danket alle Gott“ erklingen wird, und am Abend findet ein Niesenbankett statt, an dem außer den heimkehrenden Freiwilligen, deren Zahl sich auf 1400 bis 1500 beläuft, über 1000 Gäste — zusammen über 2500 Personen — teilnehmen werden. Alles in allem wird der Anzug über drei Stunden in Anspruch nehmen und werden die für den Empfang aufgewandten Mittel auf weit über eine Million Mark geschätzt.

Diese Freiwilligenkörper bilden einen Anlaß zu einer wirklichen Volkswacht. Sie werden lediglich zur Verteidigung des heimischen Bodens eingesetzt, es besteht keinerlei gesetzliche Verpflichtung für sie, außer Land-Kriegsdienst zu thun. Wenn sie sich im Dezember und Januar zum Dienst in Südafrika stellen, so geschieht es freiwillig und doch ihrer keine leichte Arbeit harzte, hatten ihnen die damals aus Afrika hausweise einlaufenden Hubschiffe gelehrt. Ihre Führungsliste oder, wie man heute sagt, ihr Record liefert den Beweis für die Leistungsfähigkeit von Civilmännern. Sie haben sich, obwohl sie ihre militärische Vorbildung lediglich in Freistunden oder an gewissen freien Tagen neben ihrer Thätigkeit im civilen Beruf erworben hatten, im Felde allen Aufgaben, die dem Soldaten nur zufallen können, gewachsen gezeigt, es an Mut, Ausdauer und Umsicht durch aus nicht fehlen lassen. General Roberts hatte in seinen Berichten nur Lob für sie. Social legen sie sich an Angehörigen aller Klassen und Berufe zusammen. Ueber ein Drittel von ihnen sind Kaufleute und Handlungscommiss, 87 Tagelöhner, 67 Maschinenbauer, 66 Buchdrucker, Schriftsetzer etc., 82 Künstler, 39 Maler, 24 Postbeamte, 28 Klempner, 11 Ärzte. Ihre Verlustliste beträgt 50 Tote (davon 41 als Opfer von Typhus etc.) und 160 Invaliden aller Art, zusammen mehr als ein Zehntel der Truppe.

London, 28. Oktober. (Fig. Ber.) Die Agitation für die Bezirks-Vertretungswahlen in London ist in vollem Gange und wird hauptsächlich zwischen den Konservativen oder Gemäßigten auf der einen und der sich als Progressivsten bezeichnenden Koalition von Reformern aller Art (Radikale, Liberale, Genossenschaftler) auf der andern Seite geführt. Selbst viele Leute, die in Reichstagsfragen konservativ-unionistisch stimmten, gehen bei den Gemeindevahlen mit den Progressivsten, und andererseits Individuen auch verschiedene Socialisten auf Listen der Progressivsten. Die Zahl der unabhängig kandidierenden Socialisten ist verhältnismäßig gering. Eine Hauptfrage des Wahlkampfes ist die der Wohnungs-politik. Ihr widmete sich u. a. auch Lord Rosebery gestern in einer unter großem Andrang gehaltenen Rede über „Londons Pflicht“. Er bezeichnete die Wohnungsfrage als eine Reichstagsfrage ersten Rangs. Sie zu lösen, seien zwei Dinge erforderlich, thätige Verwaltungen mit einem energischen Willen und hinreichende Vollmachten. Die neuen Londoner Bezirks-Rathhospitälitäten hätten weitgehende Vollmachten, und nun handle es sich darum, die nötigen Leute zu wählen und London einen Willen einzuflüßen. Die Gleichgültigkeit der Massen in London zu besiegen, das sei die Aufgabe, um die es sich handle. Sie sei der Feind, den jeder Staatsmann und jede Körperschaft, die sich mit Londoner Fragen beschäftigen, zu fürchten habe. Welche Macht könnte London nicht ausüben, tief der liberale Extremismus aus, wenn es sich entschloße, sie geltend zu machen? Fünf Millionen Menschen, die das Parlament und das Herz des Reichs umgeben, wenn die mit der Stimme eines Manns sprächen und erklärten: wir wollen, daß dies geschieht — glaubt Ihr, daß es dann nicht geschehen werde? Ich bin dessen sicher, daß wenn Ihr Euch entschloßt, Eure Macht auszuüben, Ihr durchsetzen könnt, was Ihr wollt.

Goffen wir, daß die Wahl am ersten November gehörige Zeichen eines Willens der Londoner Massen liefere.

Was belästigt Lord Rosebery betrifft, so laufen allerhand Gerüchte um, die dessen baldige Rückkehr ins politische Leben als Führer der liberalen Partei in Aussicht stellen. Campbell Bannerman soll ihm durch Herbert Gladstone haben sagen lassen, daß er bereit sei, von der Führerschaft zurückzutreten und sich ihm unterzuordnen, sobald er — Rosebery — nur wolle. Diese von einer Protagentur verdrehten Meldungen ist bis jetzt noch nicht widerrufen, und daß etwas an der Sache ist, geht aus dem Umstand hervor, daß Rosebery in diesen Tagen seine Verbindung mit dem Turf abgebrochen und seine Pensionserde verkauft hat. In seiner Verbindung mit dem Rennsport nahmen nämlich ein großer Teil der protestantischen Konfessionsformen und viele ihnen gestesverwandte Sittemreformer großen Anstoß, sie bildeten den Hauptgrund, weshalb die Konfessionsformen, die das Mandat der liberalen Partei bilden, seiner Zeit erst insgeheim und dann öffentlich gegen seine Führerschaft rebellierten. Mit dem Verkauf seiner Pferde will sich Rosebery offenbar Ihre Gunst erkaufen.

Die letzte Wahl zum Unterhaus ist nun vollzogen: es handelte sich um den Wahlkreis für die Orkney- und Shetland-Inseln. Es wurde der Unionist Watson mit 2067 Stimmen gewählt. Der liberale Gegenkandidat Lyell, welcher die Inseln bisher vertrat, erhielt 2017 Stimmen. Die Parlamentswahlen sind damit beendet.

Spanien.

Von der Karlistenbewegung. In Barcelona sind am Dienstag drei Priester verhaftet worden, bei denen wichtige, auf die karlistische Bewegung bezügliche Schriftstücke beschlagnahmt wurden.

Rußland.

Aus Lody wird dem „Vrednjik“, Organ der socialistischen Partei Polens, berichtet, daß die Spigelet immer untrüglicher wird. Die Hausmeister sind jetzt von der Polizei angewiesen worden, die Namen der Mieter zu melden, bei denen mehrere Personen zusammenkommen. Zu diesem Zweck sollen die ins Haus Eintretenden stets gefragt werden, zu wem sie gehen. Der katholische Klerus geht hier immer mehr in den Dienst der Polizei über. Die Vrednjiken — das sind Schimpferien gegen die aufgestellten Arbeiter und die Weichte wird zu einer Spigeletausfragerei! Ein Geistlicher fordert öffentlich auf, die Socialisten zu denunzieren. Ein anderer Geistlicher hat bei Eröffnung einer neuen Kirche in seiner Rede offen ausgesprochen, daß es Pflicht der Kirche sei, die Arbeiter in den Banden des Gehorsams zu erhalten.

Vor kurzem hat die Socialistische Partei Polens ein specielles Blatt für Lody, den „Lodzianer“ herausgegeben. Bisher waren von Zeit zu Zeit für Lody bestimmte Beilagen des im Lande gedruckten Parteiblatts „Robotnik“ erschienen. Sie reichen nicht mehr aus. Das uns vorliegende Blatt ist achtseitig. Es ist ein reines Arbeiterblatt für das große polnische Manufaktur. Fast aus allen größeren Fabriken enthält das Blatt Korrespondenzen, darunter auch viel von Frauen. Das Blatt bringt eine wichtige Anklage gegen die grenzenlose Ausbeutung in der Textilindustrie und ein warmer Appell zur Solidarität, zum Widerstand.

Rumänien.

Bauernunruhen. Die Meldungen von Unruhen im Dorfe Buda bestätigen sich; die Ursache der Unzufriedenheit der Bauern

ist die Erzeugung des Getreidepreises. Das eine Uppfer von Unruhen in Buda war der Unterpräsident, welcher, vor den Bauern stehend, einen Herzschlag erlag. Vom Militär wurden ein Hauptmann und mehrere Soldaten schwer verletzt, von den Bauern drei getödtet und sieben verwundet. Nach dem Einschreiten des Militärs trat wieder Ruhe ein. Der Generalprokurator des Gerichtshofs in Galag wurde mit der Untersuchung an Ort und Stelle betraut. Eine aus andern Gemeinden desselben Bezirks gemeldete Bewegung wurde unterdrückt, ohne daß Militär einmarschieren brauchte. Die Regierung beschloß, gegen die Bauern Rücksicht walten zu lassen, gegen die Aufrechter aber mit größter Strenge vorzugehen. Das alte Rezept.

Afrika.

Die Kampflust der Boeren wird aufs neue durch nachstehende Meldung aus Fryburg bestätigt: Die Boeren werden in dem hiesigen Distrikt immer häufiger, ansehnlich beabsichtigen sie die Stadt einzuflüßeln. Da keine Polizeimannschaften zur Verfügung stehen, sind die von der Verbindungskette entfernter wohnenden Farmer ohne Schutz. Vier starr verschanzte Boerentlager sind zwanzig Meilen östlich von hier auf dem Mariani-Rand errichtet. Das Fortschreiten von Boerentagern aus der Stadt ist verboten, ebenso ist den Bürgern nicht gestattet, sich nach neun Uhr abends auf der Straße aufzuhalten. Infolge der ungewöhnlich trockenen Witterung ist das Getreide in traurigem Zustande. Die Bahnlinie ist noch nicht zerstört.

Angesichts dieses hartnäckigen Widerstands erhebt ein Teil der Londoner Presse — so wird uns von dort geschrieben — voran die „Pall Mall Gazette“ von neuem den Ruf nach härteren Maßregeln. Um die im Feld stehenden Boeren zur Kapitulation zu zwingen, sollen alle Dörfer und Gehöfte, von den ihnen Hilfe werden könnte, niedergelegt, die Bevölkerung interniert, die Felder zerstört werden. Das, bezu. die Befreiung des Schadens koste immer noch weniger wie die endlose Hingehaltung des Kriegs, der so viele Existenzen schädigt. Dem gegenüber bemerken die demokratischen Blätter, daß wenn man den militärischen Führern der Boeren anständige Kapitulationsbedingungen stelle, statt sich auf bedingungslose Unterwerfung zu begeben, die Verwundeten des Landes wahrscheinlich auch ohne solche Mittel brutalster Gewalt erlöst werden könne. Tatsächlich erbittert viele der kämpfenden Boeren vor allem der Gedanke an eine Deportation außer Lands. Jedes wird man auch die Zahl ihrer nicht gering einzuschätzen haben, die bloß noch von dem Wunsch befreit sind, den Eroberern so viel Schaden als nur möglich zuzufügen und alles drauszuholen, um die Verwüstung des Landes zu vermindern. Bis zu welchem Grade es an letzterer noch mangelt, wird sehr greifbar durch den Umstand illustriert, daß nicht einmal zwischen Johannesburg und Pretoria ein ununterbrochener Nachrichtenendienst aufrecht erhalten werden kann.

Partei-Maßnahmen.

Zwecks Regelung der Parteizugehörigkeit fahnen die Genossen in Hannover folgenden Beschluß: Jeder Parteigenosse muß auch Mitglied des Socialdemokratischen Wahlvereins für den 8. hannoverschen Wahlkreis sein; nur triftige Gründe können von der Mitgliedschaft entbinden. — Von Genossen, welche aus triftigen Gründen dem Wahlverein nicht angehören können, werden vom Kreisvertrauensmann Geldbeiträge entgegengenommen, die durch Ausgabe von Marken quittiert werden. In Not befindlichen Parteigenossen, welche keine Marken lösen können, kann auf Antrag die Parteizugehörigkeit bestätigt werden.

Die diesjährige Landeskonferenz der socialdemokratischen Partei Elßa-Lothringens fand am Sonntag in Mülhausen statt. Sie war von mehr als 30 Delegierten, unter denen das Ober-Elßa besonders reich vertreten war, besucht. Den Geschäftsbereich des Landeskomitees stützten die Genossen Böhle und Hoffmann, den Vorkbericht Genosse Schulze ab. Ueber die Taktik der Partei referierte Genosse Böhle. Der Vorort für das nächste Jahr ist wiederum Straßburg. In das Landeskomitee wurden gewählt: Genosse Böhle (Vorsitzender), Hoffmann (Kassierer), Schott (Schriftführer), Dr. Lensch und Spingler. Zu Controlloren wurden ernannt Laurent Meyer und Fuchs. Die nächste Landeskonferenz findet in Solmar statt.

Einen außerordentlichen Parteikonferenz hielten unsere belgischen Parteigenossen am 18. November in Brüssel ab. Es stehen nur drei Punkte auf der Tagesordnung: 1. Das internationale Parteisekretariat, die Bestätigung des ernannten Sekretärs und Wahl der zwei belgischen Delegierten zum internationalen Komitee. 2. Die politische Situation, Stellung der Partei zu dem Proportional-Wahlssystem. 3. Der Kampf um das gleiche allgemeine Wahlrecht.

Von mehreren Parteigenossen aus Posen, Ober-Schlesien und Russisch-Polen erhalten wir Zuschriften, die entgegen der Stellung, die die polnischen Parteigenossen in der Versammlung am 14. Oktober in Berlin einnahmen, ihr Einverständnis mit der Genossin Lugemburg, im besonderen mit ihrer Stellungnahme aus dem Kongresse in Paris und Mainz bekunden.

Das im Verlage des „Vorwärts“ soeben erschienene Protokoll über die Verhandlungen des internationalen Kongresses zu Paris enthält bezüglich der polnischen Mandatangelegenheit einen Artium. Es heißt dort, es waren fünf Mandate eines Delegierten beantragt worden. Thatsächlich handelt es sich um fünf Mandate und drei Delegierte. Genossin Lugemburg verteidigte ihr eigenes sowie auch die Mandate der beiden andern Delegierten.

Gewerkchaftliches.

Deutsches Reich.

Der Streik der Weber bei der Firma Engländer u. Schläpfer in Schleich bei Solingen dauert fort. Die Situation hat sich zu Gunsten der Streikenden gebessert. Die Ausständigen, 200 an der Zahl, gehören dem Niederheinischen Weberverband an und ist bisher keiner abtrünnig geworden. In der Fabrik arbeiten nur 12 gelehrte Weber und einige Minderjährige. Die Firma hatte sich vor einigen Tagen bereit erklärt, die Ausständigen bis auf 21 Gehaltsregelungen nach Bedarf einzustellen. Darauf sind die Arbeiter nicht eingegangen, besonders da ihnen die Verpflichtung auferlegt wurde, aus der Organisation auszutreten. Gegenwärtig verhandelt die Firma mit einer Kommission der Streikenden. Bisher hatte die Firma während des fünfwöchentlichen Streiks überhaupt jede Verhandlung abgelehnt.

In Utsch (Schneidemühl) dauert der Streik der Glasmacher nunmehr die vierzehnte Woche. Die Direktion, an ihrer Spitze Herr Direktor Liebig aus Dresden, verlangt bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Trotzdem sich die Vertrauensleute bereit erklärten, auf ihre WiederEinstellung zu verzichten, wird auch die Wiederaufnahme der Arbeit zu dem alten Lohne verlangt. Es kommt der Direktion hauptsächlich auf die Sprengung der Organisation, die unter den schwierigsten Verhältnissen aufgebaut wurde, an. Natürlich wollen sich die Arbeiter auf weitere Zugeständnisse nicht einlassen. Zur Unterstützung der Streikenden werden wöchentlich 700 M. gebraucht. Zugang ist auch weiter streng ferngehalten.

Ausland.

Bischöfe und katholische Gewerkschaften. Auch die schweizerischen Bischöfe haben sich gegen die in den katholischen Arbeitervereinen aufstrebenden Neutralitätsbestrebungen ausgesprochen. Das materielle Interesse hat aber auch bei den katholischen Arbeitern der Schweiz über die religiösen Sympathien gestiegen. Der Verband der katholischen Männer- und Arbeitervereine der Schweiz beschloß in einer am Sonntag in Schwiez abgehaltenen Versammlung, an dem durch den schweizerischen Arbeiterbund gefassten Neutralitäts-Beschluß festzuhalten.

Der Ausstand der Kohlengruben-Arbeiter im Becken von Calais dehnt sich weiter aus; in Carvin ruht die Arbeit voll-

ständig. In Courtois und Lévin sind Dragoner und Jäger eingetroffen; dieselben griffen in der vergangenen Nacht in der Nähe von Courtois eine Schar Auswärtiger an, wobei mehrere Arbeiter leicht verwundet wurden.

Die Konferenz der englischen Vergarbeiter. In Saltburn (Yorkshire) tagte vom 23.-25. Oktober die Jahreskonferenz des großen Vergarbeiter-Verbands von Großbritannien. Benj. Vidard, der Präsident des Verbands, führte den Vorsitz und bereitete sich in seiner Präsidentschaftsrede über die ungenügende Vertretung der Arbeiter im neuen Parlament. Wenn jedes der 450 000 zahlenden Mitglieder, die dem Verband jetzt angehören, nur einen Schilling jährlich zu einem Wahlfonds steuerten, so würde genug Geld zusammenkommen, um 70 Vertreter ins Parlament zu bringen, ohne daß sie nötig hätten, mit der Wäge in der Hand bedrohlich herumzugehen. Er hoffe, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo die Arbeiter verschiedene Stedenpferd-Ideen fahren lassen und sich zu einer großen Arbeiterpartei mit einem bestimmten Programm zusammenschließen werden, fest entschlossen, nur diejenige Regierung zu unterstützen, die ihren Ansprüchen Genüge leiste. Für eine solche Partei würde es ein Leichtes sein, 200 Arbeitervertreter ins Parlament zu bringen. Weiter erinnerte er daran, welche theoretische Bedenken seiner Zeit gegen die Idee der Erringung eines auskömmlichen — „living“ — Lohns ausgebreitet worden seien. Das „Unmögliche“ sei aber doch erklährt worden, die Vergarbeiter hätten heute den living wage, und wenn die Grundbesitzer versuchen sollten, ihn wieder abzuschaffen zu wollen, so würde es einen Streit geben, der den von 1898 weit in den Schatten stellen würde. Jetzt stehe die Frage der ungeschulten Arbeiter und des achtstündentags im Vordergrund. Vom gegenwärtigen Parlament sei hinsichtlich des letzteren nichts zu erwarten, sie müßten also betonen, ob sie nicht die Sache selbst in die Hand nehmen wollten.

Der Kongreß beschloß, unter principielster Festhaltung seiner Forderung eines gesetzlichen achtstündigen Arbeitstags, ein Kundgebungsfreiden an die Prinzipale zu richten, das die Durchführung des achtstündigen Arbeitstags verlangt. Je nach der Natur der Antworten soll alsdann weiter verfahren werden. Ferner sollte der Kongreß Resolutionen zu Gunsten der Ausdehnung und Verschärfung des Unfall-Erntschädigungsgesetzes und gegen die Beschäftigung von ungeschulten Vergarbeitern in englischen Vergarwerken — außer, wo solche ungeschulten Arbeiter unter der direkten Aufsicht von geschulten Vergarbeitern arbeiten und der englischen Sprache mächtig sind.

Auf einen zu Ehren der Delegierten von den Liberalen Abgeordneten Pease und Walton gegebenen Frühstück wurden noch allehand Komplimente mit diesen ausgetauscht, wie denn auch auf der Konferenz die Niederlage der Liberalen verschiedentlich als ein vom Standpunkt der Vergarbeiter sehr bedauerlicher Umstand hingestellt worden war. Um so schärfer ward mit Chamberlains Ausfall gegen die Arbeitervertreter ins Gericht gegangen. Von Keit Gardie, der in einem Walliser Vergarbeiterdistrikt als Mitglied der sozialistischen unabhängigen Arbeiterpartei gegen einen Liberalen gewählt ist, war ein Brief an Vidard eingelaufen, worin Gardie dem Kongreß guten Erfolg wünscht, sowie Vidard Vergessen früherer Feindseligkeiten und kollegialisches Arbeiten im Parlament anträgt. Vidard erklärte, dieses Anerbieten gern anzunehmen.

Der Ausstand der Londoner Ladenschiffer dauert ununterbrochen. Die Arbeiter haben den Prinzipalen verschiedene Vorschläge auf schiedsrichterliche Beilegung des Konflikts gemacht und zuletzt die Intervention des Gewerkeministeriums angerufen. Die Prinzipale aber wollen von keinem Schiedsgericht wissen, so lange nicht die Arbeiter dem nach ihrer Ansicht ungerechtfertigten Ausstand vorher ein Ende gemacht haben. Indes haben eine ziemliche Anzahl Firmen die Forderungen bewilligt, andre stehen ganz außerhalb der Bewegung, so daß der Ausstand auf gegen 2000 Schiffer beschränkt ist.

Zum Streik der Vergarbeiter in Pennsylvania wird aus New York berichtet: Die Arbeit wurde in den meisten Kohlengruben wieder aufgenommen. Der Ausstand dauert an einigen wenigen Plätzen fort.

Gerihts-Beitung.

Der Prozeß Sternberg

In seiner neuen Auflage begann gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Müller die Verhandlung im großen Schwurgerichtssaal statt. Auf der Anklagebank nahmen Platz: 1. Wanlier August Sternberg, seit dem 26. Januar in Untersuchungshaft, evangelischer Religion; 2. der Vergarwerksdirektor Paul Zuppa, vom 24. Februar bis 9. April in Untersuchungshaft gewesen, katholisch, unbestraft; 3. die 18 Jahre alte, bisher unbescholtene Auguste Wender, vorübergehend in Untersuchungshaft gewesen; 4. die verheiratete Kaffeehändlerin Anna Scheding, gleichfalls unbescholtene und kurze Zeit in Untersuchungshaft gewesen. Der erste Angeklagte ist des Sittlichkeitsdelikts in drei Fällen, die Angeklagte Wender, die zur Zeit der ihr vorgeworfenen That noch nicht 18 Jahre alt war, der Weibliche angeklagt. Die beiden andern Angeklagten sind beschuldigt, Schritte unternommen zu haben, um Sternberg der Bestrafung zu entziehen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Braut, die Verteidigung führen Justizrat Dr. Sello, Rechtsanwalte Dr. Weithauer, Dr. Heinemann, Fuchs I., ferner Dr. Mendel und Bronker. Es sind etwa 50 Zeugen erschienen, so daß der Beweisapparat nicht so groß erscheint, wie früher angenommen wurde. Es sind zum Teil Personen, die über den Leumund der Belastungszeugen Auskunft geben sollen. Unter den Zeugen befinden sich die Direktoren zweier Detektiv-Institute Schulze und Roth-Koffi, sodann Kriminalkommissarius von Tressow. Als Sachverständige wohnen Gerichtspräsident Dr. Störmer, Privatdozent und Gerichtsarzt Dr. Zuppa, Nervenarzt Dr. Albert Koll und Professor Dr. Gulenburg der Verhandlung bei, um wohl im Laufe derselben Gutachten über die Glaubwürdigkeit einiger Zeugen abzugeben. Da unter den Zeugen sich auch ein Laubstummer befindet, ist die Laubstimm-Dolmetscherin Frau Schenk geladen. Wie bekannt, ist der Angeklagte Sternberg i. Z. beschuldigt gewesen, mit drei minderjährigen Mädchen in unerlaubter Weise in Verkehr getreten zu sein. Die Hauptverhandlung endete mit seiner Freisprechung in zwei Fällen und mit seiner Verurteilung im Falle des Mädchens Frieda Woyda. Das Reichsgericht hat am 6. Juni das erste Urteil, so weit es zu einer Verurteilung gekommen war, aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung an die neunte Strafkammer zurückgewiesen. Während der damaligen Untersuchung haben dann noch zwei andre Mädchen Beschuldigungen unstatlicher Natur gegen ihn erhoben und außer dem Woydaischen Falle stehen deshalb auch diese beiden andern Fälle jetzt zur Verhandlung. Der Angeklagte Sternberg hat die Beschuldigungen früher mit aller Entschiedenheit bestritten und bestritt sie auch jetzt wieder. Die Angeklagte Wender ist i. Z. aus Amerika zurückgekehrt, sie hat fast drei Monate in Untersuchungshaft gesessen und bestritt gleichfalls die Beschuldigung der Anklage. — Der

Vergarwerks-Direktor Zuppa,

ein alter Geschäftsfreund des Herrn St., soll bei den Ermittlungen, die er nach der Verhaftung des Herrn Sternberg vor dem letzten Termin zur Feststellung einzelner Thatfachen unternommen, über das zulässige Maß hinausgegangen sein. Er bestritt dies und will nur in der Uebersetzung von der Nichtschuld Sternbergs Ermittlungen vorgekommen haben, die zu Bedenken nach seiner Ansicht keinen Anlaß gaben. Die Angeklagte Scheding soll vor dem letzten Termin einmal in unzulässiger Weise mit der Belastungszeugin Woyda gesprochen haben. Sie ist außerdem der Verleumdung des Kriminalkommissars v. Tressow und eines andern Kriminalbeamten beschuldigt. Auch sie bestritt ihre Schuld. Nachdem der Vorsitzende Landgerichts-

Direktor Müller alle Zeugen un- insbesondere die noch nicht eidemündigen Mädchen eindringlich ermahnt hatte, nichts als die reine Wahrheit zu sagen, wird auf übereinstimmenden Antrag des Staatsanwalts und der Verteidigung während der ganzen Dauer der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Der gestrige erste Verhandlungstag wurde ausschließlich durch die umfangreichen Erklärungen des Angeklagten Sternberg über den Fall Woyda in Anspruch genommen. Der Angeklagte bestritt entschieden, daß er irgendwelchen perverben Reigungen huldige und erklärte es für unzulässig, ihm alle möglichen Dinge aus dem Grunde zuzutragen, weil er früher mehrmals das Unglück gehabt habe — teilweise aus unläuterer Motiven — beschuldigt zu werden. Er betonte, daß er aus diesen Anklagen freigeblieben sei, nicht weil der betreffende Gerichtshof ein non liquet angenommen habe, sondern weil ihm lächlich nichts gegen ihn vorgelegen habe. Der Vorsitzende ließ die Urteile, die in den Vorprozessen ergangen sind, verlesen. Der Angeklagte gab sodann eine eingehende Schilderung der Umstände, unter denen er mit der jetzt in Amerika weilenden

Wassense Vertha Fischer,

die früher in der Alexandrinenstraße und später in der Wilhelmstraße ihre Wohnung hatte, in Verührung gekommen sei. Er belämpfte nachdrücklich die Behauptung, die in die Oeffentlichkeit gedrungen sei, daß die Fischer eine für ihn thätige Stupplerin gewesen sei und trat ebenso entschieden der Behauptung entgegen, daß er sie nach Amerika habe verschwinden lassen, weil er angeblich ein böses Gewissen habe und eine unbequeme Belastungszeugin habe los werden wollen. Das sei durchaus nicht der Fall. Einem Morgens sei die Fischer in sein Bureau gekommen und habe ihm in höchster Aufregung einen Sensationsartikel eines Berliner Blattes über „verschwindende Mädchen“ gezeigt, der so gefärbt gewesen, daß er ungescheutes Aufsehen machen und die Behörde zu weiteren Schritten veranlassen mußte. Es habe sich dabei um das Mädchen Fournacion gehandelt, das mehrere Male bei der Fischer gewesen war und dessen Abenteuer später der Ausbhangspunkt zu einer ungläublichen Preßfreiheit gegen ihn geworden seien. Je mehr er sich dagegen wehrte und seinerseits Schritte unternahm, um gegen ungerechtfertigte Angriffe anzukämpfen, desto mehr sei er bei der Kriminalpolizei persona ingratis geworden. Als die Fischer ihm den Sensationsartikel gezeigt, sei auch er unangenehm berührt worden, denn obwohl er gewußt, daß er nichts Böses gethan, habe er doch sich sofort klar werden müssen, daß sich vielleicht eine Skandalaffäre entwickele, in die sein Name in unliebsamer Weise hineingezogen werden könnte und er habe es deshalb als einen guten Gedanken der Fischer betrachtet, als diese ihm erklärte, daß sie unmöglich hier bleiben könne, sondern abreisen müsse. Er habe sich auch bereit erklärt, ihr bezüglich des Reisegeldes behilflich zu sein, sich aber wohl gehütet, ihr das Geld hier auszugeben, denn er mußte dann gewärtig sein, daß die Fischer das Geld zu andren Zwecken verwendete und nicht abreiße. Er habe deshalb den ihm bekannten Herrn Zuppa gebeten, die Fischer, die von ihrer damaligen Freundin Wender begleitet sein wollte, bis zu dem Hafen zu begleiten, wo sie zu Schiff steigen wollte. Das sei auch geschehen. Echon die Thatfache, daß er unter streitiger Ablehnung aller höheren Stimmen nur 1000 M. gegeben habe, damit die beiden Frauen in der ersten Zeit in Amerika nicht Rot litten und sich zur Vergabe einer gleichen Summe nur für den Fall bereit erklärt habe, daß es ihnen nicht gelingen sollte, innerhalb drei Monate eine Stellung zu finden, beweise deutlich, daß er von Frau Fischer nicht zu befürchten hatte und es sich um eine freiwillige Gabe seinerseits handelte, die auf sein Bestreben zurückzuführen war, sich möglichst vor der Hereinziehung seines Namens in eine Skandalgeschichte zu schützen. Bezüglich des

Falls Woyda

erklärte der Angeklagte wiederholt auf das allerbestimmteste, daß er mit diesem Mädchen, die bei der Fischer kleine Aufwartedienste verrichtete, nie etwas zu thun gehabt habe. Er machte eine große Reihe von Gründen und Gesichtspunkten geltend, die darauf hindeuten sollten, daß das Mädchen unglaubwürdig sei und er völlig zu Unrecht beschuldigt werde. Die Fournacion-Sache, die zu seinen Gunsten erledigt worden sei, hätte ihm doch wohl nahe legen müssen, daß er in großer Gefahr schwebte, wenn er irgend etwas andres pecciert hätte. Wäre er sich einer Straftat bewußt gewesen, dann wäre es damals für ihn ein Leichtes gewesen, irgend welche Vorkehrungen zu treffen, oder sich selbst in Sicherheit zu bringen. Dazu sei mehrere Wochen hindurch Gelegenheit gewesen. Er habe nichts dergleichen gethan, sondern sei ruhig in Berlin geblieben und habe sich in ein Uebemahner-Geschäftlicher Arbeit gestürzt. Es sei deshalb für ihn wie ein Witz aus heiterem Himmel gewesen, als er mitten aus dieser Arbeit heraus auf die Polizei sühnt, dort mit der Woyda konfrontiert und auf eine ihm nicht verständliche Beschuldigung dieses Mädchens hin verhaftet wurde. Während seiner Haft haben es seine Freunde für nötig gehalten, die Fischer und die Wender zu bewegen, aus Amerika nach Berlin zu kommen, um hier Zeugnis abzulegen. Zwei Beauftragte seien zu diesem Zweck nach Amerika gereist und haben die Wender auch zur Rückkehr bewegt. Die Fischer habe es abgelehnt, aber in Gegenwart der beiden Beauftragten erklärt, daß mit der Woyda nichts passiert sei. Später habe sie sich zur Rückkehr bereit erklärt, wenn ihr 5000 Dollar gezahlt würden, dies habe er aber abgelehnt. — Der Angeklagte kam mit seinen Darlegungen zum Fall Woyda, zu denen ihm der Vorsitzende volle Redefreiheit gewährte, gestern noch nicht zu Ende. Die Verhandlung wird heute, Mittwoch, 9 1/2 Uhr fortgesetzt werden.

Versammlungen.

Die Buchbinder hielten am 24. d. M. eine ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst hielt Herr Dr. Steiner einen Vortrag über Hädels Weltrauf. Zum zweiten Punkt führte Hoffmann aus: Die ausgeschriebene Extrasteuer sei zur Jetztzeit ganz verfehlt. Hätten wir während der Lohnbewegung Mitglieder gewonnen, so solle man diese jetzt zu halten versuchen. Durch die Extrasteuer gebe man diesen Mitgliedern doch nur einen Grund, unserem Verbande wieder den Rücken zu kehren. Es sei auch nicht zu erwarten, daß diese Steuer unsre Kasse schneller füllen werde, da eine Menge Mitglieder abströmen werden. Er beantrage deshalb: 1. Die Ortsverwaltung zu beauftragen, die Vornahme einer Urabstimmung in die Wege zu leiten. 2. Den Verbandsvorstand zu ersuchen, dieser möge die Erhebung der Extrasteuer so lange absehen, bis eine Urabstimmung darüber beschließt. Wenn sich die Ausschreibung des Extrasteuertrags zu der jetzigen Zeit als eine Verständlichkeitslosigkeit. Es koste viel Mühe, Mitglieder zur Organisation heranzubekommen. Redner meinte, man solle die Ausgabe der Marken von seiten der Zahlstelle ausverweigern. Ein dementsprechender Antrag Schmitts kam, da selbiger gegen das Statut verstoßt, nicht zur Abstimmung kommen. Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen, werden folgende Resolutionen gegen wenige Stimmen angenommen: Die Versammlung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Vornahme einer Urabstimmung in die Wege zu leiten. Die Zahlstelle Berlin beantragt: Der Verbands-Vorstand möge die Erhebung der Extrasteuer bis nach Erledigung der Urabstimmung absehen. Zum 3. Punkt: Abrechnung vom Sommerfest, stellt sich diese nach Angabe Venzers wie folgt: Einnahme 1622,25 M., Ausgabe 746,65 M., Ueberschuß 875,60 M. Unter Verbandsangelegenheiten wird einem Antrage der Verwaltung, die im Bureau notwendige Anzahl noch auf 4—8 Bogen zu verlängern, zugestimmt. Ueber die Firma Sala, Schützenstraße, wird die Sperre verhängt.

Der Centralverband der Zimmerer hielt am Sonntag eine Generalversammlung der Zahlstellen Berlins und Umgegend ab. Aus der von Kassierer Kube erstatteten Abrechnung für das 3. Quartal geht folgendes hervor: Die Abrechnung der Hauptkassiere schließt in Einnahme und Ausgabe mit 10 276,24 M. Die Polakasse

hatte einen Bestand vom 2. Quartal in Höhe von 1899,34 M., eine Einnahme von 2342,10 M., so daß am Schluß des 3. Quartals ein Bestand von 3031,39 M. vorhanden war. Für den örtlichen Fonds sind in der Zeit vom 13. Juli bis 16. Oktober eingenommen 6770,65 M., dazu ein Bestand vom 2. Quartal = 17 371,98 M., ausgegeben sind 3997,28 M., der Bestand am Schluß des 3. Quartals beträgt 20 145,33 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Nunmehr hielt Genosse Rosenow einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Der Kapitalismus am Ende der Prospektionsperiode und die Aufgaben der Arbeiter. Mehrere Diskussionsredner wiesen in Uebereinstimmung mit dem Referenten auf die Notwendigkeit des festen Zusammenhaltens der Arbeiter angesichts der hereinbrechenden wirtschaftlichen Krisis hin. — Hierauf ging man zur Erörterung verschiedener Verbandsangelegenheiten über. Betreffs der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der bevorstehenden Erneuerung des Vertragsverhältnisses mit den Unternehmern teilte der Vorsitzende Knäuper mit, der Vorstand habe sich im Einverständnis mit denjenigen Mitgliedern, welche Kenner in der Organisation befeiden, dafür entschieden, daß diese Angelegenheit zunächst in einer Konferenz von Bezirks-Delegierten beraten werde, nachdem die betreffenden Delegierten sich über die Wünsche und Forderungen der Kameraden ihres Bezirks informiert haben. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden und sah deshalb von einer Besprechung dieser Angelegenheit ab.

Ablerhof. Am Sonntag, den 23. d. M., fand hier im Lokal von P. Schmauser eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse W. Hirsch sprach über Wohnungsnot und Kohlenwucher. In einem 1 1/2 stündigen Vortrag behandelte Genosse Hirsch sein Thema, zum Schluß betonend, daß nur die Sozialdemokratie derartige Mißstände aus der Welt schaffen kann. Die Diskussion war eine sehr rege. Hildebrandt ergänzte die Ausführungen des Referenten in betrieblicher Beziehung. In seinem Schlusswort forderte Referent die Anwesenden auf, sich der politischen sowie gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Achtung, sechster Wahlkreis. Heute abend 9 Uhr: Wahlvereins-Vorstandssitzung bei Krause, Müllerstr. 7.

Eine öffentliche Mieterversammlung veranstaltet der Verein Berliner Wohnungs-Mieter Mittwochabend 8 Uhr im Saale der Norddeutschen Bauerei, Genußstr. 58. Auf der Tagesordnung stehen: Gründung eines Verbands deutscher Mietervereine (Ref. Dr. Vieh) und die Stadt Berlin und die Wohnungsnot (Ref. Herr D. Fiedrich).

China.

Die Friedensvermittlungen.

In Peking wird über die Friedensbedingungen unterhandelt. Der „Daily Express“ will wissen, die chinesischen Friedensvermittler hätten eine Geldentschädigung im Betrage von einer Milliarde Mark angeboten. Diese Summe soll in verschiedenen Raten zahlbar sein. Bis zur Zahlung dieser Entschädigung sollen die See- und Eingangszölle unter der Kontrolle der verbündeten Mächte bleiben. Der Kaiser soll eingewilligt haben, nach Peking zurückzukehren, sobald die Garnison der Verbündeten in Peking auf 2000 Mann reduziert ist. Der Kaiser habe sich außerdem zu folgendem bereit erklärt: 1. Ping Tzu an wird zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt; 2. Tientjin wird den internationalen Konventionen bleiben; 3. dem internationalen Handel werden neue chinesische Häfen eröffnet werden; 4. die Chinesen verpflichten sich, Kriegsmaterial und Munition nicht aufzulassen. —

Die Strategexpeditionen

werden unterdessen fortgesetzt. Die Kolonne, die nach Paotingfu gezogen und dies „erobert“ hatte, kehrt nach den Anordnungen des Generalissimus nach Peking zurück. Ob sie vorher, wie das in diesen Tagen die englische Kaspresse verlangt, die Stadt verwüstet hat, ist nicht bekannt geworden. Die nach Peking zurückkehrenden Abteilungen marschieren in drei parallelen Linien, um die auf dem Wege befindlichen Boxer abzufangen. General Richardson befehligt die Haupt-Kolonne. Die unter dem Befehl des Generals Campbell stehenden Truppen kehren ohne besondere Besoldung nach Tientjin zurück, und zwar längs des rechten Ufers des Flußlaufs, der von Paotingfu nach Tientjin führt; auch diese Truppen sahen auf Boxer. Eine Recognoscierungsabteilung bengalischer Lanciers traf am 22. Oktober 30 Meilen von Paotingfu auf Boxer und tötete etwa 20 derselben.

Von Peking aus wurden dieser Tage französische Soldaten in westlicher Richtung entsendet, um die Gegend von Bogern zu säubern; 8 Boxer wurden getötet, einer gefangen genommen. Auch von Tientjin aus werden solche Expeditionen gemacht. Am 23. d. M. ist eine Expedition nach Hiangho und Paoti abgegangen, aber bald wieder zurückgekehrt, ohne in Kampf gekommen zu sein. Bei Paoti seien zwar 4000 Boxer gewesen, die sich aber bei Annäherung der Truppen zerstreut hätten. Man behauptet, daß jede Expedition der Verbündeten gegen die Boxer sich als verfehlt erweist, da die Boxer, obwohl sie nach wie vor die eingeborenen Christen verfolgen, sich zerstreuen und ihre Waffen verbergen, sobald sie von der Annäherung fremder Truppen Kenntnis erhalten.

Wenn man zu der Einsicht gekommen ist, daß jede Expedition gegen die Boxer verfehlt sein muß, so sollte man doch auch den einzig richtigen Schluß daraus ziehen und baldmöglichst Frieden herbeizuführen suchen. Daß die Riederumkehr der Boxer, die von der chinesischen Bevölkerung als alles andre, nur nicht als „Aufständische“ betrachtet werden, die Chinesen nur noch mehr reizt und gegen die Fremden einnimmt, ist klar. Schon deswegen müßte man dieses Ueberziehen, Riederumziehen und Plündern einstellen. Auf die Mannschaften selbst muß diese Art der „Kriegsführung“ im höchsten Grade demoralisierend wirken. In dieser Einsicht scheinen sich die Mächte aber, wie es scheint, nicht aufzuweichen.

Das deutsch-englische Abkommen.

Die französische Antwort auf das deutsch-englische Abkommen enthält, wie das Bureau Gerold erfährt, eine vollständige Zustimmung, wenigstens der Abth. 3 des Vertrags eine ausführlichere Besprechung gefunden hat, als die andren Positionen. Es darf als sicher angenommen werden, daß die unmittelbar bevorstehende Antwort aus Petersburg dem Sinne nach mit der französischen übereinstimmt. In der amerikanischen Antwort, die man ebenfalls hinsichtlich hier erwartet, dürfte aber der dritte Punkt der Konvention eine besondere Ausführung erfahren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

London, 30. Oktober. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Bloemfontein vom 28. Oktober gemeldet: Alle über 14 Jahre alten männlichen Boeren, die in einem Umkreise von 10 Meilen von Bloemfontein wohnen, werden nach der Stadt gebracht, um sie zu verhindern, sich den noch kämpfenden Kommandos anzuschließen.

Wien, 30. Oktober. (B. H.) Die große Baumwollspinnerei Aktiengesellschaft in Felsdorf, ist heute nacht total niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf über eine Million Gulden.

London, 30. Oktober. (B. H.) Aus Haiti wird der Tod des Präsidenten der Republik gemeldet.

Washington, 30. Oktober. (B. T. W.) Nach der letzten Volkszählung beträgt die Zahl der Einwohner in den Vereinigten Staaten 76 295 220, was gegen 1890 eine Zunahme von 13 225 404 bedeutet.

Caracas, 30. Oktober. (B. T. W.) Das Erdbeben hält noch an. Die Bevölkerung ist in der größten Verwirrung. Die Stadt Guarenas ist völlig zerstört. 25 Einwohner wurden getötet.

Magdabing in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. November eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden

Unterhaltungsblatt

und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil des Romans

„Unter Wolken“

kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Bentstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für Deutschland und Oesterreich-Ungarn nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

2 Mark 20 Pfennig für die Monate November und Dezember

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7971.)

Unter Anreizband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschland und Oesterreich-Ungarn, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Ostelbisches Hunnentum.

Ein Kulturbild aus Ostpreußen wurde am Sonnabend, den 27. Oktober, vor der Strafkammer des Landgerichts Königsberg i. P. entrollt. Der verantwortliche Redakteur der „Vollstrebende“, Genosse Paul Hennig, hatte sich wegen Verleumdung des Gemeindevorstehers Domscheit aus Moditten im Landkreis Königsberg zu verantworten. Unter Königsberger Parteiflagge hatte am 24. Juli d. J. einen Artikel gebracht, in dem behauptet war, der Gemeindevorsteher Domscheit habe ein altes Ehepaar aus einem ihm gehörigen Hause auf die Straße gesetzt. Drei Tage und drei Nächte hätten die alten Leute im freien Lampioniert. Dann habe ihnen Domscheit einen alten Schweinefall als Wohnung angewiesen. In demselben liege die Frau jetzt todkrank.

In der Gerichtsverhandlung am Sonnabend befandete der beleidigte Gemeindevorsteher, ein herkulischer, wohlgenährter, reicher Besitzer, daß die alten Thiel'schen Eheleute mit einem 13-jährigen Sohn zusammen mit ihrem ältesten verheirateten Sohne in seinem Hause in einer aus Stube, Kammer und Kochgelegenheit bestehenden Wohnung gelebt haben. Er habe dem Sohn die Wohnung gelündigt. Dieser habe ihm mitgeteilt, daß er die alten Eltern nach der neuen Wohnung in Spittelburg nicht mitbringen dürfe. Als der Sohn gezogen sei und die Alten sich keine andere Wohnung verschaffen, habe er auf Ermittlung verklagt und ein Gerichtsvollzieher habe die alten Thiel's mit ihren Sachen anfangs Juni auf die Straße gesetzt. Dort seien sie drei Tage und drei Nächte geblieben. Aus seiner Wohnung entfernt habe er die alten Leute, weil er fürchtete, keine Miete zu erhalten. Der alte Thiel habe gearbeitet, falls er Arbeit hatte; die Frau habe nicht gearbeitet, weil sie kranklich oder schwächlich war. Ohne eine Miete zu verlangen, schildert Domscheit, wie die alten Leute im Freien ihr Bett aufgeschlagen und darin nachts geschlafen haben. Am vierten Tage habe er die Sachen der Leute aufgeladen und nach Spittelburg zum Sohne fahren lassen. Da der sie nicht habe aufnehmen dürfen und ihm inzwischen der Landrat, bei dem Beschwerde geführt war, Anweisung gegeben hatte, die Leute unter Dach zu bringen, habe er sie wieder nach Moditten holen lassen und dort untergebracht.

Die Wohnung, aus der er die alten Leute herausgesetzt hat, blieb, wie Domscheit auf Befragen des Vorsitzenden mitteilte, noch längere Zeit leer stehen. Das Obdach, das er den Thiel's anwies, war, wie Domscheit weiter befandete, früher ein alter, baufälliger Schweinefall. Das kleine Gebäude sei vor mehreren Jahren zum Ortsgelände ausgebaut. Aus den Akten wird festgestellt, daß der einzige Raum 2,10 Meter hoch, 2,30 Meter lang und 1,98 Meter breit war. Nach siebenwöchentlichem Aufenthalt in dem Loch sind die alten Leute jetzt im Dorfe Wärowalde in einer Wohnung auf Gemeindelosten untergebracht. Es wird festgestellt, daß der alte Thiel inzwischen eine dreitägige Strafe verbüßt hat, weil Domscheit ihn angezeigt hat, daß er sich böswillig keine Wohnung besorgt hat. Der über 60 Jahre alte Mann hat eine Anzahl Verhaftungen beigebracht, daß er sich ohne Erfolg um eine Wohnung bemüht hat. Domscheit hat aber als Gemeindevorsteher erklärt, daß er doch hätte eine Wohnung erhalten können.

Auf nachdrückliches Befragen des Verteidigers des Angeklagten, des Rechtsanwalts Hugo Haase, gibt Domscheit zu, daß in den Nachbargemeinden an Thiel für dessen eigene Rechnung keine Wohnung vermietet worden wäre. Der alte Mann hat daher unschuldig im Gefängnis gesessen. Auf Befragen des Verteidigers mußte Domscheit dann im Gegensaß zu seinen ersten Behauptungen zugeben, daß der den Thiel's angewiesene Raum in letzter Zeit nicht Gefängnis, sondern tatsächlich Schweinefall gewesen ist. Er wurde nicht benötigt, weil die Wohnung, zu der er gehört, leer stand. Domscheit behauptet dann, er habe den Stall reinigen und weihen lassen, als die Thiel's hineingezogen. Später stellt sich heraus, daß das unwahr ist. Nur der Mist war herausgebracht worden.

Ein Arzt, Dr. Kempe, hat die alte Frau Thiel auf Anweisung des Landratsamts untersucht, als sie krank im Schweinefall lag. Todkrank habe er sie nicht gefunden. Der Mann sei derartig gewesen, daß höchstens eine Person ganz kurze Zeit darin hätte wohnen können, auf keinen Fall aber zwei. Ob er versucht hat, den alten Leuten zu einem andern Obdach zu verhelfen, teilte der Herr nicht mit.

Die nächste Jengin, die Diakonistin Hedwig Potrel schilderte, wie sie die alte Frau fiebernd, auf Weisungen an der Erde liegend gefunden habe, als sie sie auf Erden der Schwiegerochter beugte. Sie hat die alte Frau zwei Wochen lang gepflegt. Kranke sei die Frau Thiel gewesen, aber nicht todkrank.

Darauf folgte als Jengin die alte Frau Thiel. Sie ist 59 Jahre alt, ein ganz kleines gebrechtes Mütterchen, deren braunes Gesicht mit vielen Runzeln bedeckt ist. Als ihr Sohn in die neue Wohnung gezogen sei, befandete sie, habe er die Eltern nicht mitnehmen dürfen, weil in Spittelburg schon zu viele Arme seien. Trotz aller Mühe hätte sie eine eigne Wohnung nicht erhalten, weil die Leute beschwerten, keine Miete zu bekommen. Als Domscheit sie auf die Straße gesetzt und sie dann drei Tage

und Nächte im Freien lampioniert, habe es in Strömen geregnet. Sie hätte nicht laufen können, weil Domscheit den andren Leuten verboten habe, sie in die Wohnung kommen zu lassen. Als Domscheit sie nach Spittelburg gefahren habe, hätte der Sohn sie aufgenommen, aber da wäre ihm gesagt worden, er müsse sofort ziehen, wenn er die Eltern aufnehmen. Da seien sie denn in den Stall gebracht worden. Nachdem sie acht Tage darin gewohnt, habe Domscheit die Wände reinigen und tünchen lassen.

Domscheit giebt auf Vorhalten des Verteidigers zu, daß seine vorherigen Angaben über das Zustandehen des Stalls unrichtig waren. Zugaben muß er ferner, als Frau Thiel es mitteilt, daß sie erst den letzten Mist aus dem Stall entfernt habe, als sie ihre Betten am Boden ausbreiten wollte, weil sich die Bettstelle nicht aufstellen ließ. Ihre Sachen haben drei Wochen in Wind und Wetter draußen gestanden, bis Domscheit sie unter Dach bringen ließ. Die Frau sagte weiter aus, daß sie stets gesund gewesen sei. Erst nach den Nächten im Freien und dem Aufenthalt in dem furchtbar sinkenden Stall, dessen Fenster nicht schloß und durch dessen Dach der Regen lief, sei sie schwer erkrankt.

Die übrigen Zeugen bestätigen in allen Punkten die Angaben der alten Frau. Bemerkenswert ist von der Aussage ihrer Schwiegertochter, daß sie die alte Frau deshalb nicht nach Königsberg ins Krankenhaus bringen konnte, weil die Besitzer ihr wegen der Feuerne kein Fuhrwerk gegeben haben!

Der Staatsanwalt Wollenberg beantragte, den Angeklagten wegen Verleumdung zu verurteilen. Domscheit habe zwar auf's grösste seine Menschenpflicht verletzt, indem er die alten Leute tagelang im Freien ließ. Verleibt aber sei er, weil der Schweinefall kein Stall mehr war, nachdem er gereinigt und geweiht war. Mistreste seien zwar von der Frau Thiel noch vorgefunden, die hätte sie aber auch entfernen können. Er beantrage 30 Mark Geldstrafe.

Nachdem der Verteidiger Rechtsanwalt Haase in scharfster Weise die Pflichtvergessenheit gerügt hatte, deren sich Domscheit sowohl als Mensch wie als Gemeindevorsteher schuldig gemacht hat, wies er nach, daß der Wahrheitsbeweis vollständig erbracht sei. Der Verteidiger überreichte gleichzeitig drei Artikel der „Vollstrebende“, in denen dieselbe schon früher auf den Fall hingewiesen hat, sowie drei Dokumente, in denen der Landrat, der Regierungspräsident und dann im Namen des Ministers des Innern nochmals der Regierungspräsident beschweren über die Art der Unterbringung der Thiel'schen Eheleute als unbegründet zurückweisen. Erst dann wurde der inkriminierte Artikel geschrieben.

Noch zweimal nahm der Staatsanwalt das Wort, um die Notwendigkeit der Verurteilung des Genossen Hennig nachzuweisen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten aber nach einstündiger Beratung frei, da der Wahrheitsbeweis erbracht sei.

Daß ein Staatsanwalt unter Umständen wie den vorliegenden eine Bestrafung des Manns beantragt, dem das hohe Verdienst zugesprochen ist, die von dem Gemeindevorsteher begangenen Unbilllichkeiten der öffentlichen Beurteilung übergeben zu haben, das ist uns daraus zu erklären, daß solche Unbilllichkeiten in Ostpreußen am Ende gar nicht so etwas Seltenes und Auffälliges sein müssen. Thatsächlich hat die unabhängige Presse ja gerade aus Ostpreußen in letzter Zeit eine lange Reihe unüberlegter Verleumdungen gebracht, die ein tief beschämendes Bild von den Feindschaften und Grausamkeiten geben, denen das Landproletariat Ostpreußens ausgesetzt ist. Wäre diese Ausbeutung wenigstens die eine gute Wirkung haben, daß sie die Bevölkerung gegen solche Schmach aufrüttelt.

Vom Eisenmarkt.

Die Lage auf dem Eisenmarkt gestaltet sich immer prekärer. Nach einer vor einigen Tagen veröffentlichten Statistik der städtischen Gruppen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller haben sich die Roheisenbestände Ober-Schlesiens im September ds. J. um 5195 Tonnen auf 28 792 Tonnen erhöht, während sie zur gleichen Zeit des Vorjahres nur 12 490 Tonnen betragen hatten. Der Mehrbestand bezieht sich also auf 14 272 Tonnen.

Nicht günstiger ist die Geschäftslage auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt. Die Nachfrage in Roheisen ist äußerst schwach, und daselbe gilt für Halbzeug. Auch im Kleinereisen-Gewerbe, in den Gießereien und selbst in den Maschinenfabriken laufen wenig neue Aufträge ein; überall Geschäftsstillstand. Verleibt werden denn auch von verschiedenen Stellen Auslösungen von Hochofen und Koksreduktionen gemeldet. So wurde beispielsweise dieser Tage durch Ausschlag den Arbeitern der Gießereifabrik Wuppertal- und Eisenwerke vorm. Münscheit u. Co. bekannt gemacht, daß sämtliche Löhne vom 1. November ab um 10 Proz. reduziert werden. Auch auf der Fabrik von Böler u. Co. in Schalk ist eine Lohnreduzierung bis auf 1,40 M. pro Schicht eingetreten und auf dem Walzwerk von Gellso u. Junke ist 100 Arbeitern gelündigt worden.

Die Preise der Eisen-Industriellen, die noch vor kurzem, mit dem Ausbruch in Montanwerten entgegenzuwirken, von einer Besserung des Geschäftes, neuen Aufträgen etc. zu berichten wußten, sieht sich endlich gezwungen, die traurige Situation, das stetige Aufschreiten der Preise empfinden zu müssen. Wenn wir die heutige Lage des Eisenmarktes kritisch betrachten, schreibt die „Rheinl. Ztg.“, so können wir uns nicht verhehlen, daß wir einer nicht sonderlich rosigem Zukunft entgegengehen. Die Nachfrage in fast allen Arten Eisenmaterial läßt noch immer viel zu wünschen übrig, und die Produktion übersteigt den Bedarf heute in einem Maße, daß ein großer Teil der Werke dazu hat übergehen müssen, den Betrieb auf einige Zeit still zu legen oder Feierlichkeiten einzulösen.

Wäre ein bisheriges Schicksal berechtigt, so müßte jetzt dies Unternehmervorgang nicht zu verhehlen; denn der obigen Auslassung fügt es die Mitteilung hinzu, daß größere Eisenwerke mit eigenen Hochofen sich in letzter Zeit wieder mit vermehrtem Interesse dem Exportgeschäft zugewendet und nach England Abzug gefunden hätten, so daß den kleineren Werken weniger Inlandsarbeit weggenommen würde. Was soll das heißen? Von großer Bedeutung kann der Export nach England kaum sein, denn die Nachfrage ist dort eine ähnliche wie in Deutschland, und verschlechtert sich ebenfalls zusehends. Wenn heute das Verhältnis des englischen zum deutschen Preisstande noch eingemessen den Export lohnt, dürfte das schon nach wenigen Wochen kaum noch der Fall sein. Viel wahrscheinlicher, als ein fortgesetzter Export nach England, ist eine Ueberflutung des deutschen Marktes mit amerikanischen Eisenprodukten im Fortgang der Krise. Heute wird das Vordringen des amerikanischen Eisens auf den europäischen Markt noch durch die Anaptheit des verschärfen Frachtenraums auf den transatlantischen Dampfern und die hohe Fracht (die reine Seefracht, ohne Umladung und Zinsen) selbst sich auf ca. 20 Mark pro Tonne) hintangehalten, sobald aber im Gefolge der hereinbrechenden Krise die Frachtpreise für die transatlantischen Dampfer abnimmt, werden auch die Frachtpreise fallen.

Nur die bekannte Fachschrift „Stahl und Eisen“ will auch jetzt noch nichts von einer Krise wissen und bezeichnet die Befürchtung, daß die Eisenindustrie bei der Ueberproduktion angelangt sei, als entschieden zu weitgehend. In Roheisen sei allerdings, so meint dieses Blatt, die deutsche Produktion von 4,84 Millionen Tonnen des Jahres 1891 auf 8,03 Millionen Tonnen für 1899 gestiegen, aber nicht in wilden Sprüngen wie in Amerika, sondern mit stetigem Vorwärtsschreiten, das annähernd der Verbrauchszunahme bis vor vier Jahren entsprach. Dann steigerte sich die Einfuhr, so daß die Inlandsproduktion dem Verbrauch nicht mehr genügt

haben kann. In den ersten acht Monaten 1900 produzierte Deutschland 5,47 Millionen Tonnen, d. i. nur 101 505 Tonnen oder 1,9 Proz. mehr, während zugleich die Einfuhr von ausländischem Roheisen auf 485 195 Tonnen stieg, d. i. um fast ebenfalls 102 000 Tonnen. Daß die heimische Produktion in letzter Zeit relativ zurückgeblieben, erkläre sich aus unzureichender Coalzufuhr; demnach könnten in Westfalen rund 1 Million Tonnen Coals mehr geliefert werden, damit werde auch unsere Produktion von Roheisen stärker wachsen und den Export zurückweisen.

Dann heißt es wörtlich weiter:

Jedenfalls aber geht aus diesen Verhältnissen hervor, daß von einer Ueberzeugung bei unsren deutschen Hochofen nicht nur keine Rede sein kann, sondern daß die Verhältnisse entschieden auf eine nicht unbedeutende Unterzeugung hinweisen und ihre Lage hinsichtlich des Verbrauchs denkbar günstig ist. Seit dem letztverflohenen Winter bezog dem Frühjahr dieses Jahres ist allerdings eine Reihe größerer Stahlwerke neu in Betrieb gekommen, ferner haben die vorhandenen Stahlwerke ihre Einrichtungen nicht unwesentlich erweitert; aber im Verhältnis zur Gesamtzeugung macht das zu erwartende Mehr einen nicht zu erheblichen Prozentsatz aus und dürfte kaum mehr als die Produktionssteigerung sein, die wir seit 1895 Jahr für Jahr zu verzeichnen gehabt haben, da andererseits die Werke mit ihren alten Einrichtungen in einem überanstrengten Tempo gearbeitet haben, das sich erfahrungsgemäß auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt. Es ist nicht einzusehen, warum die bisherige Entwicklung im Bedarf mit einem Mal solche Unterbrechung finden sollte. Im wesentlichen dürfte es sich nur darum handeln, die jetzige Zeit des Uebergangs zu überwinden, in der durch ängere Ereignisse das Vertrauen erschüttert ist.

Was durch diese Ausführungen bewiesen werden soll, ist nicht recht klar. Die Thatsache, daß seit 1891 der Fortschritt der deutschen Roheisen-Produktion sich nicht in wilden Sprüngen, sondern stetig, von Jahr zu Jahr steigend, vollzogen hat, sowie daß in den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres die Produktionsziffer nur einen mäßigen Ueberschuß gegen jene des Vorjahres aufweist, widerlegt doch keineswegs, daß die Nachfrage heute bei weitem hinter dem Angebot zurückbleibt. Die Lage auf dem deutschen Eisenmarkt ist zudem nicht allein abhängig von der deutschen Produktion und dem deutschen Bedarf. Die deutsche Eisenindustrie ist zu einem großen Teil längst zu einer für den Weltmarkt arbeitenden Exportindustrie geworden und deshalb von dessen Veränderungen und Schwankungen abhängig. Selbst wenn wirklich die Ansicht des Hochblatts richtig wäre, daß die Steigerung der Produktion nur eine „normale Zunahme“ darstelle, könnten daraus die optimistischen Folgerungen, die das Blatt sich zur Verhütung der Gefahr von Montanwerten leistet, nicht gezogen werden. Wie so manche Hoffnung der letzten Wochen dürfte auch diese Zuversicht des betreffenden Fortgangs sich bald als irrig herausstellen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Versammlung des Vereins Berliner Dienstherrschaften und Dienstangestellter, welche bei Marie-Wirtlich, Steglitzerstr. 35 tagte, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Stellenvermittlung. Der Verein hat einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis eingerichtet, welcher den Berliner Dienstangestellten zur Benutzung dringend empfohlen werden kann. Auch zum Eintritt in den Verein sollte gerade diese Thätigkeit ermuntert; der jährliche Beitrag von 3 M. ist ja ein sehr geringes Opfer gegenüber den Forderungen der privaten Stellenvermittlungen, welche für die besser bezahlten Stellen von 240 M. jährlich aufwärts von 7,50 bis über 12 M. von den Mädchen verlangen. Uebrigens ist die Leitung des Arbeitsnachweises bemüht, nur wirklich gute Stellen zu vermitteln, wie man der Beschwerde eines Herrn entnehmen konnte, bei welchem das Mädchen in der Küche schlafen muß. Ein Vereinsmitglied aus der Reihe der Dienstherrschaften schloß sich dem Protest gegen die Auffassung des Entrüsteten energisch an und erklärte, ein Zimmer müßte das Mädchen haben, sollte es auch die gute Stube sein, falls kein anderer Raum vorhanden sei. Lebhafter allokuttiger Beifall folgte der tapferen Aussprache.

Weniger Anklang fand die eindringliche Mahnung seitens eines anderen Mitglieds, die Haushaltungsschulen zur Ausbildung von Dienstmädchen zu besuchen, trotz oder vielleicht auch wegen der wiederholten Versicherung, daß sich die Hausgehilfen hierdurch die Zufriedenheit der Dienstgeber in weit höherem Maße erwerben würden. Gewiß war der Vorschlag ehrlich gut gemeint für beide Seiten. Aber man handelt doch im Verein zunächst nach dem Grundsatz, daß es nötig sei, die Stellung der Dienenden zu verbessern. Ihre Leistungen zu erhöhen ist gleichfalls gut und notwendig, hat aber erst bis später. Ob die bestehenden Anstalten befähigt sind, Mädchen für gut bezahlte Stellen auszubilden, läßt sich kaum in bezugnehmender Sinne beantworten. Und es spricht für den guten Willen und die Einsicht der Vereinsleitung, daß sie sich zunächst jenen Seiten der Dienstbotenfrage zuwendet, deren Reform im Interesse der Dienenden am dringlichsten ist.

Und noch ein Grund neben dem materiellen Vorteil sollte die Dienstangestellten bewegen, zahlreich dem Verein beizutreten. Wie wertvoll ist es doch für die Isolierten, in den häuslichen und doch fremden Kreis gebannt, einen Ort zu lernen, wo sie mit gleichgesinnten Arbeitsgenossen verkehren können. Erfahrungen austauschen, nicht klatschig halber, sondern um durch weitere Kenntnis der Verhältnisse diese zu bessern, Abstände abzustellen, Vorteile zu erlangen. Dringend ist zu wünschen, daß sich die Dienenden in ihrem Verein zur Wahrnehmung ihrer Interessen zahlreich und eifrig zusammenfinden. Es läßt sich schwer annehmen, daß die „Verdrängten“, welche dem Verein angehören, in überwiegender Mehrzahl der festen Ueberzeugung sind, daß es in dem Verein nur gilt, die Lage der Angestellten zu bessern, sei es auch mit Opfer an Geld und Annehmlichkeiten seitens der Arbeitgeber. Wer nicht so denkt, für den wird der Verein keine bleibende Stätte sein.

Sociales.

Ans der besten der Welten. Nach dem Jahresbericht des Arbeits- und Landarmenhanwes in Schwelbnitz (Schlesien) befanden sich am Schluß des Berichtsjahrs in dieser Anstalt 1817 Personen, davon sind etwa 175 Orts- resp. Landarme. Bezüglich behandelt wurden in 40 352 Krankenstagen durchschnittlich täglich 111 Land- und Ortsarme und in 20 573 Krankenstagen durchschnittlich täglich 58 Arbeitshauslinge. Eine Ziffer, die um so höher anzuschlagen ist, als jeder Anfall des Arbeitshauses vor seiner Aufnahme auf seinen Gesundheitszustand untersucht wird. Die Landarmen verdienen der Anstalt im Berichtsjahre 2203 M. und die Arbeitshauslinge brachten 217 277 M. ein. Davon ist der Bedienstetenanteil der Anstalt bereits abgezogen. Pro Tag brachten die Arbeitshauslinge der Anstalt 52,00 Pf., die Armenhäuser 3,50 Pf. ein. Der Reingewinn aus dem Anstaltsbetrieb belief sich auf 1064 M. Mitfin betragen die eignen Einnahmen der Anstalt 243 614 M., da aber die Gemeindefiskus 358 694 M. bezugten, so war ein Zuschuß von 115 080 M. erforderlich, der vom Landarmen-Verband getragen worden ist. Der tägliche Unterhaltungslohn-Zuschuß betrug bei einem Landarmen 71,50 Pf. und bei einem Arbeitshauslinge 10,76 Pf. Rechnet man hierzu den Betrag, den Arbeitshauslinge und Landarme verdienen, so ergibt sich, daß ein Arbeitshauslinge pro Tag 68,75 Pf. und ein Armenhäuser 75 Pf. Unterhaltungslohn beansprucht. — Damit vergleiche man, was die Aufstellungskommission in Posen den landwirtschaftlichen Arbeitern gewährt will.

Zur Lage der Fischer auf Rorderney wurden gelegentlich einer Parteikonferenz für den ersten hannoverschen Wahlkreis hoch-

Interessante Mitteilungen gemacht. Die Fischerei, die früher im Herbst und Frühling für die Infulaner sehr lohnenden Verdienst brachte, ist von der großkapitalistischen Hochseefischerei vollständig vernichtet worden. Von den 70 Fischerschuluppen, die vor 10 bis 15 Jahren zum Fischfang ausfuhren, sind vielleicht noch 5 vorhanden, die mehr zum Vergnügen als zum Erwerb auf dem Fischfang fahren. Die früher so stolzen Fischer, welche die Handwerker und Arbeiter über die Schülern anjahen und über den prophezeiten Eingezug des Königs Dampf auch in der Fischerei unglücklich den Kopf schüttelten, sind völlig aus ihrer Existenz geworfen, sie müssen von ihrem Element, dem Meer, sich trennen und nach dem Festland wandern und dort irgend einen Erwerb sich suchen. Während die Fischer früher auf dem Festland junge Mädchen warben, die den Küder für den Fischfang suchten und präparieren mußten, wandern jetzt die Töchter der Fischer, wenn die Gabezeit vorüber ist, aus, um auf dem Festland in irgend ein Dienstverhältnis zu treten. Früher, so sagte der Berichtserstatter, lachten uns die Fischer ob unserer Agitation für die Socialdemokratie aus, heute sind sie so hoffnungslos geworden, daß nur wenige sich auftrauen können, um mit uns dafür zu kämpfen, daß die großartigen Hilfskräfte, wie Dampfmaschinen usw., welche der Menschengeist erfunden und fleißige Arbeiterhände erschaffen haben, nicht mehr den Arbeitern zum Glück, sondern zum Segen werden.

Landwirtschaftliche Arbeitslöhne in Ungarn und England. Zwei Abhandlungen der „Socialen Rundschau“, der sehr beachtenswerten Monatschrift des Arbeitsstatistischen Amtes im R. (österreichischen) Handelsministerium, entnehmen wir die folgenden Daten: Soweit sie Ungarn betreffen, sind sie rein als Unternehmungsangaben zu betrachten, die mit um so mehr Vorsicht aufzunehmen sind, als die Entlohnung zum Teil in Naturalien gewährt wird und dieser Teil der Entlohnung von den Unternehmern nach einem sicher nicht zu niedrig bemessenen Umrechnungscoeffizienten in Geld angegeben wird. Trotzdem sind die Löhne in diesem überwiegend agrarischen und von Junkern regierten Lande sehr niedrig. Eine Tendenz zum Steigen hatten die Löhne in den drei letzten Jahren, für die Angaben überhaupt vorliegen, nicht. Es erhielten die nur in Geld entlohnenden Arbeiter pro Tag im Landesdurchschnitt in Pfennigen:

	1896	1897	1898
im Frühjahr	95,2	96,9	91,8
„ Sommer	156,1	164,6	157,8
„ Herbst	105,4	108,8	107,1
„ Winter	76,5	78,2	76,5

Die Frauenlöhne waren beträchtlich niedriger:

	1896	1897	1898
im Frühjahr	68	69,7	66,3
„ Sommer	96,0	102	98,6
„ Herbst	74,8	76,5	74,8
„ Winter	54,4	56,1	57,8

Für Kinder stellten sich die Löhne folgendermaßen:

	1896	1897	1898
im Frühjahr	46,25	47,95	46,25
„ Sommer	65,6	68,0	65,6
„ Herbst	51,0	51,0	51,0
„ Winter	37,4	40,8	39,1

Sehr interessant sind die Abstufungen der Löhne je nach der geographischen Lage, wir beschränken uns aber bloß auf die Bemerkung, daß die niedrigsten Löhne in Siebenbürgen im südöstlichen Winkel des Landes, der an Rumänien grenzt, gezahlt werden.

Auch bei den reinen Geldlöhnen wird fast allgemein Schnaps frei gewährt, selten so beim Weinbau und zuweilen auch bei Schnittern wird Wein den Landarbeitern neben dem Geldlohn verabreicht.

In Großbritannien und Irland werden für das Jahr 1898 in einer amtlichen Publikation (Report by Mr. Wilson Fox on the

wages and earnings of agricultural labourers in the United Kingdom, London 1900, 206 SS.) als Durchschnittslöhne der Landarbeiter beziffert pro Woche in

England	16 M. 85 Pf.
Wales	16 „ 42,5 „
Schottland	18 „ 8,5 „
Irland	10 „ 8,5 „

Für die Zeit seit Mitte des 19. Jahrhunderts ergibt sich, soweit Vergleichsmaterial vorliegt, eine wesentliche Steigerung der Löhne; für die letzten fünf Jahre kann die Vergleichung viel vollständiger durchgeführt werden; sie zeigt für England, Wales und Schottland ein Steigen der Löhne; während im agrarischen Irland wesentliche Veränderungen der Lohnsätze im letzten Jahre nicht zu verzeichnen sind. Bemerkenswert ist die starke Abnahme der Frauen- und Kinderarbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben des vereinigten Königreichs.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 4. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Sprechsaal. — Arbeitsleistung und Frauenrecht. — Ein Beitrag zur materialistischen Geschichtstheorie. — Von Heinrich Cunow. — Arbeiter und Lohnsteuer. — Von Otto Fuchs. I. — Das landwirtschaftliche Grundbesitzverhältnis. — Von Paulus. — Die 72. Kaiserliche Versammlung in Baden. — Von Bruno Werscher. — Familien: Wie die Heimat sieht! Bilder aus dem Osten von Fritz Stoworonek.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Offiziere (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementnummer beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Papst. Graf Salvo war Vorkämpfer in Rom, bevor er Minister des Auswärtigen wurde.

A. 7. Wenden Sie sich zunächst an die Berliner Armenverwaltung, Abteilung für die Waisenverwaltung, Vorkämpfer Stadtrat Kömpf, Alte Jakobstraße 33.

Zwei Bettende. Schöneberg. 1. Rein. 2. Ist und unbekannt.

H. P. Schöneberg. Eine Statistik der Staatsschulden bezeugt großen Schweregraden, da in den verschiedenen Ländern eine veränderte Buchung erfolgt. So werden in Frankreich unter den Schulden auch die Pensionen aufgeführt, die in anderen Ländern unter anderen Ausgabekategorien erscheinen. Zweifellos hat aber auch Frankreich größere Schulden als das Deutsche Reich; sie dürften ungefähr doppelt so groß sein, als die deutschen Reichsschulden und die der deutschen Einzelstaaten zusammen.

H. G. 136. Mergern Sie sich nicht noch mehr durch gerichtliche Schritte, solche Sachen gehören doch nicht vor den Radt. Das nimmt auch das Strafgesetzbuch an. Es läßt eine Bestrafung wegen Ehrverletzung nur dann zu, wenn wegen dieses Ehrverstoßes die Ehe geschieden und sodann von dem unschuldigen Teil Bestrafung beantragt ist. Der Strafantrag läßt sich aber nicht teilen. Es tritt also eine Bestrafung beider Ehebrecher ein. Die Strafe schwankt zwischen einem Tag und 6 Monaten Gefängnis.

— Auch die Frage, ob Sie mit Rücksicht auf Erfolg wegen Verleumdung Klagen können, weiß die betreffende Frau bestimmt, geschlechtlichen Verkehr mit Ihrem Mann gehabt zu haben, ist zu verneinen. Solches Bestreiten ist keine Verleumdung. — Clara 33. Da die Beleidigung vor dem 1. Oktober 1900 rechtskräftig geworden sind, läßt sich dagegen nichts mehr machen. Seiner Zeit war an dieser und anderen Stellen unserer Zeitung wiederholt darauf hingewiesen, rechtzeitig Verurteilung und Revision einzulegen. Das ist auch in mehreren Fällen mit Erfolg geschehen. — S. Storgardstr. Ja.

— P. Z. 120. Ihnen steht noch Ihre Darstellung lediglich eine persönliche Forderung gegen den Besteller der Arbeiten zu. Die sogenannte Handwerker-Hypothek (richtiger Sparer-Hypothek) haften nur für die Forderung des Handwerkers, auf dessen Namen die Hypothek eingetragen ist. Die Forderung, daß das Grundstück stets für die Forderungen aller derjenigen lasten solle, die Arbeitslohn oder Material in das Grundstück verwendet haben, ist wiederholt socialdemokratisch gelehrt, aber im Reichstag noch nicht angenommen worden. — H. 25. 75. Koch Ihrer

Darstellung wäre eine Vertretung für Ihre Schwester zwecklos. Wollte sie sich aber in dem Prozeß vertreten lassen, so kann sie es nur durch einen bei dem Landgericht zu Tübingen zugelassenen Rechtsanwalt. Um das Armenrecht zu erhalten, schlägt sie den Seiten 348 und 429 des „Arbeiterrechts“ ausführlich angegebenen Weg ein. — R. R. Rein. — Heine. Die gesamten Bestimmungen über Arbeiterentschädigung sind in § 134 H. O. enthalten. Diese Vorschriften sind im „Arbeiterrecht“ S. 234 enthalten. Entscheidungen in der Art, die Sie anbringen, gibt es nicht. — G. P. 19. 1. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung haften die einzelnen Gesellschafter nur in Höhe ihres anteilmäßigen Anteils. Beträgt sein Anteil also 50 M., so würde er über die bereits eingezahlten 50 M., die Eigentum der Gesellschaft geworden sind, noch mit 50 M. aus seinem Privatvermögen haften. Bei Gesellschaften mit unbeschränkter Haftung haften jeder Gesellschafter mit seinem gesamten Vermögen für die Schulden der Gesellschaft. 2. Das hängt davon ab, wie das Statut der Gesellschaft lautet. Eine Gesellschaft kann alle möglichen juristischen Formen haben. — G. P. 21. Das Gesetz über Entschädigung unglücklich Verurteilter spricht weder ein Recht auf Entschädigung unglücklich Verurteilter noch ein solches in Untersuchungshaft Gezogener aus, noch gibt es allen im Wiedererfassung-Verfahren Freiheitsproben ein Recht auf Entschädigung. Es gibt nur dem ein fames Recht auf Entschädigung, der im Wiedererfassung-Verfahren keine Unschuld nachgewiesen hat oder dargelegt hat, daß ein begründeter Verdacht gegen ihn nicht mehr vorliegt. Es legt also das Recht auf Entschädigung im wesentlichen in die Hände derjenigen Richter, die den Betroffenen zu Unrecht verurteilt hatten.

— Desinfektion. Bei Krankheiten und Sterbefällen von asiatischer Cholera, Typhus, Fleck- und Rußfahlgrippe, sowie Diphtherie muß unbedingt, und zwar lediglich durch die städtische Desinfektionsanstalt, eine Desinfektion der Räume und Effekten stattfinden. Bei Typhus, Leptospielen, Leptospielen, Scharlach, bösartigen Wintern und Ruhr müssen die Räume und Effekten nur dann desinfiziert werden, wenn eine besondere Anordnung des Gesundheitsamtes vorliegt. Eine Desinfektion von der Desinfektionsanstalt ist innerhalb 24 Stunden nach der Genesung (oder nach der Entfernung des Kranken oder seiner Leiche aus der Wohnung) beim Vollzug der zu beantragenden. Von Zahlung der Gebühren für Desinfektion ist befreit, wer sich zu diesem Zweck entweder von dem Vorsteher des betreffenden Stadtbezirks oder von dem Vorsteher derjenigen Armenkommission, in deren Bezirk er wohnt, ein Attest anstellen läßt und dabei an die Desinfektionsanstalt einschickt. Das Attest kann nach erfolgter Desinfektion eingeleitet werden.

Die Anschließung des Attestes findet statt, wenn der Betreffende eine Wohnung im Mietwert bis zu 300 M. inne hat oder zu der untersten Steuerstufe veranlagt ist oder wenn sich nach Prüfung der Verhältnisse ergibt, daß er infolge von Unglücksfällen (Krankheiten, Sterbefällen u. dgl.) nicht in der Lage ist, Gebühren zu zahlen. Die Befreiung von Zahlung der Gebühren hat nicht den Charakter einer Armenunterstützung an öffentlichen Mitteln. — Alexandrinenstraße. 1 und 2: Rein. — A. G. Rein. Ihr Sohn ist auf ein Jahr gebunden. — P. 2. Es tritt keine Verminderung ein: während des Bezugs von Jubiläumrenten ruht der Anspruch auf die Altersrente. — W. D. Forderungen für Waren, welche zum Geschäftsbetrieb geliefert wurden, verjähren in 4 Jahren: vor 1900 verjähren sie in 30 Jahren; die vor 1867 entfallenden Forderungen (solcher Art verjähren Ende 1900. — G. P., Söhnenstraße 16. Das Mädchen ist in diesem Falle im Unrecht. Der Vertrag kann nicht einseitig aufgehoben werden.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1900, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Bismarck	754	SW	3	bedeckt	8	46
Bombay	754	SW	3	bedeckt	8	46
Berlin	757	SW	3	alt. bed.	7	45
Bombay	760	SW	4	Regen	9	48
Bombay	760	SW	3	bedeckt	9	48
Wien	762	SW	4	alt. bed.	11	52
Japan	758	SW	—	—	8	46
Petersburg	—	—	—	—	—	—
Paris	756	SW	—	—	11	52
London	754	SW	—	—	5	41
Paris	763	SW	—	—	12	54

Wetterprognose für Mittwoch, den 31. Oktober 1900. Wenigstens zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frühen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 31. Oktober.
Opernhaus. Taubhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlinger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Der Mikado. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffling. Johanniskreuz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Butterseife. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust (2. Teil). Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Die Bildschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Füssen. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tugendbrunn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Müller und Schütze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Velle-Vallance. Die Zwilberwurzel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der alte Muckebold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: „Gewitter und Blitzeableiter“. Von Prof. Dr. Neesen. Im Horsaal: „Bilder von deutschen Burgen am Rhein“. Von C. Krollmann. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Faust. Von Goethe.
Der Tragödie II. Teil.
(1. Abend. Das Reich der Mütter.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Faust. II. Teil.
(2. Abend. Fausts Tod u. Erlösung.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die goldne Eva.

Central-Theater
Anfang 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten von S. Jones.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Boccaccio.

Thalia-Theater
Friedrichstr. 72.
Der Liebes Schlüssel.
Große Ausstattungspost mit Gesang und Tanz.
Im 1. Akt: Musikalisch-automatisches Verpörrer.
Hauptdarsteller: Thomas, Thielcher, Gelmerding, Junfermann, Baumhiller, und die Damen Wilson, Schäfer, Wagners, Junfer-Schub, Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag,
Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. Son 5-7:
Unterhaltungs-Musik.
Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei Vereins- und Borzugsbillets wochentags gültig. Sale zu Festlich u. Besammlungen.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische
Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Vorletzte Woche!
Müller und Schütze
auf der Pariser Weltausstellung
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabendnachm. 4 Uhr:
Auf allgem. Best.: Hänsel u. Gretel.
In Vorbereitung:
Gaußrecht u. Sandfriedensbruch.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
abends 8 Uhr:
„Gewitter und Blitzeableiter“.
Von Prof. Dr. Neesen.
Im Horsaal:
„Bilder von deutschen Burgen
am Rhein“.
Von C. Krollmann.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

**Eröffnung
des
Passage-
Theaters
und
Einführung der
D.**

Vorstellungen
(Dauer-Vorstellungen)
am
Sonabend, 3. Novbr.
mittags 12 Uhr

**Passage-
Panopticum**
Eröffnung
der
Ausstattungs-Schaustellung
**China
in
Berlin**
Sonabend, 3. Novbr.
mittags 12 Uhr
Eintritt
Theater u. Panopticum
50 Pf.

Gelegenheitskauf.
Vorjährige Winterpaletots in schwarz
und blau prima, gute Qualität,
II reibig, elegantes Eig. 158000
für Herren . . . M. 15,-
Jünglings-Paletots „ 10,50
J. Reiser, Friedrichstr. 244.

**CASTANS
PANOPTICUM**
Friedrichstr. 165.
Neu!! Sensationell!!
Zum erstenmale in Europa!
40 Negerborene aus dem
Negerreiche Dahomey,
Mädchen, Frauen, Männer,
darunter eine Anzahl echter
„Amazonen“ des Neger-
königs Gonthill. Lebende Pho-
tographien. — Szenen aus dem
Kriege in China etc. etc.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Heute, den 31. d.: Letzter
Abend des
Sensations- Oktober- Progr.
Noch nie dagewesener Erfolg!
8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr.
Der olle Muckebold.
Emanuel Ruff, Rentier;
Direktor Richard Winkler.
Durchweg lauter Schlager!
12 Attraktions-Nummern.
Anfang: Wochent. 7 1/2, Saant. 7 Uhr.
Entrée: 50 Pf.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Zum Schluss: (nur
noch kurze Zeit!)
Excellenz kommt!
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Konzert.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hassenholde 21 und Jahnstr. 8 in Schnegelsbergs
Festsälen, Ind.: Max Schindler. — Telefon: Amt IV
Nr. 1132. — Heute: Grosser Ball.
als Spezialität: 6 Cigarren- und ersten
Weichselspitzen-Regen & verbunden mit
Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Überraschungen.
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entrée frei.
Empfehle den geachteten Vereinen, Vereinen, Vereinen
sowie alle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne)
an Besammlungen und Festlichkeiten jeder Art. (57412)

W. Noacks Theater.
Königsplatz 16.
Heute, Mittwoch, den 31. Oktober:
Der Bettelstudent von Berlin
Poste mit Gesang in 3 Akten
von G. Braun und G. Basse. Musik
von Brande.
Donnerstag:
Der Bettelstudent von Berlin.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Der größte Operetten-Erfolg
dieser Saison.
Der Mandarin
von Tsing-ling-ting.
Jane Pierny.
Bonhair-Truppe.
Georg Kaiser
mit seinem neuen Repertoir.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Menschen überall gekannt.

Apollo-Theater.
Durchschlagender Erfolg der
Novität:
Fräulein Loreley.
Ferner:
Riccardo und Benedetto.
Trio Rosa. Erna Berthold.
Adele Moraw.
Mme. Hilaris. Der Kosmograph.
Kassonöffnung 7 Uhr.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Cirkus Busch
Mittwoch, den 31. Oktober cr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Elite-Gala-Abend.
Beginn der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
III über III. Tolle Streiche zu Wasser
und zu Lande in 2 Akten.
Besonders herbort zu heben:
Die Locken-Ella und
Bruder Mirrocks vom Lehrer-Seminar.
Prof. Hermanns
sensationelle Demonstrationen.
Besetzung und rätselhafte
Gaufestellung eines Strahlungs-
Die Ficht aus dem verschlossenen
Reisekoffer mitten in der Manege.
Emotionen! Noch nie dagewesen!
3 Akrobaten zu Pferde!
Aufstehen der Schulfreierin
Mademoiselle Spanpani.
Grosses Charivari von 100 Clowns,
männliche und weibliche.

Cirkus Schumann.
Heute, Mittwoch, den 31. Oktober,
abends präc. 7 1/2 Uhr:
Grosse außerordentl. Vorstellung.
Zum 40. Male:
Das größte Manegen-u. Wasser-
Schauspiel der Gegenwart.
CHINA.
Die Unken in Kantschau.
Der Aufstand der Voger. — Krieg.
Die
Verbündeten vor Taku-Befing.
Die Erstürmung der Taku-Forts
durch die Verbündeten.
Darstellung der neuesten Ereignisse
in China durch den Kinetographen.
Überdem u. a.: Neu! Die rei-
gende Miss Lazel O'Brien.
Rur noch kurze Zeit!

Les 9 Colibris.
Direktor Alb. Schumanns neueste
Original-Drressuren.
Ferner Aufstehen der übrigen neu
eingeleiteten Spezialitäten.

Versuche Dein Glück!
in der bekannt Glückskollekte
J. Rosenberg.
51. Kommandantenstrasse 51.
Wohlfahrt-Gold-Lose 3,30 M.
Ecke Alexandrinenstrasse.

Möbel
auf Teilszahlung
in der Fabrik
H. Roggensack,
Inh. P. Krantz,
BERLIN N. 7,
Ruppiner-Strasse 5.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Rur erstklassige
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 1. November 1900, abends 8 Uhr,
bei Mann, Straußbergstraße 3:

Branchen-Versammlung der Näh- und Damenschneidmischer.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in der Branche.
2. Berichtlesen.
3. Es ist Pflicht, daß sämtliche Kollegen der Branche in der Versammlung erscheinen.

Achtung! Maurer. Achtung!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)

Donnerstag, den 1. November 1900, abends Punkt 8 Uhr:

Zwei Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Raabes Salon, Kolbergerstraße Nr. 23.
2. Graumann, Nauynstraße Nr. 27.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:

1. Vortrag: „Nah es Reiche und Arme geben?“ 2. Diskussion.
 3. Berichtangelegenheiten.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand, J. A.: Heinrich Reyle, Vorsitzender. NB. Die Versammlungen werden Punkt 8 Uhr eröffnet. 130/10

Achtung! Lithographen Berlins! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 1. November, abends pünktlich 8 Uhr,

„Dresdener Garten“, Dresdenerstraße 45.

Tages-Ordnung:

1. „Die Mithstände in unserem Lehrlingswesen“ (mit besonderer Berücksichtigung folgender Namen: Lithograph Karl Hader, den Privat-Lithographen von Paul Franke, G. Seibt, B. Werten, A. Leber und Kranke, Lichtenberg. Referent: Kollege A. Domnick. 2. Diskussion.
- Im eigenen Interesse werden die Mitglieder erachtet, zahlreich und pünktlich zu dieser wichtigen Versammlung zu kommen und für die weite Verbreitung dieser Einladung zu sorgen. 96/10
- Kollegen, kümmert Euch um diesen Krebsbuben in unserem Beruf, der unsere Existenz untergräbt.

Sonntag, den 3. November, findet in der Ressource, Kommandantenstr. 57, unser Wintervergnügen statt. Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pf. Bilets sind in dieser Versammlung und beim Kassierer Kollegen Dabert, Urbanstr. 104 IV, zu haben.
Der Einberufer, Rudolph Assmus.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Donnerstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal von Schulz, Grenadierstr. 33:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom letzten Streit. 2. Diskussion.
- Nicht eines jeden Fliesenlegers ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann. 63/11

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Graumann, Nauynstraße 27:

Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Lage in unserem Beruf. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten.
- Da die Tagesordnung eine wichtige ist, so wird aus jeder Werkstätte ein Delegierter erwünscht. Der Vorstand. 147/10

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 Uhr,
im Lokal des Herrn Raabe, Kolbergerstraße Nr. 23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung und Rechnung derselben. 2. Einführung eines Extraheuer. 3. Hilfsarbeiterfrage. 4. Berichtlesen.
- Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. 64/12

Milch

In vorzüglichster Qualität liefert nach allen
Stadtteilen

Meierei Schweizerhof

A. Zeltner

NW., Emdenerstrasse 40/41. Tel. II 2517.

Volks-Versammlung

Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers grossem

Saal, Koppenstrasse 29, Vortrag:

Die Vivisektion und die Arbeiter.

Eine bisher folgenschwere hochwichtige Zeitfrage. 1968

Redner: Mediziner Koluhold Gerling. Zutritt unentgeltlich.

+ Vortrag über Männerleiden, +

demonstr. an Lichtbildern vom praktischen Naturheilkundigen Grundmann

denke. Mittwoch, Nauynstraße 27, 8 1/2 Uhr. (1. Großsäule.)

Aufnahme neuer Mitglieder in unserer Geschäftsstelle in der

Naturheil-Anstalt 72. Köpenickerstrasse 72. Neanderstr.

Sprechst. 11-2, 6-8. Sonntag 11-12. Grossar Berl. Naturheilverein.

Syrup Pagliano

vom Prof. Girolamo Pagliano via Pandolfini 18

Florenz.

Für Bestellungen und Erkundigungen wende man sich an obige Adresse, sowie an alle Apotheken, und hüte sich vor Fälschungen und Nachahmungen.

Jede Flasche oder Schachtel soll die eingeschriebene Fabrikmarke tragen, bestehend aus hellblauen Zeichnungen und durchgezogen in schwarz von der Unterschrift: 46/10

Sendungen werden von der Niederlage in München franco nach ganz Deutschland abgeliefert.

Glühwein-Extrakt

anerkannt vorzüglich
• Liter M. 1.20, 3 Liter M. 3.50, 10 Liter M. 10.-

Eugen Neumann & Co. SW. 13. Amt IV. 9676.

Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29. Oranienstr. 190. Grüner Weg 60. Elsassstr. 71. Putzbrunnstr. 85. Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Wilsnackerstr. 25. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Möbel auf Credit

und ganze 5332L*

Wohnungs-Einrichtungen

bei bescheidener Anzahlung und aus

Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.

— Coulanteste und beste Bedienung. —

Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.

Central-Möbel-Halle Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage,

fertigt nach Mass unter

garantiertem Sitz:

Hochlegante Winterpaletots für 36 M.

Hochlegante Anzüge für 30 M.

Hochfeine Bekleider für 10-12 M.

+ Herren-Vortrag +

Carl Brackhoff, Friedrichstr. 10,

über: „Ergonomische und andere Männer-

leiden“. Mittwoch, den 31. Oktober,

abends 8 1/2 Uhr, in Gerolds Hof, 10,

Wilsnackerstr. 25. Ihre Herren! Eintritt

frei! Keine Zellerksammlung. 7996

Allen Freunden und Bekannten die

traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Selma Negd

am 29. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung findet am 1. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof Kirchhof, Rindowstr. 10, statt. Der trauernde Gatte.

Berichtigung.

Die Beerdigung des Oberförsters Herrn Hermann Fritze findet nicht am 3. Uhr, sondern am 2. Uhr von der Leichenhalle des Friedhofs der Göttergasse in Mariendorf und statt. 802b

Achtung! Vereine. Achtung!

Umstände halber sind der 17. November und 9. Februar frei geworden.

Raabes Festsäle, Kolbergerstr. 23. 59769

Allen Müttern

zu empfehlen: Bayerisch-Malzertrickbier, bestes u. billigstes aller diätetischen Malzbier. Unübertroffenes Stärkungsmittel für Buntarme, Schwächliche, Kranke und Kinder. Bierschokolade empfohlen. 20 Flaschen frei Haus für 3 M. oder frei Bahnhof Berlin.

Brauerei Bavaria, Berlin N.O., Wassmannstrasse 28. Telefon Amt VII, 3700. Kein Flaschenpfand.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72, wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 56072

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Holport. — SO.: Felix Thiel, Stallhüterstr. 35 u. part. — Sechster Wahlkreis (Koblit): Karl Huber, Salzweidenstr. 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stöckenburg, Wiesenstraße 41/42. — Gesundbrunnen: Wilhelm Rahmann, Wilmshofstr. 65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Werd, Rosenthalerstr. 25/26. — Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Seelenheimstr. 1, 1. Etage. — Deutsch-Wilmersdorf: Th. Müller, Charlottenstr. 132/133, rechter Seitenfl. und Th. Riedel, Auguststr. 3, v. I. Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl Wolf, Berlin O., Frankfurter Allee 177. — Gränau: Engel, Dabmerstr. 6. — Rixdorf: Ostermann, Gröbstr. 6. — Schöneberg: Bild. Panzer, Koppelhausstr. 13, Dürigstraße 18. — Ober-Schöneberg: Otto John, Wilmshofstr. 18. — Nieder-Schöneberg: Karl Weber, Cigarrengeschäft. — Johannisthal: Paul Mann, Friedenstr. 39, I. — Adlershof: Emil Bollmann, Seidewitzstr. 14. — Köpenick: Franz Weber, Cigarren-Pandlung, Gränauerstr. 1. — Friedenau-Steglitz: G. Bernice, Rindowstr. 15 in Friedenau. — Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Röhrl, Dippelstraße 8, und Fr. Schellhase, Altonastraße 15a. — Baumshulweg: Stad. Gröbstr. 2 II. — Neu-Weissensee: Heinrich Bachmann, Vöhrstr. 1, part. Unt. Rummelsburg: Gorgbergt, Prinz Albrechtstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inzerate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Es wird dringend erachtet, dem bisherigen Expediteur rechtzeitig von der Wohnungsänderung Mitteilung zu machen, da die Expediteure verpflichtet sind, die Adressen an die zuständigen Bezirke abzugeben.

Achtung, Charlottenburg!

Die Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission ersucht die Charlottenburger Arbeiterklasse, über alle an den früheren Obmann der Kommission, Fritz Blenk, in der Zeit vom 3. Februar 1899 bis 1. Juni 1900 überwiesenen Gelder und Vorkassensammlungen Auskunft zu erteilen. Zur Entgegennahme dieser Auskunft ist hiermit der Metallarbeiter Wilhelm Wenge, Wilmshofstr. 77, Seitenfl. 2 Tr. (abends von 5 bis 8 Uhr) ermächtigt. Im Auftrage: Otto Flemming, Schlüterstr. 71, Vertrauensmann der Gewerkschafts-Kommission. 204/14

Carl Sonnenfeld

BERLIN N.
Reinickendorferstr. 1, Ecke Schulendorferstrasse, am Wedding-Platz.

Fabrikation u. Massanfertigung
eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung.
Herbst- und Winter-Paletots, Pelerinen-Mäntel, Gehrock-, Rock- und Jackett-Anzüge, warme Winter-Joppen und Schlafröcke
in denkbar reichster Auswahl.

Arbeiter- u. Berufsbekleidung.

Grosses Lager in- und ausländischer Stoffe.
Reelle und coulante Bedienung. — Jeder überzeuge sich von meiner Leistungsfähigkeit.



Patzenhofer Marine-Bräu,

ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Reinkömmlichkeit. 5303L*

Preis frei Haus:

30 Fl.	M. 3.-
1/2 To.	M. 3.25
1/3 To.	M. 2.65

Patzenhofer Brauerei
NO., Landsberger Allee 24/27.
NW., Strom-Strasse 11/16.

Stepdecken

billigst in Fabrik
der Fabrik
Katalog Emil Lefèvre, Berlin, franco.

Linden-Casino
von
Fr. Piesnack, Lindenstr. 106
Jeden Mittwoch: Gr. Ball.

Berliner Unions-Brauerei, Hasenheide 22/31.

Reine mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtete
Bade-Anstalt für Dampf-, Bannen-
Original-Ancipische
sowie sämtliche medizinischen Bäder ist eröffnet.
F. Günzel, Brunnenstr. 120,
Diensttag und Freitagvormittag Dampfbäder für Damen.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Einfache Salicylsäure u. indischen
Danfertraft.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße.
Niederdepot: Schützen-Apothek, Zittigart; Hirsch-Apothek, Breslau;
Victoria-Apothek.

Zeilzahlung

monatl. 10 Pf., liefert elegante Herrsch.
Geräthe nach Maß, auch bar Kaffe
in billigen Preisen. J. Tomporowski,
Schubertstraße, Neanderstraße 16.
Herzige Geräthe, vom Maschinenbau
gearbeitet, stets vorräthig. [36309]

9. Ziehung d. 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 30. October 1900, nachmittags.
Aus der Gewinne über 220 Mark sind zu vertheilen
Gewinne in 4 Klassen beiläufig.
(Ohne Gewähr.)
150 99 204 28 200 10 13 1008 117 281 40 90 335 668 949
2171 253 (300) 101 610 806 661 3302 504 (500) 770 (500)
968 4156 513 37 (300) 80 091 94 898 988 5218 (500) 457
65 505 809 (300) 854 945 6005 200 (300) 21 94 309 402 84
691 95 164 76 819 47 7014 (300) 100 99 (30 000) 205 (1000)
403 47 653 10 28 736 97 840 54 88 8111 61 295 304 15 60
519 690 727 19 (300) 907 9239 031 701 22 807 (300)
10016 24 31 119 20 486 706 15 78 807 12029 (300) 107
249 65 466 73 507 710 90 892 101 (300) 12051 (300)
150 206 11 (1000) 38 83 307 449 544 730 998 12075 77 143
(300) 432 82 (1000) 538 67 825 25 (300) 42 87 (3000) 14287
627 708 15028 (1000) 215 37 515 728 844 922 82 16059 181
310 537 17014 130 51 26 387 633 657 784 827 (1000) 94
12073 128 398 401 34 86 843 10052 200 10 40 372 655 (500)
84 624 940
20011 254 (300) 332 321 46 68 700 71 853 84 983 21007
756 22021 48 62 73 186 309 33 (300) 23166 (300)
307 46 434 511 21 717 85 843 94 912 24032 37 234 007 25109
207 25 525 648 974 20004 5 01 103 371 (1000) 464 87 872 97
850 722 94 896 96 918 74 27 628 346 57 78 683 65 951 28165
267 461 782 920 20150 70 296 307 (3000) 20 30 301 628
(300) 787
20021 235 321 435 78 602 750 811 53 921 (500) 31333
809 (300) 714 512 41 36 (300) 929 24018 109 55 209 388 429
831 80 884 930 30 41 33005 229 233 336 (300) 541 67 79 955
42 403 447 592 603 71 870 23509 77 149 68 214 15 29 442
36 30 39 701 39004 7 15 134 227 70 420 64 64 536 830 929
30 37026 (300) 44 227 60 42 429 79 421 65 75 745 922 50
250002 40 94 103 (300) 378 451 926 54 30130 331 57 53
622 591 73
40052 227 227 891 646 41055 129 54 270 414 (1000) 92
27000 70 42006 224 317 549 89 031 30 89 59 717 36 85 942
71 43054 62 89 (300) 44014 112 366 414 65 87 519 43 47
860 922 44022 123 307 217 79 645 (3000) 98 504 676
(1000) 732 31 (300) 887 629 44031 (300) 64 206 29 60
452 38 37 511 837 900 56 47216 64 804 654 (3000) 82 797
48000 77 99 130 137 (300) 300 90 98 723 40022 19 (300) 296
88 343 441 45 542 829 (500)
20076 159 375 507 74 84 638 730 64 (1000) 895 982 61800
120 400 327 54 80 03 017 91 030 52005 8 765 88 209 49 478
85 894 923 89 965 510919 121 79 99 207 14 705 851 953 54092
100 211 322 432 42 508 42 669 756 (300) 55079 111 549
70 694 954 50040 67 359 439 585 636 61 872 954 57134
60 (500) 531 32 243 518 802 54912 150 (300) 285 435 672 656
50055 130 23 223 (1000) 78 321 24 736 69 800 (3000)
60139 234 61 438 392 48 (300) 75 78 85 817 83 851
61619 116 219 28 33 492 709 844 82 948 (3000) 62227 82
54 222 618 712 (1000) 849 000 67009 50 156 91 314 686 574
620 97 706 808 632 04609 159 98 347 359 (1000) 507 69 929
45056 174 246 467 628 753 60683 (300) 315 404 522 30 700
(1000) 907 67288 507 (3000) 16 946 68032 68 88 665 800
39 67 60041 217 470 898
70107 68 205 448 584 (1000) 611 93 793 802 48 54 71250
50 448 74 086 48 96 900 72039 72 70 94 202 85 230 47 (3000)
498 708 948 979 73158 (3000) 300 476 501 768 (3000) 802
74056 118 24 (300) 69 (1000) 489 98 736 878 933 73099 136
56 282 (500) 897 479 119 805 91 908 58 76949 381 570 74
765 45 860 975 77014 46 144 317 21 458 84 515 81 620 53
(500) 92 789 (300) 78040 327 (500) 91 464 91 515 54 89 616
17 21 739 818 79053 119 78 206 519 38 (3000) 58
80003 122 258 63 315 53 67 85 94 84277 (300) 84 889
(1000) 73 570 641 89 744 77 815 82130 230 337 (1000) 71
77 680 822 43 941 82 (500) 83112 16 (1000) 529 723 (1000)
26 801 84804 149 65 (300) 206 71 400 26 44 92 501 671 (300)
527 95 910 85002 175 212 41 85 321 511 69 808 86196 326
(300) 86 87172 229 520 509 182 771 895 904 88134 618
416 26 88 (300) 906 52 80014 351 91 443 502 13 69 (1000) 614
(1000) 996 293 (1000)
90040 211 304 11005 235 681 905 01007 (300) 120 28
23 308 9 216 818 35 71 92033 69 70 428 351 617 31 777 805
(1000) 94000 141 270 318 43 443 65 (300) 92 585 804 942
04117 (1000) 85 (1000) 352 044 (1000) 614 (300) 725 95357
(500) 519 700 88 94007 10 234 329 49 409 307 697 898
87025 128 209 (300) 38 45 513 631 40 827 08000 (1000) 107
64 94 447 828 69 619 (500) 18 207 09255 324 60 30 400 30
41 54 305 900 820 987
100097 (300) 329 31 (1000) 501 695 740 (500) 986 101056
84 200 725 (300) 896 10268 91 133 357 74 00 (300) 497
559 84 821 102922 127 225 (1000) 46 48 517 92 900 104015
30 296 319 67 444 24 309 710 65 66 802 984 105020 001 504
51 308 24 77 (1000) 100125 10 95 (500) 353 494 576 679
938 107045 (500) 164 351 269 818 953 (1000) 108006 306
24 447 767 89 823 100001 315 29 29 60 44 748 800 4 99
110099 (300) 149 79 290 30 310 14 88 605 704 849
605 51 11230 64 89 99 13 65 403 7 41 97 603 818 21 37

9. Ziehung d. 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 30. October 1900, vormittags.
Aus der Gewinne über 220 Mark sind zu vertheilen
Gewinne in 4 Klassen beiläufig.
(Ohne Gewähr.)
65 67 (3000) 118 88 90 328 55 (500) 666 744 838 1185 208
70 300 337 63 728 883 53 89 98 2015 85 150 64 309 487 540
665 900 305 173 392 627 822 31 4050 441 611 14 882 936
6500 30 208 322 (300) 407 811 892 295 11 6043 223 25 514
666 47 898 73 (500) 7065 166 205 (300) 21 418 (3000) 58
806 44 875 819 814 8113 50 90 343 62 357 458 611 800 95
9131 47 295 82 71 407 670 727 (1000) 812 957 74
10040 (3000) 40 50 174 399 648 870 934 41 65 11514 19
09 66 64 70 87 87 12365 99 409 74 329 634 775 (3000)
824 13068 126 88 284 635 00 665 719 890 208 14009 280 334
495 602 99 927 15004 178 207 313 502 630 93 721 807 925 45
(500) 10094 198 (3000) 235 206 411 048 743 888 918 82 17048
109 48 401 78 556 622 732 820 18107 58 547 710 40 86 970
19187 80 (5000) 51 287 877 698
20445 564 736 21000 4 (500) 182 320 73 430 628 608 32
53 70 220 88 182 329 690 905 29 22158 67 81 (500) 294
526 95 811 24432 592 622 (300) 37 708 18 882 20166 63
(1000) 72 310 20 (300) 432 537 (500) 207 538 20090 35 206
341 688 306 71 27190 90 239 71 453 81 506 651 731 35
894 971 28835 61 523 49 729 97 808 20719 301 415 53 46
539 871 958 89
30018 99 209 456 566 70 79 96 954 31007 69 71 817 (3000)
310 62 32009 480 086 772 921 41 998 20000 64 286 487 544
712 (300) 89 888 919 28 48 98 34012 61 308 328 73 43 (3000)
48 89 616 36 (1000) 894 95 (1000) 66 35129 93 (300) 206
134 15 556 611 837 935 28 00128 881 425 41 807 73 37014 54
133 29 78 254 433 (150 000) 806 79 97 39129 58 67 350 308
413 76 874 942 39021 287 380 88 900 414 651 53
40100 211 405 606 65 (3000) 905 (1000) 41128 (300) 212
86 423 88 599 (1000) 856 939 42074 91 184 434 528 41 83 611
706 835 (500) 87 925 89 43006 90 135 307 505 33 629 71
286 80 44008 222 63 93 96 135 445 96 628 55 89 45005 89
125 241 000 586 628 728 809 918 47 40920 118 (500) 37 394
59 78 743 (3000) 894 949 47305 28 545 784 888 89 446 48107
59 83 (3000) 473 611 13 79 716 827 49011 478 688 84 94 45 97
50022 65 169 232 611 82 730 74 (3000) 856 58 70 986
51117 41 222 317 326 716 881 (1000) 52405 107 83 418 (3000)
235 47 (3000) 717 35 888 63226 375 430 511 65 749 84122
267 408 89 632 735 55099 427 30 49 877 81 (500) 829 921
44 21 40345 485 554 62 719 814 (1000) 18 21 70 (500) 960 75
57075 188 546 734 (300) 927 67 58041 99 349 70 89 441 89
(3000) 208 655 (15 000) 718 64 (500) 75 60159 238 655 000
53 61 93
60087 251 871 691 61008 198 373 89 806 736 65 810
62008 228 632 644 805 809 947 63013 47 57 301 414 (500) 45
66 718 864 917 36 64145 49 324 635 20 21 71 822 989 05039
68 39 92 975 626 32 709 71 888 918 30 60276 97 (300) 349
(1000) 464 72 (500) 572 651 (1000) 52 708 919 69 845 67094
40 192 98 272 (500) 452 61 61 709 590 08024 204 428 45
546 708 970 69472 838 (300) 908
70170 (3000) 301 772 914 93 73000 108 285 335 88 297
(5000) 233 34 824 (1000) 72122 87 290 404 93 516 58 697
717 (500) 887 73004 533 688 (1000) 702 81 74054 (1000)
15 274 302 324 621 29 85 748 50 844 50 913 74054 (1000)
737 97 (300) 655 70223 85 89 181 331 453 95 573 619 747 812
(500) 45 68 (1000) 77088 (1000) 68 148 228 418 29 307 64
732 886 78011 426 307 748 823 81 87 10000 940 940
79055 (300) 57 281 285 (3000) 455 89 334 754 982
80109 12 302 51 392 45 (3000) 510 617 41 75 804 81084
80 82 147 436 004 82 448 928 82185 210 935 7 15 700 928 45 49
80171 215 85 204 82 467 633 824 968 84113 200 93 443 (1000)
826 82 631 725 95 84669 604 908 47 887 80022 36 229 29 94
304 77 681 604 736 831 951 77 87060 180 202 337 91 94 97
486 (300) 500 654 79 723 862 926 88 88287 397 35 (500) 53
467 80000 62 (500) 323 217 30 488 375 784 832 974
90065 138 (500) 301 614 377 865 309 91005 03 96 198
293 57 (1000) 86 487 378 602 90 784 829 (500) 924 66 92261
801 81 (300) 412 31 619 780 800 2 7 90008 77 142 48 85 236
374 440 (300) 56 898 28 29 23 (300) 85 (500) 94002 215 456
(1000) 302 91 783 808 77 92222 35 74 200 (500) 691 710 69
903 90008 242 590 97135 51 320 496 204 46 232 736 32 802
73 84 323 64 98182 86 218 351 (3000) 423 807 68 (3000) 82
729 31 56 82 90028 205 82 60 318 26 47 413 569 700 77
100118 235 85 347 47 48 400 524 87 812 30 30 300 36 42
101175 327 51 85 506 628 754 841 (300) 41 944 104070 290
45 80 299 109219 635 (1000) 800 800 909 104530 62 (300)
324 73 400 889 918 16 47 51 89 100311 77 328 90 427 335 30
107881 85 311 60 71 94 63 645 100807 32 309 317 39 526
64 77 86 311 948 63 100807 301 35 714 89 90 910 (5000)
11000 69 70 141 347 800 77 62 21 720 15 69 803 714
(500) 11081 909 (3000) 548 614 810 93 838 112094 90 226
82 469 89 411 28 85 133025 196 (300) 217 300 85 483 524
(500) 70 (1000) 646 931 89 114076 930 334 380 80 424 534
79 806 81 900 115000 161 91 210 19 (500) 301 419 561 81

9. Ziehung d. 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 30. October 1900, vormittags.
Aus der Gewinne über 220 Mark sind zu vertheilen
Gewinne in 4 Klassen beiläufig.
(Ohne Gewähr.)
698 95 746 99 110025 208 71 607 704 72 915 117308 64 93
232 30 295 586 42 95 875 95 118355 375 815 221 110103 201
74 825 407 697 49 (3000) 885
120002 09 304 453 637 65 709 828 981 921109 292 497
60 629 731 12262 (300) 421 530 654 898 914 81 120069 363
(500) 811 61 97 906 124128 200 345 485 517 718 120029 722
838 95 904 9 120015 4507 97 692 18 (300) 121732 368 409
587 709 86 128155 246 (300) 410 639 635 120027 318 (1000)
120045 326 351 441 87 892 679 700 37 (1000) 71 70 94 843
48 134683 157 98 218 903 47 96 586 89 408 120008 97 103
31 75 448 69 602 17 813 (500) 82 906 120007 108 70 72 614
719 929 120061 118 55 49 238 75 300 96 425 523 40 038 58
(500) 66 846 914 120214 308 478 500 21 692 120001 206 407
648 120708 31 51 (300) 92 107 (300) 260 301 5 47 45 232
501 64 621 20 51 67 850 933 120008 25 210 568 694 78
130774 589 627 928
140005 (1000) 74 175 215 440 80 575 (1000) 942 143177
219 486 539 778 835 90 92 942 142188 235 54 795 811 (3000)
37 971 82 142070 415 590 704 887 88 923 49 144409 309
629 77 82 788 914 (500) 80 145016 85 246 535 78 646 (1000)
80 845 906 140034 308 909 49 428 542 680 719 85 815 65
147039 116 405 331 61 685 148084 100 235 236 442 818 724
149079 214 378 624 89 719 879 929 65
150063 141 98 301 540 654 896 (1000) 151157 232 81
(500) 39 485 (3000) 517 54 988 153283 38 481 81 82 389
153598 358 (300) 429 614 708 57 (3000) 918 27 154000 225 65
77 305 69 405 29 510 685 48 (3000) 819 902 80 154585 487 74
810 (500) 34 49 667 785 888 154008 (1000) 71 282 58 414
95 641 79 829 749 802 157081 62 139 71 271 630 771 821 35
906 158027 27 (20 000) 86 118 37 305 10093 461 (300)
20 (3000) 373 648 61 (500) 854 15941 331 465 90 326 784
100010 (300) 878 516 542 70 703 822 161128 37 273 78
878 77 450 307 60 641 97 809 89 987 160270 71 307 574 78
870 778 847 938 84 (3000) 163048 181 82 897 408 81 (300) 726
886 164533 697 97 794 81 878 (1000) 804 94 105180 97 201
404 95 448 632 929 30 (300) 160929 308 659 735 (300) 50 865
65 900 78 167027 224 315 25 501 49 944 (1000) 108674
164 325 489 530 675 82 744 921 160029 72 92 214 704 804 91
620 820 928 (3000) 76
170176 214 402 800 171809 892 679 730 35 68 815 54 77
972 17

Meineidsprozeß Maßlof in Konig.

In die Eintönigkeit der Verhandlung vom Montag kam am Abend durch die Aussage einer alten Frau mit einem Male Leben. Es ist dies die jahverhörige Frau Helbig. Sie sei eines Tags mit ihrem Sohn in dem Mathias Meyer'schen Laden gewesen. Da sei ein Jude gekommen, der hatte eine Liste mit Altendel in der Hand. Er ging mit dem alten Meyer ins Hinterzimmer. Ich fragte Frau Meyer, der Mann will wohl Steuern. Nein, sagte Frau Meyer, Steuern will er nicht, aber er wird schon so viel bekommen, daß er genug hat; wie ziehen ja doch nach Berlin. Dann fragte mich Frau Meyer, ob wir Ernst Winter kennen. Wir antworteten: Nein. Da fragte mich Frau Meyer, ob wir katholisch oder evangelisch sind. Wir sagten katholisch. Frau Meyer sagte: Ernst Winter ist evangelisch. Es wäre Zeit, wenn Ernst Winter sich in Achtehme. Ich fragte: Um was handelt es sich denn? Frau Meyer sagte: Es handelt sich um eine

Verschönerung

gegen einen jungen Herrn. Ich sagte: Sie wollen den jungen Herrn doch nicht etwa umbringen? Das nicht, aber etwas Rehnliches sagte Frau Meyer. — Präsi.: Was sagte Frau Meyer weiter? — Zeugin: Frau Meyer sagte: Man sagt immer, wir brauchen das Blut zu den Wäzzen und zum Händewaschen, wir brauchen es aber nur zum Glück. Weiter sagte Frau Meyer: Sie werden uns doch nicht verraten. — Präsi.: Was dachten Sie sich dabei? — Zeugin: Ich habe mir gar keine Gedanken gemacht.

Wörtlich dieselbe Aussage macht darauf der Sohn der Vorgesagten, Welcher Helbig aus Damerau. Er sagt hinzu, daß das Gespräch am 29. November v. J. geführt worden sei. Nachdem er die angeblichen Worte der Frau Meyer: „Wir brauchen das Blut bloß zum Glück“ erwähnt hatte, gab er an, daß Frau Meyer weiter gesagt habe: Ich warne Sie vor dem Fleischer Lewy, wenn Sie bei diesem Geld holen, gehen Sie nicht hinten herein. — Präsi.: Das ist ja aber ganz neu, davon haben Sie ja bis jetzt noch nicht ein Wort gesagt? — Zeuge: Ich habe es bei dem Herrn Untersuchungsrichter gesagt, dieser hat jedoch bemerkt: Das haben mir bloß Leute eingeredet. — Präsi.: Hatten Sie denn von Lewy's Geld zu holen? — Zeuge: Nein. — Präsi.: War bei dieser Unterredung außer Ihrer Mutter noch eine andere Person in dem Meyer'schen Laden? — Zeuge: Ich habe niemand gesehen. — Präsi.: Sagen Sie einmal, Zeuge, ist das nicht Ihre Erfindung? — Zeuge: Das ist volle Wahrheit. — Präsi.: Halten Sie es für denkbar, daß, wenn jemand eine solche Verschönerung plant, diese fremden Leuten erzählen wird? — Zeuge: Ich kann doch nicht anders sagen, als was ich gehört habe. — Präsi.: Wie mag Frau Meyer wohl darauf gekommen sein, Sie vor Lewy zu warnen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Oberstaatsanwalt: In welchem Zusammenhange warnte Sie Frau Meyer vor Lewy? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Oberstaatsanwalt: Das ist doch aber das Wichtigste. Was haben Sie sich dabei gedacht, als Sie Frau Meyer vor Lewy warnte? — Zeuge: Ich habe mir gar keine Gedanken gemacht. — Oberstaatsanwalt: Hatten Sie denn von Lewy's Geld zu bekommen? — Zeuge: Nein. — Oberstaatsanwalt: Kannten Sie überhaupt den Fleischer Lewy? — Zeuge: Nein. — Oberstaatsanwalt: Und trotzdem fiel es Ihnen nicht auf, daß Frau Meyer Sie vor Lewy warnte? — Zeuge: Nein, erst als

Winter ermordet

war, dachte ich daran. — Oberstaatsanwalt: Es ist sehr merkwürdig, Zeuge, daß Sie Ihre Aussage in genau demselben Tonfall und ebenso stehend und zwar genau übereinstimmend mit Ihrer Mutter machen? — Zeuge: Dazu kann ich nichts sagen. — Präsi.: Was machten Sie sich denn überhaupt für Gedanken über die ganze Unterredung mit Frau Meyer? — Zeuge: Ich machte mir gar keine Gedanken, bis Ernst Winter ermordet war. — Präsi.: Da haben Sie die Sache erzählt? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Wie mag wohl die Sache in die Presse gekommen sein? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Haben Sie es nicht im Wirtshaus erzählt? — Zeuge: Ja, ich wurde ein paarmal von fremden Herren ins Wirtshaus gerufen. — Präsi.: Nun, was wissen Sie von Caminer? — Zeuge: Ich machte mit dem Getreidehändler Caminer Bekanntschaft. Eines Tags sagt Caminer: Sie sehen ja so rot aus, Sie scheinen viel Blut zu haben, Sie sind wohl gesund? Ich antwortete: Gewiß, ich bin ja Soldat gewesen. Caminer sagte: Sie sind gut dazu. Als ich von dem Morde hörte, sagte ich, da wäre ich also auch gut dazu gewesen. Caminer sagte noch: Das Blut ist dies Jahr sehr teuer, es kostet eine halbe Million. (Heiterkeit.) Der Pferdehändler Gumpert sagte: Caminer macht bloß Scherz. — Erster Staatsanwalt: Haben Sie es nun für ernst aufgefaßt? — Zeuge: Jawohl. — Oberstaatsanwalt: Ich bin der Meinung, der Zeuge ist überhaupt

nicht ernst zu nehmen.

— Verteidiger Rechtsanwält Dr. Vogel: Ich nehme den Zeugen für sehr ernst und beantrage: den Amtsvorsteher und Pfarrer seines Orts zu laden, daß die Familie Hellwig sich des besten Leumunds erfreut.

Verteidiger Rechtsanwält Hunrath: Ich beantrage den Pfarrer Wehring, Caminer und Gumpert zu laden. Oberstaatsanwalt: Dann beantrage ich, auch die Familie Meyer zu laden, was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Die Sache muß klar gestellt werden und wenn wir noch vierzehn Tage verhandeln sollen. Der Gerichtshof giebt den gestellten Anträgen statt. Danach wird die Verhandlung auf Dienstagvormittag 9 Uhr vertagt.

In der Sitzung am Dienstag erklärte der Vorsitzende, daß der Gerichtshof beschlossen habe, die auf Antrag der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen am Freitag und Sonnabend zu vernehmen. Der Verteidiger Rechtsanwält Dr. Vogel beantragt, sämtliche Zeugen des Prozesses Israel'ski zu laden. Israel'ski sei wohl freigesprochen. Nachdem aber die Zeugin Sibbing beklundet hat, sie habe am Tage der Auffindung des Leichens auf dem evangelischen Kirchhofe Israel'ski in verdächtiger Weise mit einem Saal gesehen, erhält die Sache doch eine ganz andre Wendung. Insbesondere wird Notarmeister Fiedler beklundet, daß er seine Wahrnehmungen nach der Gerichtsfeier gemacht hat. — Erster Staatsanwalt: Ich halte den Antrag für überflüssig, nachdem Israel'ski freigesprochen worden ist. Es kam höchstens das Urteil verlesen werden. — Der Gerichtshof beschließt nach dem Antrage des Verteidigers.

Moriz Lewy

aus der Untersuchungshaft als Zeuge vorgeführt. Er wird unweidlich vernommen und vom Präsidenten eingehend verurteilt. Der Präsident macht ihn seiner darauf aufmerksam, daß er seine Aussage verweigern könne, wenn er befürchte, sich dadurch strafrechtlicher Verfolgung aussetzen. — Moriz Lewy beklundet: Am 11. März bin ich morgens um 7 Uhr aufgestanden. Dann habe ich Gelder einliefert und darauf zu Mittag gegessen. Nachmittags bin ich nach Dundershagen gefahren, um ein Kalb zu kaufen. In dieser Angelegenheit war ich zuerst bei Frau Ossowski und dann bei Ledoch. Ich war vor 4 Uhr in Dundershagen und habe mich dort lange aufgehalten. Ich ging hierauf bestimmt mit Kraus nach „Wühlminenhöhe“. Gegen 7 Uhr kam ich nach Hause, wo ich nur meine Eltern antraf. Ich hatte einer jungen Dame verschrieben, mit ihr spazieren gehen zu wollen. Ich entschuldigte mich aber damit, daß ich meinen Bruder erwarten müsse. Um 7 1/2 Uhr kam mein Bruder Hugo nach Hause. Dann habe ich mit meinen Eltern und dem Bruder zusammen Abendbrot

gegessen. — Präsi.: Haben Ihre Eltern erzählt, daß sie Besuch gehabt hätten? — Zeuge: Nein. Nach dem Abendbrot ging ich kurz nach 8 Uhr zu Fel. Freitag. Da es zum Spazierengehen zu spät war, blieb ich bis 10 Uhr bei ihr und kam kurz nach 10 Uhr zu Hause an. Nachdem ich das Pferd gefüttert, habe ich mich schlafen gelegt. — Präsi.: Haben Sie die Hinterthür zugemacht? — Zeuge: Ich pflege des Abends immer nachzugehen, ob die Hinterthür geschlossen ist. Ob ich das auch am 11. März gemacht habe, weiß ich nicht. — Präsi.: Ding Fleisch an jenem Abend im Hofe? — Zeuge: Das bezweifle ich. — Präsi.: Waren Sie an dem Abend im Keller? — Zeuge: Nein. Es ist aber möglich, daß ich nachgegangen habe, ob der Keller verschlossen war. — Präsi.: Sie waren aber nicht im Keller? — Zeuge: Ich glaube nicht. — Präsi.: Wie können Sie sich so bestimmt auf den 11. März erinnern? — Zeuge: Nachdem die Leichenteile gefunden worden waren, sagte mein Vater: Es ist auf alle Fälle gut, genau zu wissen, wo man am 11. März gewesen ist. — Präsi.: Wurde damals schon gesagt, daß die Juden den Mord begangen hätten? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Es ist Ihnen bekannt, daß Ihnen beim Prozeß Speisinger eine Anzahl Zeugen gegenübergestellt wurden, die beklundeten, daß Sie mit

Winter verkehrt haben.

Ich frage Sie wiederum, haben Sie Winter gekannt? — Zeuge: Meines Wissens nicht. — Präsi.: Wie erklären Sie sich, daß so viele Leute ausagen, Sie mit Winter zusammen gesehen zu haben? — Zeuge: Vor Verleumdungen kann man sich nicht schützen. Es ist möglich, daß ich mit Winter gesprochen habe oder gegangen bin, aber ich weiß nicht, daß es Winter war.

Sodann wird das Dienstmädchen Franziska Hoppe vernommen. Dieselbe beklundet, daß sie beim Fleischer Hoffmann gebiet und Winter gekannt habe. Der Präsident zeigt der Zeugin eine Photographie und fragt sie: Ist das da auf der Photographie Winter? — Zeugin: Nein. (Verweigerung.) — Präsi.: Baununternehmer Winter, treten Sie einmal vor. Ist das das Bild Ihres Sohnes? — Winter: Jawohl. — Erster Staatsanwalt: Ist das eine gute Photographie? — Winter: Jawohl. — Präsi.: Nun, Zeugin Hoppe, Sie kennen Winter nicht wieder? — Zeugin: Das ist er doch.

Alsdann wird die 17jährige, jetzt in Berlin lebende Zeugin Rosa Siemanowski vernommen. Sie erklärt auf Verlangen, daß sie jetzt als Stütze der Hausfrau engagiert sei, aber unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden habe. — Präsi.: Sie haben Winter und Moriz Lewy gekannt? — Zeugin: Ich war Verkäuferin bei Dupont, wo sich Winter seine Karten drucken ließ. Dort habe ich ihn kennen gelernt. Eines Abends sah ich Winter und Moriz Lewy vor dem Lewy'schen Hause stehen. Moriz Lewy sagte zu Winter: Bleiben Sie doch noch hier. Winter sagte: Ich muß erst meine Schularbeiten machen, dann komme ich wieder. — Präsi.: Haben Sie das genau gehört? — Zeugin: Ja. — Präsi.: Nun, Moriz, was sagen Sie dazu? — Moriz Lewy: Das bestritte ich ganz entschieden. Wenn das geschehen wäre, müßte ich das doch wissen! — Erster Staatsanwalt: Zeugin, ist Ihnen nicht von

Juden Geld geboten

worden? — Zeugin Siemanowski: Jawohl. — Präsi.: Erzählen Sie uns den Vorgang mal ausführlich. — Zeugin: Als ich im April durch die Bahnhofstraße nach dem Bahnhof ging, standen drei Juden dort, die an mich herantraten und sagten, sie würden mir Geld geben, wenn ich ausfögen würde, daß ich Moriz nicht mit Winter gesehen hätte. — Präsi.: Kannten Sie die 3 Juden? — Zeugin: Nein. — Präsi.: Sie sind doch geborene Kontingent? — Zeugin: Es waren fremde Juden. — Präsi.: Diese kannten Sie? — Zeugin: Ja. — Erster Staatsanwalt: Ist Ihnen nicht ein zweites Mal von Juden Geld geboten worden? — Zeugin: Im September im Laden von Friedländer durch den Bruder des Inhabers. Der Kommissar Heinrich Friedländer sagte zu mir: Die Juden müssen Blut haben. Ich fragte ihn, ob auch Winter von den Juden geschlagen worden sei. Friedländer sagte: Davon weiß ich nichts; aber die Juden müssen Blut haben! — Präsi.: Ist das wahr, was Sie fordern angefaßt haben? — Zeugin: Jawohl. — Präsi.: Es ist doch sehr auffallend, daß ein Jude zu einem christlichen Mädchen sagt: Die Juden müssen Blut haben? — Zeugin: Das ist aber wahr. — Präsi.: Können Sie das vor dem Richterstuhl des allwissenden Gottes verantworten? — Zeugin: Jawohl.

Präsi.: Zeugin Siemanowski, befürchteten Sie, daß die Juden es auch auf Ihr Blut abgesehen hätten? — Zeugin: Jawohl. — Oberstaatsanwalt: Ich beantrage, Heinrich Friedländer sofort zu laden und die Aussage der Zeugin zu protokollieren, da der Herr Präsident selbst die Aussagen für unglaubwürdig erklärt hat. — Präsi.: Ich frage Sie nochmals, Zeugin, ob Sie hier die Wahrheit gesagt haben? Friedländer wird Ihnen gegenüber gestellt werden. — Zeugin: Ja, das ist wahr. — Oberstaatsanwalt: Ist Ihnen nicht ein zweites Mal von Friedländer Geld geboten worden? — Zeugin: Nein. — Staatsanwalt: Dann beantrage ich, sofort den Kriminalinspektor Braun aus Berlin zu vernehmen, da die Zeugin bei diesem ausgesagt hat, Friedländer habe ihr noch ein zweites Mal Geld angeboten, wenn sie nichts gegen die Juden ausföge.

Auf weiteres Befragen erklärt die Zeugin Rosa Siemanowski: Bei einer andern Angelegenheit hat mir Friedländer einmal 6 M. geschenkt. — Verteidiger Rechtsanwält Hunrath: Ich beantrage bei Erörterung dieser Angelegenheit den

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Erster Staatsanwalt: Haben Sie nicht auch gesagt, Sie gingen nach Berlin, weil Sie von den Juden „verfolgt“ wurden? — Zeugin: Ja. — Präsi.: In welcher Weise wurden Sie verfolgt? Haben Sie etwa einen Drohbrief erhalten? — Zeugin: Nein, aber mir wurde erzählt, daß mich die Juden verfolgen. — Präsi.: Wer sagte das, Juden oder Christen? — Zeugin: Christen. Es wurde mir nach Berlin geschrieben, die Juden wollten mich fangen und in einen Keller sperren. — Präsi.: Wissen Sie genau, wann Sie die drei Juden auf der Bahnhofstraße getroffen haben? — Zeugin: Ich glaube im September. — Präsi.: Worin sagten Sie im April? — Zeugin (nach langem Zögern): Es war am 28. April. — Präsi.: Wie wissen Sie auf einmal, daß es am 28. April war? — Zeugin: Ich erinnere mich jetzt. — Präsi.: Wodurch wußten Sie, daß Lewy den Verkehr mit Winter leugnete? — Zeugin: Ein Polizeibeamter hat von Haus zu Haus gefragt, wo Winter wohl zuletzt gesehen worden sei. Und dabei habe ich das gehört. — Präsi.: Wann haben Sie Winter zuletzt gesehen? — Zeugin: Am 11. März, nachmittags 4 Uhr, in der Nähe des Schützenhauses. — Präsi.: War er allein? — Zeugin: Nein, er war mit einer jungen Dame, ich glaube mit Fräulein Klavon, zusammen. — Präsi.: Zeugin Siemanowski, wann sind Sie nach Berlin gegangen? — Zeugin: Im September. — Präsi.: Haben Sie in Berlin bei Ihrer Vernehmung gesagt, daß Sie aus Konig fortgezogen seien, weil Sie von den Juden verfolgt wurden? — Zeugin: Ja. — Präsi.: Weshalb haben Sie das hier nicht gleich gesagt? — Zeugin: Ich schweige. Der Präsident läßt hierauf die

protokollarische Aussage

der Zeugin verlesen. Alsdann wird der Kriminalinspektor Braun aus Berlin als Zeuge aufgerufen. Derselbe erklärt: die Zeugin habe bei ihm ausgesagt: drei fremde Juden hätten ihr Geld angeboten, wenn sie nichts gegen Lewy ausföge. Ferner habe der Kaufmann Friedländer sie auf die Straße bestraft und ihr Geld ver-

sprochen, wenn sie nichts gegen Lewy ausföge. Die Zeugin habe ihm dann weiter gesagt: Moriz Lewy habe den Arm Winters auf das Dach Hoffmanns geworfen, der dort vom Schornsteinfeger gefunden worden sei. Es müsse sich nun ja herausstellen, ob Lewy oder Hoffmann der Mörder sei. — Präsi.: Wann hat sie das gesagt? — Kriminalinspektor Braun: Vor einigen Wochen in Berlin. — Präsi.: Von wem will sie das gehört haben? — Zeuge: Sie sagte, es sei ihr erzählt worden. — Präsi.: Nun, Zeugin Siemanowski, Sie haben doch gesagt, daß Ihnen bei Friedländer im Laden Geld versprochen worden sei? — Zeugin: Jawohl. — Präsi.: Dem Kriminalinspektor Braun haben Sie aber gesagt, Friedländer hat Ihnen auf der Straße Geld versprochen. Was ist unrichtig? — Zeugin: Auf der Straße hat er vom Judenmord nicht gesprochen. — Der Gerichtshof beschließt hierauf, den inzwischen herbeigekommenen Kaufmann Heinrich Friedländer zu vernehmen und während der Dauer seiner Vernehmung die Oeffentlichkeit auszuschließen, auch für die Journalisten.

Nach einer Stunde wird die Oeffentlichkeit wieder hergestellt und der Präsident verkündet, daß um 3 Uhr wieder öffentlich verhandelt wird. Darauf tritt die Mittagspause bis 8 Uhr ein.

Die Nachmittags-sitzung

brachte die Vernehmung von drei Gymnasialen, die mit Winter täglich umgegangen waren. Keiner von ihnen weiß davon, daß Moriz Lewy mit dem Ermordeten verkehrt hat. Der Erste Staatsanwalt weist darauf hin, Winter habe seinen Mitschülern erzählt, daß er mit andren jungen Leuten und Mädchen verkehrt habe, aber niemals von Lewy gesprochen. — Oberstaatsanwalt Mikulski: Ich habe Moriz Lewy mit Winter zusammen in der Danzigerstraße spazieren gehen sehen und mich gewundert, daß Moriz mit einem Gymnasialen spazieren ging. — Präsi.: Wir Richter erleben es ja täglich, daß Leute, aus Sorge, sich verdächtig zu machen, ganz gleichgültige Dinge bestreiten. Wollen Sie zugeben, Moriz Lewy, daß Sie deshalb den Verkehr mit Winter geleugnet haben? — Moriz Lewy: Wenn das bei mir so wäre, würde ich das zugeben. — Klempnergehilfe Schlicht: Ich habe Moriz Lewy mit Winter spazieren gehen und sich unterhalten sehen. — Auf Befragen des Präsidenten wiederholt Moriz Lewy: Es ist ja möglich, daß ich mit Winter zusammengegangen bin, zusammengestanden und gesprochen habe, aber meines Wissens habe ich ihn nicht gekannt. — Bademeister Rajorra: Ich habe Moriz Lewy mehrfach mit Winter getroffen. — Moriz Lewy: Das bestritte ich. Rajorra hat mich, als er noch Polizeifergeant war, fälschlich denunziert. — Rajorra: Ich habe Lewy wegen Straßenlärmens angezeigt. Er ist allerdings freigesprochen worden. — Mauerpolier Liplé: Ich habe Winter nicht gekannt; aber als ich nachträglich dessen Photographie gesehen habe, erinnerte ich mich, daß ich diesen oftmals mit Moriz Lewy zusammen gesehen hatte. — Der Zeuge erzählt dann mehrere Einzelheiten. — Präsi.: Das sind doch alles Dinge, die, wenn man über die Straße spazieren geht, sich nicht so merkt, zumal wenn man die jungen Leute nicht kennt? — Zeuge: Das ist mir aber genau erinnerlich. — Erster Staatsanwalt: Dem Zeugen soll bekannt sein, daß unter der

Synagoge

sich ein geheimer Gang befindet, in dem Leichenteile lagen? — Zeuge: Das hat mir Mauerpolier Morach, der in der Synagoge gearbeitet hat, erzählt und eine Zeichnung gegeben, die ich dem Staatsanwalt eingereicht habe. — Erster Staatsanwalt: Sie haben gesagt, daß Sie Winter am 11. März mit Fräulein Caspari gesehen hätten? — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt. — Erster Staatsanwalt: Sie haben aber gesagt, daß Sie Fräulein Hoffmann mit Winter und Moriz Lewy gesehen hätten. Nachdem Fräulein Martha Hoffmann Ihnen vorgezeigt wurde, haben Sie diese mit Bestimmtheit bezeichnet, obwohl dieselbe seit Jahren nicht in Konig war.

Darauf wird Bürgermeister Deditius aus Konig über die unterirdischen Gänge in der Synagoge vernommen. Derselbe erklärt, daß von Mauermeister Böcker und Mauerpolier Kiedel die Sache für falsch erklärt worden sei. Der Zeuge Liplé sei ein Kenner, der gern erzähle. — Der hierauf als Zeuge vernommene Kriminalkommissarius Wehn aus Berlin bemerkt, ihm habe Liplé keine Anzeige gemacht, daß in der Synagoge unterirdische Gänge seien. Ein Maurer, der bei Fleischer Ziebarth gearbeitet hatte, habe dies dem Kriminalkommissarius Meyer (Berlin) erzählt und gesagt, er habe das von Liplé erfahren. — Kriminalkommissarius Meyer II (Berlin) beklundet: Es war ein Gerücht von unterirdischen Gängen in der Synagoge verbreitet. Die Untersuchung hat aber nichts dergartiges zu Tage gefördert. — Zeuge Mauerpolier Morach teilt mit: Ich habe im Badehaus der Synagoge einmal gearbeitet und den Fußboden aufgerissen, weil der Schwamm da herrschte. — Präsi.: Haben Sie da unterirdische Gänge entdeckt? — Zeuge: Nein, nur einen unterirdischen Brunnen. — Präsi.: Wissen Sie, was Liplé erzählt? Er sagt, Sie hätten ihm eine Zeichnung gegeben? — Zeuge: Nein, ich habe nur die Zeichnung von der Lage der kleinen Abflusströhren gemacht. — Präsi.: Wozu denn das? — Zeuge: Um zu wissen, wie ich dort arbeiten kann. Und als die Leichenteile im Rindschee gefunden wurden und gesagt wurde, die Juden hätten den Mord begangen, wollte ich die Lage der Abflusströhren feststellen. Ich habe Liplé aber nicht gesagt, daß unter der Synagoge unterirdische Gänge seien. — Präsi.: Liplé, wie kamen Sie zu dieser Aussage? — Liplé: Morach hat mir gesagt, Leitungsröhre und jetzt sagt er anders. — Bürgermeister Deditius: Ich habe selbst mit einer Reihe von Beamten und Fachleuten die Synagoge untersucht. Das durch Teppiche verhängene Allerheiligste, den Boden, das Badehaus auf das genaueste untersucht und ganz besonders nachgeforscht, ob unterirdische Gänge vorhanden sind, wir haben aber nichts entdeckt. Die Untersuchung hat sehr lange gedauert, da behauptet wurde, der Mord sei in der Synagoge geschehen. Wir haben dafür aber nicht den geringsten Anhalt gefunden. — Heute nacht sollte nochmals Kolateraltermin wegen des Lichtschimmers etc. stattfinden. Wegen des heftigen Regens wurde derselbe aber abbestellt und die Verhandlung auf morgen, Mittwochvormittag, vertagt.

Kommunales.

Auf der Tagesordnung für die am Donnerstagnachmittag 5 Uhr stattfindende Sitzung der Stadiverordneten: Versammlung stehen unter andern folgende Gegenstände: Berichtserstattung des Ausschusses für Rechnungssachen über 25 Rechnungen, über die Jahresabrechnung für das Etatsjahr 1899, betreffend die städtischen Wasserwerke, die städtischen Morsthallen, die Hauptkasse der städtischen Werke über die Kostenverwaltung und den Gesamt-Jahresabschluss dieser Kasse, die Verwaltung der städtischen Abfallplätze und den Verwaltungsfonds etc. der Sparkasse, sowie über die Rotationsantwortung zum Jahresabschluss der Haupt-Stiftungskasse für das Etatsjahr 1898. — Berichtserstattung des Ausschusses zur Vorbereitung der Vorlage, betr. die Errichtung der 6. städtischen Volks-Vademuseum im Stadtteil Wedding. — Vorlage, betr. den Anschluß eines Gebietsteils von Charlottenburg an die Kanalisation von Berlin und die Entlastung eines andern Gebietsteils aus dem Vertrage vom 14./20. November 1885. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Wohnungsnot und die auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mißstände. — Vorlagen, betreffend die Verlegung des Friedrich-Werderschen Gymnasiums nach Moabit, — den Jahresabschluss der Gaswerke für das Etatsjahr 1899, — den Umbau der Feuerwache in der Mauerstraße, die Gewährung von Ehrenpreisen etc. für die bevorstehende I. Brandenburgische Provinzial-Ausstellung für Gefäßgeschäft, sowie für die von dem deutschen Tierzuchtverein beabsichtigte

Fel-Ausstellung. — die Beschaffung der Mobiliar-Ausstattung für drei mit Kranken zu belegende Aufenthaltsfälle in der Stenographen-Anstalt in der Friedländerstraße — die Befestigung des sogenannten Kohlen-geleises auf der Strecke vom Kaufinger-Platz bis zum Schlesischen Bahnhof und Herstellung eines neuen An- schlusses an den Gorköper Bahnhof — die Feststellung des für 1. April 1900/01 für die Verpflegung der im städtischen Erziehungs-Hause Lichtenberg untergebrachten Zöglinge zu liquidierenden Tages — und eine Geldbewilligung für Zwecke der allgemeinen Vieh- und Obstbaumzählung am 1. Dezember 1900 — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Errichtung einer höheren Lehranstalt (Vollgymnasium) in den Bezirken vor dem Hohenhofen Thor beziehungsweise die Verlegung eines schwach besuchten Gymnasiums aus einem andern Stadt- teile in die genannten Bezirke. — Den Beginn des Umbaus der Feuerwache in der Turmstraße — und die Mietung von Räumen im Hause Wallstr. 55/56 zc. zu Bureau- und Zeichenzwecken. — Bericht- erstattung, betr. die Wahl von 8 Mitgliedern für die Einkommen- Steuer-Veranlagungskommission, eines Bürgerdeputierten für die Waffen-Verwaltung, von 8 Schiedsmännern bei Abschätzung feuchtkrank- oder feuchtkrankverdächtig, auf polizeiliche Anordnung zu lebender Tiere für das Jahr 1901 und von 6 Beisitzern und 6 Stellvertretern für die Vorstände bei den am 6. November d. J. stattfindenden Stadtverordneten-Ergebnissen.

Tokales.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Eine Kommunal- wähler-Versammlung findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Dr. Fraßel, Neue Friedrichstraße 85, statt. Stadtverordneter Wald spricht über die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahl im 1.-10. Stadtbezirk. Die Parteigenossen werden um zahlreichen Besuch gebeten.

Im Namen des Byzantinismus

Will der Magistrat jetzt der — Wohnungsnot zu Leibe gehen. Man glaube nicht. In seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung hat der Magistrat beschlossen, daß zur Erinnerung an den 18. Januar 1701 von der Stadt Berlin eine Stiftung errichtet werde. Für dieselbe gelten folgende Bestimmungen:
I. Die Stiftung führt den Namen Adm. Friedrich.
II. Die Stiftung hat den Zweck, minderbemittelten Einwohnern in der Stadt Berlin billige und gesunde Wohnungen zu schaffen.
III. Die Stadtgemeinde Berlin überweist der Stiftung ein Kapital von 1 000 000 M. Außerdem wird der Magistrat von Berlin in einem öffentlichen Aufruf zur Einzahlung von Beiträgen zur Begründung der Stiftung auffordern.
IV. Das Vermögen der Stiftung besteht aus: 1. dem von der Stadtgemeinde Berlin überwiesenen Kapital von 1 000 000 M., 2. den infolge des Aufrufs eingehenden Beiträgen, 3. den etwa später an die Stiftung gemachten Schenkungen, 4. den Einkünften der Stiftung, welche nicht zu den laufenden Ausgaben der Stiftung Verwendung finden.
V.—VII. Diese Paragraphen handeln von der Verwaltung der Stiftung.
VIII. Die von der Stiftung beschafften Wohnungen sind an minderbemittelte Einwohner von Berlin, welche mindestens seit 5 Jahren in Berlin ihren Wohnsitz haben, zu über- lassen. Für die Benutzung der Wohnungen ist ein Entgelt zu entrichten, durch welches eine landesübliche angemessene Vergütung der Herstellungskosten und die Kosten der Unterhaltung der Wohnung, jedoch ausschließlich der allgemeinen Verwaltungskosten gedeckt werden. Dieses Entgelt darf nur bei außerordentlichen unverschuldeten Umständen ermäßigt oder erlassen werden. Minderreiche Familien sind vorzugsweise zu berücksichtigen. — Ferner beschloß das Kollegium, den zur Zeit im Obdach befindlichen Wohnungslosen aus Stiftungsmitteln oder sonstigen bereitzustellenden Mitteln Unterstufungen zur Beschaffung von Wohnungen zu gewähren.

Die Art, wie der Magistrat die Wohnungsfrage löst, erinnert ein wenig an die berühmte fromme Dame, die den Armen, welche an ihrer Thür um eine Gabe vorsprachen, mit einem Pfennig und einem Traktätschen dazu abweiste. Nur daß das Traktätschen des Magistrats nicht religiös, sondern patriotischen Inhalts ist. Ein geschickter Witz über den vom Magistrat, in einer Zeit, wo die Leiter des Staats der Sozialreform unter den Folgen der 12 000 Mark-Leihmehel schweigen, die wohnungslosen Arbeiter an den Gründern dieses Staats zu erinnern. Die im Verhältnis zur Größe des Hofstaats geradezu beleidigende Inzulänglichlichkeit des Magistratsbeschlusses, die Verleumdung, das beschämende Lethel mit Hilfe der Privatwohltätigkeit zu bekämpfen, werden unsere Partei- genossen im Noter Hause Donnerstag schon gedehrend beleuchten — soweit dies überhaupt noch erforderlich ist.

Bei der Wählerversammlung, die am Montag in der Nord- deutschen Brauerei tagte, machten sich einige Nebenstände bemerkbar, die unsere Parteigenossen in begreifliches Erstaunen versetzten. Schon lange vor 8 Uhr war der Saal durch die Versammlungsbefucher fast gefüllt, jedoch war immerhin noch Raum für eine größere Zahl von Personen vorhanden. Polizei war noch nicht zur Stelle. Über der Witz des Lokals, der sich anheimelnd als freiwilliger Gehilfe der Polizei fühlte, schloß das Eingangsthor ab und hinderte so die noch fortgesetzt herbeiströmenden Wähler, in den Saal einzutreten. Später, nachdem man die Tische und Stühle hinausgeschafft hatte, wurde zwar noch ein Teil der draußen Harrenden hineingelassen, dann spernte aber die Polizei, die inzwischen unter Führung eines noch sehr jugendlich aussehenden Neumants erschienen war, den Saal ab, obgleich in unmittelbarer Nähe des Eingangs noch etwa 150 Personen be- quem Platz gefunden hätten und einige unserer Genossen den Polizeileutnant auf diesen Umstand aus- drücklich aufmerksam machten. — So lange Ledebour und Clara Jettin sprachen, wurde auch niemand mehr in den Saal hinein gelassen. Als aber dann die Redner der Centrumpartei — es traten deren vier nach einander auf — das Wort hatten, da öffnete sich plötzlich die Thür des Saals und herein drängte sich eine größere Zahl Herren und Damen, so daß der noch vorhandene Raum bald vollständig besetzt war. Die neu Hinzugekommenen gehörten ihrer äußeren Erscheinung nach zum größten Teil nicht der Arbeiterklasse an. Die meisten von ihnen gaben sich durch den Verfall, den sie den Centrumrednern spendeten, als Anhänger dieser Partei zu erkennen. — Es soll nicht etwa gesagt werden, daß die Polizei zu Gunsten der Centrumleute die Sperre aufgehoben hätte. Der Haupteingang zum Saal blieb bis zum Schluß der Versammlung gesperrt. Die neuen Ankömmlinge kamen durch einen Nebeneingang aus den vorderen Restaurations- räumen, wo sie sich bis dahin aufgehalten hatten, und es mag wohl dem Einflusse des Witzes gelungen sein, diesen seinen Gästen Eintritt zu verschaffen. — Wir sind nicht etwa ungehalten darüber, daß es gerade Centrumanhänger waren, die noch so spät Einlaß fanden. Uns ist es ja immer angenehmer, wenn auch Gegner in unseren Versammlungen erscheinen. Der Umstand aber, daß der Saal schon vor 8 Uhr polizeilich abgesperrt wurde, nach 10 Uhr aber noch mehr als 100 Personen eingelassen wurden, ist eine Ungerechtigkeit und eine Verleumdung der Versammlungsfreiheit gegenüber denjenigen, die viel früher als die zuletzt Gelassenen vor dem Versammlungsort erschienen waren, die aber ohne Eintritt zu finden, wieder umkehren mußten, wogegen die später Erschienenen, die als Gäste in den vorderen Lokalitäten weilten, wahrscheinlich auf Betreiben des Witzes noch Einlaß fanden. So lange ein Versammlungssaal Raum bietet, kommt er denen zu, die zuerst zur Stelle sind.

Die Straßenbahner wollen noch immer nicht so recht ihrer Betriebsleitung parieren. Da von dem letzten schlecht besuchten Feste des Fischer-Bereins allerlei unliebsame Vorgänge in die Öffentlichkeit gelangt sind, wurde die letzte Extraversammlung der Vereinigung der Angestellten der Großen

Berliner Straßenbahn in den Räumen der Gesellschaft, Friedrichstraße 228, abgehalten. Von Seiten des Vorstands wurde lebhaftest die Lage darüber geführt, daß die Mitgliederzahl im Verhältnis zur Zahl der Angestellten noch eine geringe sei und besonders in der letzten Zeit von Fortschritten in dieser Bewegung keine Rede sein könne. Man solle sich an der regen Agitation des Verbands ein Beispiel nehmen und es ebenso machen. Von irgend welchen Schritten zur Vesserung der Lage der Angestellten war natürlich keine Rede. Ein Antrag auf Errichtung eines Rabattsparsparmen-Systems, ähnlich der Rabattsparsvereine, fand ebenfalls nicht Gnade vor den Augen der maßgebenden Faktoren. Sonst wurde nur über Feste und Vergünstigungen beraten. Bei einer derartigen Jubiläumskunst soll demnächst der Stadtbürger Dr. Schwarze einen Vortrag über Gesundheits- lehren halten. Ob dadurch der ziemlich hohe und ständige Krankenstand der Betriebs-Krankenkasse vermindert werden soll? Das Viebedmähen der Direktion scheint wenig Erfolge zu haben, die Straßenbahner kennen ihre Arbeitgeber eben zu gut, als daß sie ihre bewährte Organisation um der schönen Augen der Direktion willen dem Linsengericht einer Streifbrotcher-Judikanstalt opfern wollten.

Ueber die Maßnahmen der Straßenbahn-Direktion zur Hebung der Lage ihrer Angestellten wird berichtet: Die Kapelle der Straßenbahner brachte am Sonntagmorgen ihr erstes Ständchen und zwar dem Expedienten Berger aus der Marklluststraße 19, der an diesem Tage sein 25jähriges Jubiläum feierte. Die Kapelle zählt gegenwärtig 20 Musikinstrumente, soll demnächst aber durch Holz- instrumente verstärkt werden.

Auf den öffentlichen Straßen und Plätzen Berlins sind jetzt rund 44 400 Bäume vorhanden. Im Staatsjahr 1899 wurden von der städtischen Forstdeputation neue Baumplantagen ausgeführt in der Prenzlauer- und Frankfurter-Allee, der Lothringers-, Gneisenau-, Markgrafen-, Göttinger-, am Planufer und Heinrichs- platz. In der regulierten Straße der Potsdamerstraße, zwischen der Brücke und der Lignonstraße wurden auf Kosten der Straßenbahn- Gesellschaft Linden gepflanzt, auf Kosten der Stadt aber Siderkanäle mit Eingussstellen zur Bewässerung hergestellt. Für die durch An- lage der Hochbahn demolierten Anlagen am Wasserthorplatz hat die Firma Siemens u. Halske die Wiederherstellungskosten zu tragen.

Aus der „Gesellschaft“ bringt die „Mitt. Volks-Ztg.“ folgende Mitteilung: Der Kampf für Sittlichkeit und Ordnung, wie er von den oberen Kreisen geführt wird, die dem Volke mit gutem Beispiel voranleuchten sollten, erfährt wieder mal eine scharfe Beleuchtung durch die zwischen dem Prinzenpaar Aribert von Anhalt eingeleitete Ehescheidungsfrage. Wegen des nahen verwandtschaftlichen Verhältnisses des Paares zum Kaiser- paare erregt die Angelegenheit besonderes Aufsehen. Die Prinzessin, eine Enkelin der Königin von England, ist väterlicherseits eine Cousine der Kaiserin und mütterlicherseits eine Cousine des Kaisers. Bei Hof- und andern Festlichkeiten trat sie sehr in den Vordergrund, figurierte stets in den Berichten über dieselben und war so eine beliebte Persönlichkeit, während der Prinz wiederholt in anderer Weise öffentlich von sich reden machte. Nun haben sie sich nach achtjähriger Ehe getrennt, und das Ende der „Tragödie“ ist die Ehescheidung, zu deren Veranlassung der Vater der Prinzessin, Prinz Christian von Schleswig-Holstein, hier weist. Wie muß es da aussehen! Der „Reichs- boten“ besagt den Vorgang, weil er traurig für das Ansehen der Fürstengüter wirkt. Wenn das noch das Schlimmste wäre! Die verheerende Wirkung derartiger Beispiele in den Höfen der Gesellschaft auf das Volk ist weit mehr zu beklagen, weil weit verhängnisvoller. Die Gemahlin des Prinzen Aribert selbst lebt schon seit längerer Zeit von dem Prinzen getrennt und hält sich gegenwärtig in Amerika auf; Prinz Aribert war bis zum 14. September d. J. Kapitänleutnant im ersten Garde- Dragoner-Regiment und wurde unter diesem Datum a la suite des Regiments gestellt und auf unbestimmte Zeit beurlaubt.

Beim Abbruch verunglückten gestern morgen mehrere Arbeiter auf dem Grundstück Wallstraße Nr. 11/12. Ein Balken, den mehrere Personen hielten, fiel unversehens zur Erde, sei es, daß er den Leuten entglitt, oder daß ein Teil zu früh losließ. Der Arbeiter Rudolf Löwe geriet unter ihn und zog sich einen Bruch des Rückgrats und eine schwere Kopfverletzung zu. Er wurde nach der Unfallstation I und von dort nach der Charité gebracht werden. Ein zweiter Arbeiter kam mit weniger schweren Verletzungen davon und konnte sich in seine Wohnung begeben.

Die Verhaftung des Kaufmanns Paul Adolph, des früheren Direktors der Firma Otto Schumann, W. m. v. H., Reichens- bergstraße 100, erregte im Juli d. J. Aufsehen und wurde in der Presse mehrfach erörtert. Adolph war von seinem Nachfolger der Untrene und des Betrugs bezichtigt worden. Jetzt, nachdem der Beschuldigte sich etwa 3/4 Monate in Untersuchungshaft befindet, ist er auf Betreiben seines Verteidigers, Rechtsanwält Bronker, auf den Antrag der Staatsanwaltschaft nicht nur auf freien Fuß gesetzt, sondern auch außer Verfolgung gesetzt worden, da sich herausgestellt hat, daß sämtliche Angaben des Angeklagten nicht haltbar waren.

Bulletin vom Straßenbahn-Kriegsschauplatz. Auf der elektrischen Straßenbahn ist gestern abend der taubstumme 42 Jahre alte Schneider Gottlieb Kolbe aus der Fürstenerstraße 12 zu Tode gekommen. Der Mann kam durch die Lothringersstraße, wollte an der Gormannstraße vor einem Straßenbahnwagen (Nr. 1329 der Ringbahn) über den Damm hinweg gehen, wurde aber von dem Wagen gefaßt und geschleift. Er starb auf dem Wege von der Sanitätswache nach der Charité. Den Führer des Wagens trifft keine Schuld, wohl aber die Verwaltung der „Großen“, welche nicht dazu zu bewegen ist, an ihren Wagen ausreichende Schutzvor- richtungen anzubringen.

Einem guten Gang hat die Kriminalpolizei mit der Festnahme einer Bande von „Schweren Jungen“ gemacht. In verschiedenen Geschäftsregenden kam es in der letzten Zeit oft vor, daß Haus- diener, wenn sie einen Augenblick ihren beladenen Wagen auf der Straße stehen ließen, um bei einem Kunden eine Bestellung zu machen, entweder der Wagen mit den Waren oder wenigstens diese gestohlen wurden. Von den Dieben war niemals mehr eine Spur zu finden, obwohl die Bestohlenen den Diebstahl bald entdeckten und der Polizei sofort anzeigten. Es gelang der Polizei zunächst, die Spuren eines schon mit Huchthaus bestraften Hausdieners Brenner zu entdecken, der mit seinen Kumpanen beim Großenhändler Blumenberg am Kottbuser Ufer verkehrte. Es wurde ermittelt, daß dieser der Abnehmer des Diebesguts war. Bei Blumenberg fanden zur Abrechnung auch Zusammenkünfte statt. Bei einer solchen überraschten dann die Kriminalbeamten die ganze Bande und nahmen sie mit Blumenberg zusammen fest. Dieser hatte in seinem Ge- schäftsfelder und in der Hofwohnung ein reichhaltiges Lager auf- gestapelt. Die Diebe, deren Namen noch nicht bekannt sind, sollen in Rixdorf ihre Wohnung haben.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In einem Kellerstube sind neben vielen andern Gegenständen, die aus Diebstählen herrühren, mehrere Posten Schafleder gefunden. Das Leder ist verschiede- nfarbiges Schagrin und war ein ganzes Collo, in grauer Leinwand verpackt, mit der Signatur P. 6; das Leder enthält 10 Pakete mit 119 Ledern. Ferner fanden sich 4 einzelne Pakete mit Schafleder, ebenfalls verschiedenfärbig; im ganzen 89 Stück einzelne Leber. Reliquoscenten wolle sich in den Vormittagsstunden 9—12 Uhr Zimmer 37 des Polizeipräsidiums im Lauf dieser Woche melden.

Aus den Nachbarorten.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Schöneberg wurde die Regulierung der Stubenrauchstraße im Sinne der Magistratsvorlage entschieden. Mit der Ausführung der Pflasterung soll im nächsten Jahre begonnen werden. Eine recht lange Debatte zeitigte der Antrag von 17 Stadtverordneten be-

treffend „die Befestigung der Vorgärten am Rollendorferplatz“. Während die Befestigung dieser elf Meter breiten Vorgärten von den Stadtverordneten dieses Stadtteils als ganz ungerechtfertigt hingestellt wurde, waren sich die übrigen Stadtbürger darüber klar, daß durch die bedeutende Passage auf diesen Plätzen schleunige Ab- hilfe geboten sei. Nur über das „wie?“ waren sich die Herren nicht einig. Auf Anregung des Stadtv. v. Gordon wurde das ganze Material dem Magistrat zur Prüfung überwiesen.

Reinickendorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Vorsitzende bekannt, er habe in der Kanalisations- frage im Kultusministerium in Erfahrung gebracht, daß Professor Rudner, welcher zum wissenschaftlichen Kollegium gehöre, nach Reinickendorf kommen werde, um sich über den Stand der Dinge zu informieren. Er, der Amtsvorsteher, halte es im Interesse der Ein- wohner für dringend nötig, eine Deputation zum Kultusminister zu entsenden. Dieser Vorschlag wurde von der Vertretung an- genommen. Bei Beschlußfassung über die gastweise Ein- schulung der Schulkinder aus dem Etablissement „Forst- haus Heberge“, Schieplag A und B, Laboratorium und Aufsichtsdifferenz-Kasernen in die Reinickendorfer Schulen bemerkte der Vorsitzende, daß diese Maßnahme ein Wunsch der Regierung sei. Die Schulkommission habe die Maßnahme geprüft und sie der Ver- tretung nach Erlegung des üblichen fremden-Schulgelds zur Annahme empfohlen. Die Vertretung beschloß demgemäß. Der Amtsvorsteher gab ferner bekannt, daß Herr V. Orsini nach einem von ihm an den Kreislandrat gerichteten Schreiben bereits 15 000 M. zur Regulierung der Scharnweberstraße gezahlt habe und es infolge dessen nicht für gerechtfertigt halte, von der Gemeinde für Benutzung der Straße noch zu besonderen Aufwendungen herangezogen zu werden. Von mehreren Vertretern wurde auf die Reparaturen hingewiesen, welche der Gemeinde in kurzer Zeit aus den schweren Kesseltransporten der Firma Vorig entstanden seien. Die Gemeinde-Vertretung beschloß zunächst, den Kosten- aufwand feststellen zu lassen und der Firma Vorig aufheimgucken, sich auf gültlichem Wege mit der Gemeinde zu einigen. Die Kosten zur Bearbeitung der diesjährigen Volkszählung im Betrage von 1000 M. wurden bewilligt. Zum Schluß sprach der Genosse Schilling sein Bedauern darüber aus, daß die große Berliner Straßenbahn den Verkehr der Straße Charlottenstraße- Tegeler Chaussee ohne jede Veranlassung eingestellt habe. Mit der Eigenmächtigkeit der „Großen“ konnte sich der Amtsvorsteher eben- falls nicht einverstanden erklären. Er sprach sich Abhilfe.

Friedenan. Die polizeiliche Inhaftierung eines Italieners, von der man sich in hiesigen Arbeiterkreisen erzählte, scheint bringend der Aufklärung zu bedürfen. Dieser Mann ist seit etwa sechs Wochen hier; er kam aus Budapest, wo er 5 oder 6 Jahre fast ununterbrochen gearbeitet hatte. Vor 10 Tagen wurde er verhaftet und wird seitdem in einer äußerst kleinen, schlecht ventilierten, dunklen Zelle im Erdgeschoß des Friedenaner Polizei- gefängnisses gefangen gehalten. Welche Gründe zu seiner Verhaftung geführt haben, weiß der Betreffende nicht, er ist sich keinerlei Ver- gehen bewußt. Wie es heißt, sollen über ihn „Erkundigungen“ in Budapest und wohl auch in Italien eingezogen werden. Ueber was die Erkundigungen? Sollte man an dem politischen Wohl- verhalten des Betreffenden zweifeln, so hätte man ihn wohl aus- gewiesen, denn dazu hat ja die Polizei leider ohne weiteres das Recht. Das ist nicht geschehen. Welche Gründe mag die Polizei also haben, den Mann im Gefängnis zurückzuhalten, ohne ihn wissen zu lassen, wessen er beschuldigt ist, ohne ihn den Richtern zuzuführen? Und auf Grund welchen Rechts geschieht das?

Während des Gewitters, das am Montagabend sich über den südlichen Vororten von Berlin entlud, schlug der Blitz unter andern auch in das Stationsgebäude in Nieder- Schöne weide ein und fuhr in die Leitungsdrähte und in dem eine Strecke entfernten Signalturn, wo er das Leitewerk in Be- wegung setzte, ohne indes größeren Schaden anzurichten. Als ein glücklicher Zufall muß es betrachtet werden, daß von dem herab- stürzenden Mauerwerk am Stationsgebäude keiner von den um diese Zeit den Bahnhof zahlreich passierenden Arbeitern verletzt wurde.

Marktpreise von Berlin am 29. Oktober 1900
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Waren, gut D. Str.	—	—	Waren, neue D. Str.	6—	4—	
mittel	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20	
gering	—	—	do. Rauch	1,30	1,—	
*) Mager, gut	—	—	Schweinefleisch	1,60	1,20	
mittel	—	—	Kalb- und Hammelfleisch	1,80	1,—	
gering	—	—	—	1,00	1,10	
*) Weich, gut	15,50	14,80	Butter	2,80	2,—	
mittel	14,70	14,—	Eier 60 Stk	4,80	3,—	
gering	13,90	13,30	Karpfen 1 kg	2,20	1,20	
*) Kalb, gut	16,20	15,20	Kale	2,50	1,20	
mittel	15,10	14,20	Hanser	2,00	1,—	
gering	14,10	13,20	Pech	1,80	1,—	
*) Kalb, Proh	7,50	6,82	Parade	1,00	0,80	
gering	7,30	6,30	Schale	3,—	1,20	
*) Kalb, Gen	45,—	25,—	Stein	1,40	0,80	
*) Kalb, Gehen	40,—	20,—	Rebje	per Schock	12,—	2,50
*) Kalb, Umlen	70,—	30,—	—	—	—	

Produktenmarkt vom 30. Oktober. Der Getreidemarkt zeigte heute feste Tendenz infolge von Deckungen und Rücke der Weizenproduktion und auf erneute Steigerung von den gebrühten amerikanischen Weizenbedürfnissen für Weizen. Das Weizen für ein Quartal. Die Weizenpreise für Weizen waren durchschnittlich 1 M. bis 1,25 M., die für Weizen 0,50 M. höher. Später ließen sie auf einige Abgaben nach, doch wurde die Haltung schließlich wieder fest. Hafer war lustlos und eher schwach. Rapsd. wich auf Paris um 50 Pf. Spiritus. 70er Weizen Spiritus notierte 47,40 M. oder 10 Pf. niedriger.

Vermischtes.

Aus Hamburg wird berichtet: Das gestrandete Bremer Biermasteschiff „H. Wischoff“ ist samt seiner Ladung völlig verloren; das Schiff ist zweimal aufgebrochen. Von dem einen mit 8 Personen besetzten Boot des „H. Wischoff“ und dem mit 4 Mann besetzten Rettungsboot vom zweiten Elbfeuerschiff ist trotz eifrigsten Suchens keine Spur gefunden worden. Es erscheint zweifellos, daß beide Boote untergegangen und alle zwölf Personen ertrunken sind.

Zu der schrecklichen Explosion in New York liegen noch weitere Nachrichten vor: Das „Neuerische Bureau“ in London berichtet in einer zweiten New Yorker Depesche seine erste Meldung von der Explosion in der Chemikalienfabrik von Larrant u. Co. dahin, daß es allen Angestellten bis auf einen möglich gewesen ist, sich zu retten. Die erste Explosion erfolgte erst, nachdem schon fünf Minuten seit Ausbruch des Feuers verstrichen waren. — In trockenem Widerspruch hierzu steht folgendes New Yorker Telegramm: Trotzdem die Direktion der Firma Larrant u. Co. erklärt hat, daß alle ihre Angestellten ihr Leben gerettet hätten, außer einem, über dessen Verbleib nichts bekannt sei, behaupten die Abendblätter, die Zahl der getöteten und vermissten Personen belaufe sich auf hundert bis zweihundert. In den benachbarten Gebäuden und Straßen sind viele durch herumfliegende Glassplitter und andre Trümmerstücke verletzt worden; eine davon getroffene Person ist im Krankenhaus gestorben; zwanzig Verletzte befinden sich dort in Behandlung. Der Gesamtschaden wird auf 1 500 000 Dollars geschätzt.

Von einem heftigen Erdbeben sind Stadt und Bezirk Caracas gestern früh heimgesucht worden. Hundstausende Personen sollen getötet und viele verwundet worden sein. Der Präsident sprang vom zweiten Stock des Regierungsgebäudes hinab und brach ein Bein. Der Sachschaden ist bedeutend. Nachrichten aus dem Juncru folgte wurde die Erschütterung bis in die Gegend der Anden verpflert.